

30. Sitzung vom Montag, 8. Dezember 2025, 18.00 Uhr, ref. Kirchgemeindesaal

Anwesend:

Stadtparlament

Beginn: 22 Mitglieder

ab 18.06 Uhr: 23 Mitglieder

ab 18.25 Uhr: 24 Mitglieder

ab 18.27 Uhr: 25 Mitglieder

ab 18.33 Uhr: 26 Mitglieder

Stadtrat

Mark Eberli, Stadtpräsident

Daniel Ammann

Frauke Böni

Rosa Pfister-Kempf

Andrea Spycher

Andreas Müller

Markus Surber

Philipp Suter, Stadtschreiber

Anya Wernet, Stv. Stadtschreiberin

Entschuldigt:

Erik Grässli

(ein Sitz vakant)

Vorsitz:

Andreas Scheuss, Parlamentspräsident

Protokoll:

Patrick Aeschlimann, Parlamentssekretär

Weibeldienst:

Die Anwesenheit des Weibeldiensts ist nicht erforderlich

Die Sitzung des Stadtparlaments ist öffentlich.



Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Behördenmitglieder sowie die Medienschaffenden und das Publikum.

Gratulationen

- Thomas Obermayer ist zum dritten Mal Vater geworden. Herzliche Gratulation!
- Stadtpräsident Mark Eberli ist zum ersten Mal Grossvater geworden. Herzliche Gratulation!

Erik Grässli ist für die Sitzung entschuldigt. Gabriel Terlemez, Romaine Rogenmoser, Ana Piubel und Bruno Bliggenstorfer treffen verspätet ein.

Der Vorsitzende bittet alle Anwesenden, bei Wortmeldungen nach vorne zu kommen und das Mikrofon zu benutzen.

Aufnahmen auf Bild- und Tonträger

Dominik Berner hat den Antrag gestellt, Bildaufnahmen während der Parlamentssitzung bewilligen zu lassen.

Art. 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Über Anträge von Mitgliedern des Stadtparlaments betreffend Bild- und Tonaufnahmen entscheidet das Stadtparlament mit einer Zweidrittelmehrheit.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt den Antrag mehrheitlich bei vereinzelt Nein-Stimmen. Somit sind Bildaufnahmen anlässlich der heutigen Parlamentssitzung genehmigt.

Auszählung des Stadtparlaments

Die Auszählung ergibt 22 anwesende Parlamentsmitglieder. Das Stadtparlament ist somit gemäss Art. 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments (GeschO) beschlussfähig.

Das absolute Mehr liegt bei 12 Stimmen. Das Quorum für einen Drittel der Stimmen liegt bei 8 Stimmen.



Sitzungseinladung

Die Parlamentsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

Traktandenliste

Der Vorsitzende übergibt das Wort Christoph Meier.

Christoph Meier: «Guten Abend miteinander. Ich stelle den Änderungsantrag, dass man das Traktandum 8 Produktgruppenbudget und die Festsetzung des Steuerfusses auf Position 4 nach vorne nimmt, also nach den beiden parlamentarischen Vorstössen. So dass wir uns dann um das Budget kümmern, mit dem Ziel, dass wir dies heute abschliessend behandeln können und wir es nicht auf morgen vertagen müssen.»

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt den Antrag mit dem absoluten Mehr von 13 Ja-Stimmen.

Das Traktandum 8. Produktgruppenbudget 2026 / Festsetzung Steuerfuss 2026 wird als Traktandum 4 vorgezogen.

Es gibt keine weiteren Bemerkungen oder Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Traktandenliste.
Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 3. November 2025
2. Postulat Anne-Christine Halter «Verantwortliche städtische Stelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention» – Begründung
3. Parlamentarische Initiative Christoph Meier «Schuldenbremse für Bülach» – Begründung
 - a) Vorläufige Unterstützung
 - b) Zuweisung
4. Produktgruppenbudget 2026 / Festsetzung Steuerfuss 2026
5. Aufbau Zentrumsmanagement: Beitrag von maximal Fr. 90 000.– für das Jahr 2027, Beiträge von maximal Fr. 80 000.– jährlich für 2028–2029
6. Frühe Sprachbildung für Kinder im Vorschulalter: Genehmigung der Frühen Sprachbildung in Bülach mit jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 300 000.– pro Jahr



7. Umsetzung Begegnungszone Altstadt – Kreditabrechnung
8. Schulanlage Allmend Aufstockung + Renovation best. Kindergarten – Kreditabrechnung
9. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
10. Diverses

Eingang von neuen Vorstössen

Anfrage «Asylwesen: Kosten 2020 – 2024»

Romaine Rogenmoser und Mitunterzeichnende haben am 3. November 2025 im Namen der SVP/EDU-Fraktion die Anfrage «Asylwesen: Kosten 2020 – 2024» eingereicht. Die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats haben diese erhalten.

Wortlaut:

« Das Asylwesen ist grundsätzlich eine Bundesaufgabe. Die Schweiz weist – insbesondere im Verhältnis zur Fläche unseres Landes und zur Bevölkerungszahl – im Vergleich zu den Europäischen Ländern eine sehr hohe Anzahl Flüchtlinge auf. Ebenfalls weist die Schweiz im internationalen Vergleich zu wenig Asylgesuche ab. Bei Asylgesuchen aus der Türkei werden vom Bund gemäss Statistik gerade mal 8 % abgelehnt. In Deutschland und in Frankreich liegt hingegen die Abweisungsquote bei 83 % – also 10 mal höher. Verantwortlich für diese Zustände ist grundsätzlich der für das Departement zuständige Bundesrat (Beat Jans, SP), welcher die Asylproblematik einfach auf die Gemeinden abschiebt, mit entsprechend steigenden Kosten.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- 1. Wie hat sich der Bruttoaufwand des Asylwesens in der Stadt Bülach – also ohne Entschädigung des Bundes und unabhängig vom Asylstatus – über die letzten 4 Jahre (2020–2024) entwickelt? Listen Sie dazu die jährlichen Beträge und die prozentuale Steigerung gegenüber dem Jahr 2020 auf.*
- 2. In welchen weiteren Sachbereichen wie Bildung (DaZ, Heilpädagogik, Schulheime), Sicherheit (Polizei, Zivilschutz, Feuerwehr), Soziales oder Gesundheit (Pflege-, Krankenkassenkosten, Betreuung, Sozialversicherungen, Beschäftigungsprogramme, Therapien,) fallen weitere direkte oder indirekte Kosten des Asylwesens an?*
- 3. Werden in diesen Sachbereichen die Kosten separat je nach Aufenthaltsstatus erhoben? Wenn ja, wie hoch waren die Beträge für alle Asylsuchenden in den jeweiligen Sachbereichen über die letzten vier Jahre? Wenn nein, ist eine prozentuale Schätzung oder Annahme möglich?*
- 4. Die Bundesbeiträge für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen laufen in der Regel nach 5 bzw. 7 Jahren aus. Mit welchen Mehrkosten rechnet die Gemeinde in den kommenden 5 Jahren aufgrund der wegfallenden Bundesbeiträgen?*



5. Wie verhält sich der Stadtrat angesichts der Herausforderungen gegenüber Bund und Kanton, welche das Problem einfach an die Gemeinden abschieben?

6. Begrüssst der Stadtrat eine Obergrenze der Aufnahmequote von Asylanten von 1 %, bzw. wo liegt die Kapazitätsgrenze bei der Aufnahmequote von Asylanten in unserer Gemeinde?»

Gemäss Art. 53 a Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat ab dem Zeitpunkt der Verlesung zwei Monate Zeit, die Anfrage zu beantworten.

*** 18.06 Uhr: Ana Piubel trifft ein. ***

Der Vorsitzende lässt das Parlament neu auszählen.

Die Auszählung ergibt 23 anwesende Parlamentsmitglieder. Das absolute Mehr liegt bei 12 Stimmen. Das Quorum für einen Drittel der Stimmen liegt bei 8 Stimmen.

Beantwortung von Vorstössen

Seit der letzten Parlamentssitzung vom 3. November 2025 sind keine Vorstösse beantwortet worden.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 3. November 2025

Es gibt keine Anmerkungen oder einen Einspruch gemäss Art. 23 Abs. 2 Geschäftsordnung zum Protokoll.

Bemerkungen des Präsidenten; bisher erfolgte kein Einspruch. Es wird dem Verfasser verdankt.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt das Protokoll einstimmig.



Traktandum 2

Postulat Anne-Christine Halter «Verantwortliche städtische Stelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention» – Begründung

Anne-Christine Halter und Mitunterzeichnende haben am 29. September 2025 das Postulat «Verantwortliche städtische Stelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention» eingereicht.

Das Postulat wurde an der Parlamentssitzung vom 3. November 2025 verlesen. Es entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

Der Antrag auf sofortige Behandlung wurde mit 13 Nein-Stimmen bei 11 Ja-Stimmen abgelehnt. Somit wird das Geschäft an der heutigen Sitzung behandelt.

Der Vorsitzende bittet Anne-Christine Halter um Begründung des Postulats.

Anne-Christine Halter: «Guten Abend miteinander. Ja, vielleicht vorab, das letzte Mal ist untergegangen, dass ich meinen Antrag auf dringliche Behandlung noch begründen darf, das wäre eigentlich vor allem aus dem Grund gewesen, dass wir es nicht heute auch noch an der Budget-Sitzung machen müssen. Aber ja, here we are, deshalb machen wir das heute.

In der Zwischenzeit ist der Stadtrat aber schon dazu gekommen, auf das Postulat zu reagieren und deshalb würde ich in meiner Postulatsbegründung sehr gerne schon auf das Rücksicht nehmen. Der Stadtrat wird nämlich das Postulat ablehnen und deshalb stimmen wir als Parlament darüber ab.

Das machen sie vor allem aus zwei Gründen. Deshalb möchte ich jetzt alle Anwesenden auch dringend bitten, dass wir dem Postulat zustimmen, damit wir es nachher trotzdem überweisen können.

Die zwei Hauptargumente des Stadtrats sind, der Kanton kümmere sich ja darum und Bülach hat sowieso knappe Ressourcen. Dabei widerspricht sich der Stadtrat auch ein bisschen selber. In der Medienmitteilung heisst es: „Der Stadtrat ist bereit, sich stärker auf kommunaler Ebene zu engagieren, das aber in enger und sinnvoller Abstimmung mit dem Kanton, den anderen Gemeinden und dem Bund. Zum anderen sind die vorhandenen Ressourcen begrenzt. Sie reicht nicht aus, um zahlreiche wichtige und sinnvolle Projekte und Aktionen zusätzlich durchzuführen.“

Der Stadtrat möchte sich also engagieren, aber hat gar keine Ressourcen dafür. Das heisst, es passiert jetzt also nichts, bis der Kanton anklopft. Das ist doch keine Option. Sicher nicht für Bülach, wo innerhalb von einem halben Jahr drei Femizide passiert sind und ein versuchter Femizid in den Medien gewesen ist. Das sind im schweizweiten Vergleich im Fall krasse Zahlen für eine einzelne Gemeinde. Die Stadt muss aufwachen und selber das Thema bewusst auf dem Schirm behalten. Dazu braucht es eben auch eine zuständige Person, schon nur um sicherstellen, dass das Thema nicht wieder unter den Tisch fällt.



Dazu hat es in den letzten Parlamentssitzung auch gerade ein passendes Beispiel gegeben. Ich habe die Frage gestellt, ob die Stadt Bülach sich an der Umsetzung der nationalen Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt des eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau beteiligt. Daraufhin haben sich dann die Stadträtinnen und Stadträte absprechen müssen, weil es gar nicht klar war, wer für das Thema zuständig ist, weil es ja ganz verschiedene Bereiche betrifft. Das ist ja genau das Problem. Das Anliegen des Postulats wäre es, zu klären, wem die Zuständigkeit für das Querschnittsthema zugewiesen wird.

Massnahmen zum Schutz von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt können nicht vom Interesse einzelner Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker am Thema abhängen, die das Thema auf dem Schirm haben. Sondern die Verantwortung muss strukturell und langfristig zugewiesen werden, denn die Personalien wechseln einfach in der Politik auch immer wieder. Es ist mir wichtig, dass irgendwo festgehalten wird, wer das Thema auf dem Schirm hat, wer zuständig und verantwortlich dafür ist, dass alle betroffenen städtischen Angestellten die richtige Bildung zum Thema bekommen, dass an Schulen sensibilisiert wird, dass kantonale Projekte verbindlich auch den Weg nach Bülach finden und wer in Kontakt mit den kantonal Zuständigen für das Thema steht. Was so eine Verantwortungszuweisung auf städtischer Ebene genau bedeuten würde, das soll mit dem Postulat jetzt abgeklärt werden. Denn wir können in Bülach nicht einfach darauf warten, dass der Kanton klopft und bis dann passiert mal wenig bis nichts. Dazu könnt ihr euch gerne auch noch einmal die Antwort auf das Postulat auf die Interpellation zum Thema anschauen. Bülach soll ein Ort sein, wo die Einwohnerinnen und Einwohner von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt geschützt werden, darüber aufgeklärt werden und im Notfall die Hilfe dann auch funktioniert.

Es geht nicht darum, dass wir heute darüber abstimmen, ob eine Stelle geschaffen wird, es geht einfach darum, dass geprüft wird, was das dann bedeuten würde, wenn jemand diese Zuständigkeit hätte. Vielleicht ist das eine neue Stelle, vielleicht wird das bei einer bestehenden Stelle angegliedert. Ja, vielleicht kostet es auch etwas, aber das wissen wir ja nicht. Das wollen wir ja mit dem Postulat genau herausfinden. Und jetzt einfach schon die Überprüfung abzulehnen, nur aus dem Grund, es könnte ja vielleicht etwas kosten, das ist einfach fahrlässig.

Um es klipp und klar zu sagen: auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheint, betrifft das Thema uns alle in diesem Raum. Entweder direkt oder unsere Töchter, unsere Mütter, unsere Nachbarinnen, aber auch unsere Söhne, unsere Väter und unsere Arbeitskollegen. Wer abklären will, was die Stadt Bülach zu ihrem Schutz beitragen kann, stimmt nachher Ja. Und wer Nein stimmt, der muss das mit seinem eigenen Gewissen vereinbaren, besonders wenn wir vom nächsten Femizid in Bülach hören. Denn die Verantwortung für das tragen wir alle als Gesellschaft.»

Der Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereits ist, das Postulat entgegenzunehmen.



Stadträtin Frauke Böni: «Nein»

Gemäss Art. 55a Abs. 6 GeschO findet eine Diskussion statt, wenn der Stadtrat nicht bereit ist, das Postulat anzunehmen.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion.

Fraktionserklärungen

Larissa Kägi (Grüne): «„Frau Kägi, darf ich Ihnen etwas erzählen? Meine Mama und mein Papa streiten häufig ganz laut am Abend, wenn ich schon am Schlafen bin. Mein Papa schlägt meine Mama ins Gesicht und tritt ihr auch in den Bauch. Meine Mama ist traurig, weil sie nicht mit Freundinnen abmachen darf. Der Papa sagt, sie dürfe das nicht.“ Solche Aussagen eines Kindes sind erschreckend, finden Sie nicht auch? Haben Sie dann nicht gerade das Bedürfnis, direkt zu handeln?

Laut Statistiken passieren in der Schweiz rund 40 Prozent der polizeilich registrierten Straftaten im häuslichen Bereich und bei etwa der Hälfte der Polizeieinsätze wegen häuslicher Gewalt, sind Kinder dabei. Die Zahlen machen glasklar, warum wir als Stadt aktiv werden müssen. Gewalt in den Familien ist eine bittere Realität, auch bei uns in Bülach. Wollen wir Verantwortung übernehmen, oder es nur dem Kanton überlassen? Dann schauen wir aktiv weg. Das ist doch einfach feige.

Gerade deshalb braucht es Strukturen, die gezielt, koordiniert und wirksam dagegen angehen. Wir von der Grünen Fraktion unterstützen das Postulat von Anne-Christine. Wir wollen, dass die Stadt überprüft, unter welchen Voraussetzungen man eine gesamtstädtische Stelle schaffen könnte. Gewalt gegen Frauen und Kinder, vor allem die häusliche Gewalt, ist eben keine Privatsache. Sie geht uns alle etwas an. Die Stadt Bülach soll Verantwortung übernehmen.»

Patrizia Nötzli (GLP): «Guten Abend miteinander. Die GLP möchte betonen, wie wichtig ihr den Inhalt des Postulats von Anne-Christine Halter ist. Femizid und häusliche Gewalt müssen zwingend bekämpft werden und das verstärkte öffentliche Thematisieren unterstützen wir.

Die Zahlen der laufend steigenden Fälle sprechen leider dafür, dass die von Bund und Kantonen bislang ergriffenen Massnahmen nicht ausreichend sind. In dem Fall ist es aber jedoch wenig zielführend, wenn wir die Stadtverwaltung mit etwas beschäftigen, das bereits durch den Kanton in konkreter Arbeit ist. Die Sachlage wäre eine andere, wenn der Kanton einfach mitgeteilt hätte, dass sie irgendwann irgendetwas machen und im schlimmsten Fall einfach etwas in der Schublade verstauen. Eine Überschneidung mit dem Kanton oder Doppelspurigkeiten sollten möglichst vermieden werden, darum werden wir die Überweisung an den Stadtrat ablehnen. Danke.»



Dominic Kleiber (EVP): «Guten Abend miteinander. Häusliche Gewalt ist ein aktuelles Thema, das sehr subtil anfangen kann. Mit psychischer oder verbaler Gewalt, weiter über Liebesentzug, Erniedrigungen, Ohrfeigen bis hin zum Femizid. Wenigstens gut, dass die Problematik nicht mehr unter den Teppich gewischt oder marginalisiert werden kann.

Ähnlich wie beim aktuellen Thema Opferhilfe, das wir vor gut 2 Jahren hier im Parlament diskutiert und abgelehnt haben, stehen wir als EVP bei diesem Postulat wieder am gleichen Punkt. Natürlich unterstützen wir das angestrebte Ziel, aber beim da geforderten Vorgehen haben wir mehr Fragen, als dass wir Antworten sehen. Aktuell macht es wenig Sinn, dass jede grössere Gemeinde wie Bülach eine eigene Fachperson anstellen soll. Sondern wichtig ist, dass das Anliegen einerseits vom Bund und anschliessend konkret vom Kanton angefangen, angegangen und koordiniert wird. Statt einer lokalen Einzelinitiative, erwarten wir eine flächendeckende Lösungsstrategie. Deshalb ist es aktuell zu früh, dem Postulat in dieser Form zuzustimmen. Unterdessen können wir aber in Bülach dafür sorgen, dass die bisherigen Fachstellen genügend Personal haben, um neben dem Tagesgeschäft auch die Kapazität für die Prävention zu haben.

Als Oberstufenlehrer bin ich schon verschiedentlich in die Situation gekommen, dass sich irgendwie eine verdeckte Gewaltgeschichte erahnen lässt oder gar abgezeichnet hat. Das Thema, an einem jährlichen Elterngespräch in einer grossen Runde auf den Tisch zu knallen, wäre absolut unverantwortlich. Da bin ich auf professionelle Unterstützung durch die Sozialarbeit vor Ort im Schulhaus, allenfalls auf die KESB, indirekt über die Schulleitung, oder den schulpsychologischen Dienst angewiesen. Hier im Parlament an der heutigen Budgetsitzung haben wir die Möglichkeit, die schon bestehenden Fachstellen mit genügend Stellenprozenten zu stärken. Über Weiterbildung könnten Mitarbeitende von den sozialen Diensten bis zur Polizei sensibilisiert und unterstützt werden.

Ja, es muss weiterhin am Thema Gewalt geschaffen werden in Bülach. Aber besser über die Prävention und die Opferhilfe, über die etablierten Fachstellen, als durch eine neu zu schaffende Spezialstelle.»

Detailberatung

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.

Peter Stiefenhofer: «Guten Abend miteinander. Ich möchte den Antragstellern folgendes zu bedenken geben: Wenn so ein Fall passiert zuhause, würden Sie wählen, im Dorf Hilfe zu suchen, wo Sie wohnen? Wo Sie vielleicht auch noch jemanden kennen, gerade im Stadthaus? Erkannt werden? Oder möchten Sie nicht lieber vielleicht die Chance haben, dass Sie in einem breiteren Umfeld gehen könnten? Wir reden hier über zwei Extreme: Entweder machen wir es in der Stadt, oder es macht es der



Kanton. Ich glaube, das Ganze sollte regionalisiert werden, wenn es um physische Anlaufstellen geht. Am Telefon spielt das ohnehin keine Rolle. Aber ich möchte also nicht in so einer Situation im gleichen Dorf so etwas melden müssen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Anne-Christine Halter.

Anne-Christine Halter: «Ich würde einfach vielleicht gerne auf das noch antworten. Das setzt sehr fest eine Eigenperspektive voraus. Viele Leute, die in Gewaltverhältnissen stehen, können es sich nicht leisten, auf Zürich reinzufahren. Können es sich nicht leisten, unerklärt einen Nachmittag unterwegs zu sein und dann nachher nach Hause zu kommen und dem Partner zu erklären, ich habe nach Zürich fahren müssen wegen dem und dem, aber dabei waren sie dort auf der Polizei. Es ist wichtig, dass die Strukturen engmaschig sind, dass die Hilfe vor Ort ist, dass die Hilfe nahe ist, dass die Hilfe einfach zugänglich ist. Das fängt an bei der Telefonnummer, die der Kanton Zürich jetzt zum Glück eingeführt hat, von der man aber in Bülach vielleicht noch nicht so viel weiss, weil die Kampagne noch nicht so richtig angekommen ist. Also ja, ich finde die Wortmeldungen persönlich enttäuschend und es ist ein bisschen eine Verantwortung abschieben, gerade auch mit der Opferhilfe warten wir darauf, dass etwas passiert. Jetzt kommt die Abstimmung und dann warten wir weiter.»

Abstimmung

Das Stadtparlament lehnt das Postulat «Verantwortliche städtische Stelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention» mit 8 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung ab. Es wird nicht an den Stadtrat überwiesen.

Traktandum 3a

Parlamentarische Initiative Christoph Meier «Schuldenbremse für Bülach» – Begründung: Vorläufige Unterstützung

Christoph Meier und Mitunterzeichnende haben am 30. September 2025 die Parlamentarische Initiative «Schuldenbremse für Bülach» eingereicht.

Die Parlamentarische Initiative wurde an der Parlamentssitzung vom 3. November 2025 verlesen. Sie entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

Gemäss Art. 57 a Ziff. 2 der Geschäftsordnung wird die Behandlung (Begründung) auf die Traktandenliste der darauffolgenden Sitzung angesetzt.



*** 18.25 Uhr: Romaine Rogenmoser trifft ein. ***

Der Vorsitzende lässt das Parlament neu auszählen.

Die Auszählung ergibt 24 anwesende Parlamentsmitglieder. Das absolute Mehr liegt bei 13 Stimmen.
Das Quorum für einen Drittel der Stimmen liegt bei 8 Stimmen.

Der Vorsitzende bittet Christoph Meier um Begründung der Parlamentarischen Initiative.

Christoph Meier: «Guten Abend noch einmal von meiner Seite. Es ist mir eine grosse Freude, meine Initiative für die Schuldenbremse für Bülach heute Abend vorstellen zu dürfen. Schuldenbremsen per se sind nichts Neues. Die bekannteste vielleicht ist die nationale, die wir in der Schweiz schon länger haben. Diese hatte in all den Jahren, in denen sie schon wirkt, meiner Meinung nach eine sehr positive Wirkung hat auf erstens die Staatsfinanzen der Schweiz, auf die Stabilität, auf die Kreditwürdigkeit, was sich dann auch runterbricht auf alle weiteren Aspekte der Wirtschaftlichkeit in unserem Land. Auf kantonaler Ebene stehen wir hoffentlich vor der Einführung einer Personalbremse, die dann irgendwann kommen wird, die in dem Sinn nichts anderes ist als eine umgewandelte Schulbremse. Auch auf Gemeindeebene im Kanton Zürich gibt es diverse Gemeinden, die den Handlungsbedarf erkannt haben, zum Teil schon umgesetzt, zum Teil in der Vernehmlassung. Das sind unter anderem Dübendorf, Gossau, Winterthur, Nidau, Illnau-Effretikon, Egg, Uster, Bülach. Und das sind nur die mir Bekannten.

Die Frage ist natürlich: Schuldenbremse, wieso brauchen wir so etwas? Und ich glaube, das ist tatsächlich jetzt gerade in Bülach eine sehr rhetorische Frage, weil wir alle kennen den Schuldenberg, der auf uns zukommt. Genau, und wenn man den Schuldenberg kennt, wo wir darauf zusteuern, dann ist eigentlich die Frage schon beantwortet, warum wir eine Schuldenbremse brauchen. Die Notwendigkeit, denke ich, ist unbestritten. Ich habe gerade heute noch einmal in den Finanz- und Aufgabenplan 2025 bis 2029 geschaut. Die Zahlen dort drin sind gewaltig, wir reden von fast 400 Millionen Franken von aufgelisteten Investitionen. Das beinhaltet auch die Jahre 2025 und 2026 und geht, glaube ich, sogar über 2031 hinaus. Aber noch einmal, das sind 400 Millionen Franken für Bülach an Investitionen. Und dann ist die Frage natürlich, die jeder für sich beantworten muss: Wollen wir die 400 Millionen auf Pump finanzieren? Wollen wir damit unseren Kindern und Kindeskindern einen riesigen Schuldenberg hinterlassen – möglicherweise bleibt die Zinsen nicht immer bei null oder fast so tief? Wollen



wir unsere finanzielle Handlungsfähigkeit auch in Zukunft sichern oder das quasi aus der Hand geben und auf Gedeih und Verderb der Zinsentwicklung ausgeliefert sein?

Die Notwendigkeit ist unbestritten und die Frage ist dann natürlich, wie setzen wir das um? All die Beispiele von vorher sind teilweise ähnlich wie der Vorschlag, den wir heute Abend hier sehen, zum Teil ganz anders. Ich habe den Anspruch gehabt, es so einfach wie möglich umzusetzen. Sodass es nicht 100'000 Ausnahmen gibt, dass es nicht mega komplex ist für die Verwaltung und nachher drei Leute eingestellt werden müssen, um die Schuldenbremse zu überprüfen. Das hat eigentlich dazu geführt zu diesem Satz: „Die Ausgaben steigen prozentual gleich oder weniger als die Einnahmen.“ Das ist die Kernbotschaft der Schuldenbremse. Natürlich, wenn die Ausgaben weniger steigen als die Einnahmen, hat, glaube ich, niemand ein grosses Problem. Ich habe von der ganzen Schulbremse nur diesen Satz in meiner Präsentation, denn alles andere ist die technische Umsetzung.

Andreas Scheuss hat gesagt, er werde das Prozedere nachher noch erklären, sofern wir die Schuldenbremse vorläufig unterstützen. Es geht nachher in eine Kommission oder in die Geschäftsleitung und die setzen nachher eine technisch umsetzbare Variante um, die noch einmal zu uns kommt ins Parlament. Das heisst heute, ähnlich wie wir es vorher gehört haben, Heute stimmen wir nicht darüber ab, führen wir eine Schuldenbremse ein oder nicht. Heute stimmen wir darüber ab, wollen wir eine Schuldenbremse. Wollen wir unseren Schuldenanstieg begrenzen in Zukunft oder nicht.

Wenn wir das konsequent machen, die Ausgaben prozentual gleich oder weniger steigen lassen wie die Einnahmen, können die Ausgaben immer noch steigen. Wenn wir das konsequent machen, vergrössert sich mit der Zeit der Überschuss. Jedes Jahr sparen wir ein paar Franken, nächstes Jahr ein paar mehr, wieder ein paar mehr und wir müssen nie einen wirklich harten Einschnitt auf uns nehmen. Das ist so ähnlich wie bei einem Zinseszinsseffekt. Wer den kennt, etwa die Banker unter euch: Wenn man Geld anlegt, dann ist der Effekt recht imposant.

Ein Beispiel aus dem Privatleben, wie man das umsetzen will: Jetzt sind die Mitarbeitergespräche Ende Jahr und ihr bekommt hoffentlich eine Lohnerhöhung. Wenn man jetzt sehr optimistisch denkt, wenn diese 100 Franken beträgt, würdet ihr im Fall der Schuldenbremse vielleicht nur 95 Franken davon ausgeben nächstes Jahr pro Monat und nicht die ganzen 100. Und ich glaube, das ist kein Einschnitt, das ist einfach dann gutes Planen. Die übrigen 5 Franken, die ihr nicht mehr ausgeben, als dieses Jahr schon, die könnt ihr dann irgendwann brauchen, um eure Hypothek abzuzahlen, um Wohneigentum zu erwerben, um irgendeine Investition zu planen. Zum Schulhausbau zum Beispiel, wenn ihr das privat einmal wollt. Umgewandelt auf mögliche Zahlen der Stadt, da reden wir ja nicht von 100 Franken, eher von 100 Millionen. Wenn wir jetzt hier einmal die Beispielrechnung machen, die schuldenbremsenkonform wäre, können wir einmal davon ausgehen, einen hypothetischen Betrag von 110 Millionen Franken Ertrag, den die Stadt Bülach hat, im Jahr 2025. Der Aufwand ist 100 Millionen. Nächstes Jahr steigt der Ertrag um 10 Prozent. Das gibt dann 121 Millionen Franken Ertrag. Die Ausgaben, die bei



100 Millionen Franken waren, dürfen auch um 10 Prozent steigen. Das heisst, wir dürfen 10 Millionen mehr ausgeben. Und am Schluss des nächsten Jahres haben wir 11 Millionen übrig. Das heisst, wir haben 10 Millionen mehr ausgegeben und können trotzdem 1 Million mehr auf die Seite legen für zukünftige Investitionen oder für den Schuldenabbau.

Jetzt haben wir quasi gesehen und ich nehme an, ihr habt es vorgängig alle gelesen, wie die Schulbremse prinzipiell funktioniert und einmal mehr: heute stimmen wir über das Prinzip ab, nicht über technische Details, ob jetzt etwas so ausformuliert wird oder so. Die Frage ist ja immer, was wäre denn wenn? Und ich habe einmal mit der Unterstützung von Markus Warner, der mir freundlicherweise die Zahlen geliefert hat, die letzten 15 Jahre zurückgerechnet, weil dort die Zahlenkonsistenz gerade ziemlich gut gewesen ist. Wir konnten von 2010 bis 2024 den Ertrag um 62 Prozent steigern, oder er hat sich gesteigert, das ist eine eher teilweise auch eine passive Sache, von 117 auf 190 Millionen Franken. Wir haben einen budgetierten Ertragsüberschuss von 0,07 Millionen. Jetzt könnte man sich fragen, wenn man 73 Millionen mehr hat, warum bleibt nichts liegen? Und der Grund ist einfach: weil der Aufwand von 107 auf 187 Millionen angestiegen ist. Ich habe in diesem Zug noch festgestellt, dass 2010 ein recht gutes Finanzjahr für die Stadt Bülach war. Vielleicht schaffen wir das wieder einmal. Dann, das ist, so wie die Geschichte gewesen ist, rein hypothetisch. Ich bin 15 Jahre jünger, ich bringe meine Schuldenbremse 15 Jahre vorher in den Rat, dann haben wir genau die gleiche Ertragsteigerung. Wir haben 62 Prozent mehr, von 117 auf 190 Millionen. Wir haben die Schuldenbremse aktiv und wir nutzen sie voll aus, das heisst, wir erinnern uns, die Ausgaben dürfen prozentual gleich oder weniger steigen als die Einnahmen. In diesem Beispiel steigen sie gleich viel: 62 Prozent von 107 auf 173 Millionen und der budgetierte Überschuss für das nächste Jahr ist bei 17,07 Millionen. Und jetzt denken vielleicht die einen, ja Kollege, können wir 17 Mio. Franken im Budget sparen? Nein, logischerweise nicht. Die Strukturen sind gewachsen, die Ausgaben sind getätigt, wir investieren, und das ist zum grossen Teil auch nötig. Es geht auch überhaupt nicht darum, dass man jetzt irgendwo mit dem Vorschlaghammer das Budget zusammenkrachen lässt. Es geht mehr darum, ob wir uns Jahr für Jahr für die nächsten so viele Jahre, wie es nötig ist, ein bisschen verbessern können. Ein paar Prozent. Können wir vielleicht hier 100'000 Franken herausstreichen? Können wir hier vielleicht 100'000 Franken effizienter werden, können wir ja, gerade mit den neuen IT-Stellen, vielleicht etwas digitalisieren und etwas einsparen. Jedes Jahr ein bisschen, also irgendwie 20 oder 40 Rappen auf ein 100er-Nötchen, das wir ausgeben. Vielleicht auch einen Franken oder zwei. Das ist die Frage, können wir das erreichen? Ich bin der Meinung, ja.

Die eine Ratshälfte war bis jetzt noch nicht restlos überzeugt von meinem Vorschlag und an dieser Stelle möchte ich noch ein paar Gedanken anstossen, obwohl ja wahrscheinlich das Abstimmungsverhalten nicht mehr gross beeinflusst werden kann heute Abend. Ich bin ein sehr grosser Verfechter der Nachhaltigkeit und das beinhaltet auch finanzielle Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit beinhaltet immer



alle Aspekte des Lebens. Und wenn der eine Aspekt nicht mehr nachhaltig ist, kann es der andere zwangsläufig auch nicht mehr sein, denn dann lebt der eine Aspekt auf Kosten des anderen. Ich bin der Meinung, wenn wir es nicht schaffen, eine nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben und auch sicherzustellen, dann haben wir irgendwann ein Problem. Zusätzlich hat die Stadt Bülach eigentlich kein Geld. Wir bekommen das Geld über von den Steuerzahlenden und von den Beitragszahlenden, von den Gebührenzahlenden und leiten es dann um, investieren es, geben es aus. Und wir sind all diesen Leuten, die uns ihr Geld quasi leihen, zu grösstmöglicher Effizienz verpflichtet. Und um sicherzustellen, dass die Mittel dort eingesetzt werden, wo sie wirklich gebraucht werden und nicht dafür, ja, das wäre auch noch cool und das können wir doch auch noch und wenn man schon dabei ist, dann sowieso. Es gibt auch eine Partei, die sich in letzter Zeit mit dem Einsatz für günstigen Wohnraum profiliert. Das finde ich nebenbei sehr einen guten Einsatz und absolut nötig. Ich bin aber der Meinung, man kann sich nicht für günstigen Wohnraum einsetzen und nebenbei zulassen, dass man die Steuern auf absehbare Zeit um 20 Prozentpunkte oder noch mehr steigert, um Investitionen zu zahlen, denn zahlen tun es die Gleichen. Es sind nicht nur die bösen Reichen, die Steuern zahlen, es sind auch ganz normale Leute, die froh sind, wenn sie eine günstige Wohnung haben und wenn sie nicht zu viel Steuern zahlen müssen. Und weil wir es heute Abend gerade gehört haben, man es quasi als Ausrede braucht, dass man begrenzte Ressourcen hat, um Stellen zu schaffen: wenn die Ressourcen nicht mehr ganz so begrenzt sind, dann fällt die Ausrede in Zukunft sicher weg.

Ich komme auf meine vorherige Frage zurück: Können wir über die nächsten Jahre ein paar Prozentpünktchen sparen, hier und dort? Jedes Mal, wenn wir Budgetsitzung haben, oder im Idealfall schon vorher, wenn wir das Budget als Parlament bekommen, sagen wir: Hey, da sind wir ein bisschen besser geworden, da haben wir ein bisschen etwas rausholen können. Das muss gar nicht viel sein. Man muss nur schauen, dass wir prozentual weniger Steigerungen haben bei den Ausgaben als bei den Einnahmen. Ich weiss, dass wir das können. Ich weiss, dass unsere Verwaltung das kann, denn die muss am Schluss umsetzen. Das können wir machen, Jahr für Jahr, paar Rappen und paar Franken.

Zum Abschluss, ich habe versucht, mich kurz und knackig zu halten, können wir uns alle Fragen heute Abend – und einmal mehr, es geht nicht darum, wie genau die Schuldenbremse eingeführt wird, es geht darum, wollen wir eine Schuldenbremse oder nicht. Wir sollten uns fragen: Wollen wir verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgehen? Wollen wir verhindern, dass unsere Kinder und Kindes-
kinder einen riesigen Schuldenberg erben? Wollen wir finanziell handlungsfähig bleiben und wollen wir auch in Zukunft in das schönste Bülach der Welt investieren können?»

*** 18.27 Uhr: Gabriel C. Terlemez trifft ein. ***

*** 18.33 Uhr: Bruno Bliggenstorfer trifft ein. ***



Der Vorsitzende lässt das Parlament neu auszählen.

Die Auszählung ergibt 26 anwesende Parlamentsmitglieder. Das absolute Mehr liegt bei 14 Stimmen. Das Quorum für einen Drittel der Stimmen liegt bei 9 Stimmen.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Stadtrat, um zur Parlamentarischen Initiative Stellung zu beziehen.

Stadtrat Markus Surber: «Guten Abend miteinander, auch von mir. Der Stadtrat verfolgt in der jetzigen Legislatur eine konservative und nachhaltige Finanzstrategie. Unsere Budgets sind stets mit einem ganz ähnlichen Ansatz wie dem von dieser Schuldenbremse erarbeitet worden. Wir teilen auch die berechtigten Bedenken hinsichtlich der kommenden Verschuldung der Stadt Bülach und nehmen sie sehr ernst. Der Erfolg unserer aktuellen Finanzpolitik zeigt sich in den folgenden Zahlen: Die Stadt Bülach hat in den letzten 4 Jahren einen kumulierten Ertragsüberschuss von insgesamt 43,8 Millionen Franken erzielt und selbst ohne die positiven Effekte der Neubewertung der Liegenschaften waren es immerhin noch solide 24,3 Millionen. Es ist also auf keinen Fall so, dass die Schulden in Bülach wachsen aufgrund der laufenden Rechnung. Auch in diesem Jahr zeichnet sich aller Voraussicht nach ein ganz erfreulicher Abschluss ab. Wir begrüßen es, wenn der Initiativtext noch einmal mit juristischem Support überarbeitet würde. Erst dann gibt der Stadtrat eine detaillierte und fundierte Einschätzung zu dieser Initiative ab. Übrigens hat Bülach schon eine Schuldenbremse, nämlich den Steuerfuss-Zielkorridor, der sehr effektiv die Schulden limitiert und begrenzt. Vielen Dank.»

Fraktionserklärungen

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dr. Luís M. Calvo Salgado.

Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne): «Vielen Dank. Die Fraktion der Grünen ist gegen die vorläufige Unterstützung dieser parlamentarischen Initiative. Wir stehen Schuldenbremsen grundsätzlich kritisch gegenüber. Sie bremsen notwendige Investitionen und belasten damit die zukünftigen Generationen. Zudem sind sie in Krisen oft unflexibel. Man erinnert sich, wie wir in der Corona-Zeit handeln mussten, und können wirtschaftliche Abschwünge sogar verstärken. Kurzfristiges Sparen ersetzt keine nachhaltige Politik. Wenn Schuldenbremsen überhaupt eingeführt werden, müssen sie präzise und durchdacht formuliert sein. Die hier vorliegende Variante ist das Gegenteil, schlecht formuliert und



problematisch. Sie schreibt einen fixen Steuerfuss in die Gemeindeordnung und verlangt für jede Anpassung eine Zweidrittelmehrheit. Die Konjunktur wird nur über 5 Jahre betrachtet, viel zu kurz, um wirtschaftliche Zyklen seriös abzubilden. Zudem wird fast ausschliesslich für die Ausgaben geschaut, ohne die Einnahmenseite mitzudenken. Investitionen in Infrastruktur oder Standortattraktivität würden verschoben und am Ende steigen die Folgekosten.

Zum Steuerfuss, der heute Abend noch Thema sein wird. Die vorgeschlagenen 92 Prozent orientieren sich an den letzten 10 Jahren, doch genau diese Jahre zeigen, dass ein so tiefer Steuerfuss nicht nachhaltig ist. Schulrauminvestitionen wurden verzögert und fallen nun alle gleichzeitig an, genau dann, wenn auch grosse Sportinfrastrukturprojekte anstehen. Eine wachsende Stadt braucht funktionierende Infrastruktur, dazu müssen wir investieren. Diese Schuldenbremse verhindert das. Schon dieses Jahr wurde nur ein Bruchteil der geplanten Investitionen umgesetzt. Wir häufen damit Infrastruktur- und Innovationsschulden an. Wenn diese Initiative trotz aller Bedenken vorläufig unterstützt wird, wie es aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in diesem Parlament leider aussieht, muss zumindest die rechtliche Zulässigkeit geprüft werden. Wir bezweifeln, dass fixe Steuerfüsse in der Gemeindeordnung überhaupt zulässig sind und wir verlangen eine vollständige Darstellung aller Auswirkungen. Für diese anspruchsvolle Arbeit sehen wir die Geschäftsleitung und das Parlamentssekretariat in der Verantwortung.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stephan Ziegler.

Stephan Ziegler (FDP): «Guten Abend miteinander auch von meiner Seite. Ich habe eine kurze Fraktionserklärung der FDP zu dieser parlamentarischen Initiative, und zwar unterstützen wir im Grundsatz jede Idee, die die Finanz- und Ausgabedisziplin zum Ziel hat. Die Stossrichtung der Initiative ist aus unserer Sicht unterstützungswürdig, der Text wirft aber doch einige juristische und finanztechnische Fragen auf. Diese Punkte gilt es jetzt zu klären, damit die Auswirkungen des Initiativtextes dann auch abgeschätzt werden können. An dieser Stelle noch die Bemerkung, dass möglicherweise eine Personal- statt der Schuldenbremse vielleicht sogar das bessere Rezept gegen das Kostenwachstum wäre. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Christoph Denzler.

Christoph Denzler (EVP): «Geschätzte anwesende Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat. Die EVP-Fraktion lehnt die vorliegende parlamentarische Initiative einstimmig ab bzw. die vorläufige Überweisung. Und zwar teilen wir natürlich das Anliegen einer nachhaltigen Finanzpolitik. Die vorgeschlagene Schuldenbremse ist aber das falsche Instrument, sie schiesst weit über das Ziel hinaus. Und sie



würde Bülach ganz klar mehr schaden als nützen. Warum? Erstens will die Initiative die im Budgetprozess verfügbaren Mittel im langfristigen Mittel mit einem harten Limit von 92 Steuerprozenten begrenzen. Sie bedroht damit den ganzen Budgetprozess mit einem immensen Druck. Der Druck, den es nämlich braucht, um zwei Drittel des Parlamentes zu überzeugen, dass die Verhältnisse jetzt nicht mehr tragbar sind. Wie sonst sollte es dann nach einer Verschiebung nach oben von dem Referenzpunkt kommen, der vorgeschlagen ist?

Die 92 Steuerprozente sind ein willkürlicher Wert. Das ist in den letzten Jahren der geltende Steuerfuss etwa so gewesen und ungefähr mehr oder weniger ausgeglichene Rechnungsabschlüsse sind möglich gewesen damit. Aber weil das so gewesen ist, heisst das noch lange nicht, dass das der Bülach glücklich machende Langzeitsteuerfuss ist. Dagegen spricht zum Beispiel, dass die Initiative ja behauptet, in der Vergangenheit sei die Infrastruktur vernachlässigt worden. Wenn das wahr wäre, dann hätte man ja schon vorher mehr investieren müssen, hätte also mehr Mittel gebraucht, hätte also mit dem Steuerfuss negative Abschlüsse gemacht. Was auch nicht aufgeht bei der Übertragung des Erfahrungswertes der letzten Jahre auf die lange Frist, ist der Anspruch der Initiative, die nicht zweckgebundenen Einnahmen von Bund, Kanton, Gemeinde, Institutionen, juristischen Personen, privaten Personen, Stiftungen und Legaten vollumfänglich in die finanzpolitische Reserve zu legen. Solche Einnahmen haben in der letzten Zeit auch mitgeholfen, den Steuerfuss zu haben, den wir gehabt haben. Wenn sie in den zukünftigen Budgets nicht mehr hineinfließen dürfen, dann würde das einschneidende bis unrealistische Einsparungen nötig machen. Auch hier einen immensen Druck, der ausgeübt werden soll, um die geforderten Optimierungen zu bekommen.

Die EVP-Fraktion ist überzeugt, dass diese Art Druck auf den Budgetprozess einer politischen Gemeinde nicht zum Ziel führt. Was bei wirtschaftlicher Tätigkeit selbstverständlich ist, kann nur beschränkt übertragen werden auf eine politische Gemeinde. Die Stadt Bülach kann im Unterschied zu einem Unternehmen unrentable Geschäftsfelder nicht einfach abstossen, weil sie nämlich zu diesen Leistungen rechtlich verpflichtet ist. Und von diesen Leistungen gibt es einen Haufen. Entschieden über diese Leistungen wird auf einer anderen politischen Ebene als hier drin. Bülach kann nur sehr beschränkt selber steuern, wie schnell seine Bevölkerung wächst, auch das wissen wir, und wie schnell es deshalb mehr Infrastruktur braucht. Auch in dieser Hinsicht ist ein Vergleich mit Firmen, die ihr Wachstum innerhalb der Nachfrage, die gegeben ist, selber steuern können, einfach auch wieder nicht hilfreich.

Zweitens lehnen wir die Initiative ab, weil sie sich Schuldenbremse nennt und dabei die Ursachen für die Schulden allein in der Erfolgsrechnung sucht. Mit diesem Spardruck und den verpflichtenden Einlagen in die finanzpolitische Reserve suggeriert sie, die benötigten Investitionen könnten wir mit Verbesserungen von der Effizienz finanzieren. Das ist ein Eiertanz. Die Schulden werden sehr wesentlich beeinflusst vom Umgang mit dem Umfang und der Etappierung der verhandelbaren Investitionen.



Nicht alle sind verhandelbar, das wissen wir. Augenmass ist gut, aber bitte bei den Investitionen genauso wie bei den Ausgaben.

Drittens sehen wir die Einführung eines zweiten Steuerfusses, das ist nämlich der vorgeschlagene Referenzpunkt, an dem das Parlament diskutieren und beschliessen können soll, sehen wir aus praktischer Sicht sehr problematisch. Er verursacht zusätzlichen Aufwand in der Verwaltung, egal wie er ausgestaltet wird, er wird das verursachen, und er verkompliziert die ganze politische Diskussion und Willensbildung erheblich. Soweit unsere wichtigsten inhaltlichen Argumente. Zu dem, was eindeutig dasteht und aus unserer Sicht nicht der richtige Weg ist, zu tiefen Kosten und guter Selbstfinanzierung.

Viertens aber meinen wir, dass es auch formale Probleme gibt, die sind schon mehrfach angesprochen worden, ich will etwas konkreter werden. Neben dem, was eindeutig dasteht, gibt es nämlich bei genauerem Anschauen auch vieles, was nicht klar ist. Teilweise ist es einfach zu kompliziert beschrieben und schon deshalb nicht klar. Die Begriffe sind zum Teil nicht genug definiert und deshalb sehr verschieden interpretierbar. Auch die Logik geht teilweise nicht auf. Ein paar Beispiele: Im Hauptparagraf ist von Budget und Rechnungen die Rede. Unter dem Buchstaben A bis E ist in mehreren Fällen unklar, ob beide gemeint sind, in ein paar Fällen können nicht beide gemeint sein. Diese Unklarheit führt dazu, dass auch bei der Interpretation von anderen unklaren Formulierungen dann ganz viele Möglichkeiten zustande kommen. Die Kombination von Buchstaben B und C würde streng genommen dazu führen, dass wir eine immerwährende Verbesserung des Verhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben hätten. So eine coole Vorstellung. Ja, das ist die, die dich leitet, oder? Aber es geht nicht, es ist in der grosszügigsten Interpretation, die möglich ist, ist es halbwegs realistisch. Aber die grosszügigste Interpretation ist, glaube ich, nicht im Sinn und Geist der Initiative und dürfte deshalb nicht gemeint sein. Also wie ist es denn gemeint? Dann Buchstabe C bezieht sich am Schluss explizit auf A und B. Was bei der gewählten Formulierung nicht richtig passt und die Klärung schwerer macht, was dann genau mit diesen Ausnahmen am Anfang des C gemeint ist. Dann hat es noch Begriffe, die wirklich einfach zu wenig klar sind an diesem Punkt. Und das führt mich eigentlich zu der Klammerbemerkung, die Begriffe, die da vorkommen, zeigen zum Teil auf einer sehr detailreichen, operativen Ebene, dass man sich vielleicht nachher genauer an den nationalen Schuldenbremse orientieren sollte. Die ist nämlich auf Verfassungsebene einerseits und andererseits gibt es ein Gesetz dazu. Vielleicht sollten wir auch an eine Zweistufigkeit denken, wenn wir das in die Gemeindeordnung bringen wollen. In der Zusammenfassung dieses vierten Punktes heisst das also, wenn man die Initiative vorläufig unterstützt, dann kommt die vorbereitende Kommission keinen klaren Auftrag über und wird an diesem unklaren Auftrag einen Haufen Arbeit haben und Kosten für Juristen und so weiter einholen.

Also zusammengefasst ein viel zu hoher Spardruck durch die konkrete Ausprägung, das Ungleichgewicht zwischen den Ausgaben und den Investitionen, dann wir brauchen keinen zweiten



Schattensteuerfuss, und zuletzt die vorberatende Kommission soll keinen so unklaren Auftrag bekommen. Die EVP-Fraktion empfiehlt aus diesen Gründen die parlamentarische Initiative nicht vorläufig zu unterstützen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dominik Berner.

Dominik Berner (SP): «Guten Abend miteinander. Ich spreche nicht ganz so lange wie Christoph. Christoph hat schon ganz viel gesagt. Wir von der SP werden diese Initiative ebenfalls nicht unterstützen, und zwar aus ganz ähnlichen Gründen. Es ist ein massiver Eingriff in die ganze Budgetprozesse, die wir haben. Das hat in der Geschäftsordnung in dieser Form, wie es vorgeschlagen ist, nichts zu suchen. Ich verstehe das Anliegen, es ist absolut nachvollziehbar. Wir haben bereits Budgetabschlüsse und Rechnungen, die in diese Richtung gehen. Der Stadtrat macht seine Arbeit. Jetzt noch in der Gemeindeordnung einen fixen Steuerfuss oder eben, wie es Christoph gesagt hat, einen Schattensteuerfuss zu hinterlegen, das ist zu viel des Guten.

Das hat nämlich verschiedene Konsequenzen, nämlich greift es tatsächlich in den bestehenden Budgetprozess wahrscheinlich massiv ein. Was passiert, wenn der Stadtrat nämlich kein gültiges Budget vorlegen kann? Stimmen wir dann trotzdem ab oder nicht? Das müssen wir alles überlegen. Inhaltlich hat das ein paar juristische Spannungsfelder vom Text her, die man sicher anschauen muss. Streng genommen hätte die Geschäftsleitung die Initiative gar nicht annehmen sollen, weil wir keine Initiativen aufbringen dürfen, die auf bereits behandelnde Geschäfte gehen. Und wir sind ja bereits an der Revision der Gemeindeordnung dran. Das ist jetzt eine rechtliche Geschichte. Die Revision der Gemeindeordnung ist wahrscheinlich bald abgeschlossen, deshalb fordern wir jetzt hier nicht eine Rückweisung aufgrund dessen, aber dort ist es wichtig, dass man das nicht vermischt.

Es ist auch so, bei dieser Initiative, das hat einen grossen Nachteil, nämlich dass Initiativen immer nachgelagert werden kommen müssen, weil man nämlich vorher die Ausgaben begrenzt. Man könnte nicht eine Investition machen, die man später wieder reinholt und das ist extrem schädlich für die Flexibilität, die wir haben. Ich mag gar nicht daran denken, wie man eine Hirslen finanzieren will mit so etwas. Wir brauchen nämlich Personal, bevor eine Hirslen überhaupt einmal läuft. Und zu dem Argument preisgünstiger Wohnraum muss ich schon ein bisschen schmunzeln. Bei der Debatte um den preisgünstigen Wohnraum will man sich nicht verpflichten, aber hier bei den Finanzen sollen wir uns verpflichten. Ja, das finde ich, ist so ein bisschen ein Schattenargument.

Wir werden es, wie gesagt, ablehnen. Diese Initiative nützt nicht viel, auch wenn die Absicht dahinter sehr nachvollziehbar ist. Aber es ist das falsche Instrument und diese Prüfung durch die Geschäftsleitung oder durch eine beratende Kommission, das wird Unmengen Energie verbrauchen, weil wir nämlich einfach auch noch die rechtlichen Unsicherheiten haben. Deshalb werden wir sie ablehnen.»



Der Vorsitzende führt aus, dass die GL länger darüber diskutiert hat, ob die Parlamentarische Initiative anzunehmen sei. Man ist zum Schluss gekommen, dass die beiden Revisionen der Gemeindeordnung getrennt zu betrachten sind. Einerseits, weil sonst die laufende Revision sehr umfangreich würde und andererseits, weil die Schuldenbremse nicht mit den anderen Punkten der Revision vermischt werden soll. Somit wird es zwei Abstimmungen über zwei Revisionen der Gemeindeordnung geben.

Detailberatung

Der Vorsitzende übergibt das Wort Christoph Meier.

Christoph Meier: «Also ich möchte mich zuerst entschuldigen, dass ich so eine grottenschlechte Formulierung gewählt habe. Ich probiere das nächste Mal, es besser zu machen. Dann möchte ich noch auf zwei, drei Punkte eingehen, die hier genannt worden sind. Einerseits den Referenzpunkt, der jetzt im Text ist, wenn man den herausnehmen kann, absolut. Ich hoffe sehr, dass die Kommission, die die Ausarbeitung macht, vielleicht einmal mit mir spricht, um den völlig unklaren Auftrag hier ein bisschen zu klären. Dann wurde gesagt, sie orientiert sich an der Ausgabenseite, im Hauptsatz stehen die Einnahmen. Für mich ist das überhaupt keine einseitige Orientierung.

Dann die ausserordentlichen Einnahmen, die dem Schuldenabbau dienen, die seien dann einfach irgendwo. Wenn wir weniger Schulden haben, müssen wir auch weniger Schuldzinsen zahlen, so apropos, das sind die Lasten der Erfolgsrechnung, also wirkt das auch retour auf die Erfolgsrechnung. Die zwei Rechnungen, die sind verheiratet, die sind nicht unabhängig.

Zu der rechtlichen Unsicherheit: Dann nehme ich an, ihr lehnt auch den Sportpark Erachfeld ab, weil dort haben wir auch eine kleine rechtliche Unsicherheit, glaube ich, und es wäre mega viel Energie verschwendet, wenn wir jetzt dort etwas ausarbeiten würden. Ich persönlich habe eine Vision für die Schuldenbremse und es geht eigentlich jetzt um das. Es geht nicht um irgendwelche technischen Details, wo man irgendwo eine Entschuldigung findet im hinterletzten Paragraph oder Nümmerchen, dass eventuell irgendetwas irgendwann vielleicht unklar aufgefasst werden könnte. Das ist genau jetzt die Aufgabe zum Ausarbeiten, zum Klären und um unsere Finanzen wieder auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen. Auch in Zukunft, wenn wir die Investitionen, die wir jetzt machen, abzahlen und amortisieren und Zinsen zahlen müssen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dominik Berner.



Dominik Berner: «Jetzt habe ich trotzdem noch einmal eine Frage. Also wie ist denn jetzt der Ablauf? Also in der Initiative schreibst du einen Text, der so in die Gemeindeordnung gehen soll und jetzt kann doch nicht die beratende Kommission den Text anpassen. Also was ist denn jetzt der Ablauf, der dir vorschwebt? Dass die vorberatende Kommission das nachher anpasst und dann einen neuen Text formuliert? Das kann ja kaum der Sinn eurer Initiative sein.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Thomas Obermayer.

Thomas Obermayer: «Guten Abend auch noch von meiner Seite. Also ich nehme an, du kennst deine Geschäftsordnung, oder? Was steht dort drin, was die Aufgabe der Geschäftsleitung oder der vorberatenden Kommission? Was kann sie? Änderungsanträge oder einen Kommissionsentwurf stellen. Also wenn natürlich die Geschäftsleitung sich das selber zuteilt, was sie natürlich darf, ist sie auch in der Pflicht, allenfalls rechtliche Probleme entsprechend zu benennen und einen Alternativvorschlag zu präsentieren. Danke.»

Abstimmung

Der Vorsitzende erklärt das weitere Vorgehen. Zuerst wird darüber abgestimmt, ob das Parlament die Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt. Gemäss Art. 57a Abs. 3 GeschO erfordert die Zustimmung zur vorläufigen Unterstützung einen Drittel der anwesenden Personen.

Das Stadtparlament unterstützt die Parlamentarische Initiative mit 15 Ja- zu 11 Nein-Stimmen vorläufig.



Traktandum 3b

Parlamentarische Initiative Christoph Meier «Schuldenbremse für Bülach» – Begründung: Zuweisung

Gemäss Art. 57a Abs. 4 GeschO überweist das Stadtparlament bei vorläufiger Unterstützung der Parlamentarischen Initiative diese an eine vorberatende Kommission oder die Geschäftsleitung zur Antragstellung und Berichterstattung.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Geschäftsleitung vorschlägt, die Parlamentarische Initiative zur Vorberatung der Geschäftsleitung zuzuweisen. Das hat einerseits den Vorteil, dass die Geschäftsleitung parteipolitisch breit abgestützt ist. Andererseits sind sämtliche relevanten Akteure schnell zu kontaktieren. Zudem hat die GL auch Zugriff auf den Parlamentssekretär als Ressource.

Abstimmung

Das Stadtparlament beschliesst mit 25 Ja- zu 1 Nein-Stimme die Parlamentarische Initiative zur Antragstellung und Berichterstattung (Vorberatung) der Geschäftsleitung zugewiesen.

Pause von 19.09 bis 19.15 Uhr



Traktandum 4

Produktgruppenbudget 2026 / Festsetzung Steuerfuss 2026

Dem Stadtparlament wird mit SRB-Nr. 302 vom 17. September 2025 gemäss Gemeindeordnung, Art. 22 Ziff. 1 und 2, beantragt, es wolle beschliessen:

1. a) Das Budget 2026 inkl. Globalbudgets mit einem Aufwand von 203 269 369 Franken, einem Ertrag von 203 337 317 Franken und einem Ertragsüberschuss von 67 948 Franken zu genehmigen.
1. b) Die Investitionen des Verwaltungsvermögens mit Ausgaben von 78 914 000 Franken, Einnahmen von 919 000 Franken und Nettoinvestitionen von 77 995 000 Franken sowie die Nettoinvestitionen im Finanzvermögen von 470 000 zu genehmigen.
1. c) den Steuerfuss für das Jahr 2026 auf 98 % (Vorjahr 96 %) des einfachen Staatssteuerertrages festzusetzen.
1. d) den Stadtrat zu ermächtigen, die zur Deckung des Geldbedarfs erforderlichen Mittel aufzunehmen.
2. Der Finanzplan 2025 – 2029 wird zur Kenntnis genommen.
3. Die unter «Änderung im Bericht – Kompetenz Stadtrat» aufgeführten Änderungen werden zur Kenntnis genommen.
4. Die unter «Änderung im Bericht – Kompetenz Stadtparlament» aufgeführten Änderungen werden dem Stadtparlament zur Annahme empfohlen.

Weiter beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 358 vom 12. November 2025, es wolle beschliessen:

1. Für das Jahr 2026 werden für den Teuerungsausgleich und die individuellen Lohnerhöhungen insgesamt 1,2 Prozent (503 000 Franken) der Gesamtlohnsumme gewährt.

Weiter beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 361 vom 12. November 2025, es wolle beschliessen:

1. Die vom Stadtrat beantragten Änderungen im Budgetnachtrag werden genehmigt und die entsprechenden Budgets der Produktgruppen angepasst.
2. Den Steuerfuss für das Jahr 2026 bei 96 Prozent (Vorjahr 96 Prozent) des einfachen Staatssteuerertrages festzusetzen.

Die RPK beantragt dem Stadtparlament:



1. Unter Vorbehalt der Berücksichtigung des Änderungsantrags der RPK, das Budget 2026 inklusive Investitionsrechnung 2026 der Stadt Bülach zu genehmigen (einstimmig).
2. Den Steuerfuss bei 96 % gemäss Antrag des Stadtrats beizubehalten (mehrheitlich).
3. Den Stadtrat zu ermächtigen, die zur Deckung des Geldbetrags erforderlichen Mittel aufzunehmen.

Weiterer Ablauf

1. Einschätzung zum Produktgruppenbudget 2026 durch den RPK-Präsident Ralf Winzer
2. Erläuterungen zum Produktgruppenbudget 2026 durch den Finanzvorstand Markus Surber
3. Fraktionserklärungen
4. Detailberatung Produktgruppenbudget 2026 (gemäss Buch, nach Abteilungen und Geschäftsfelder)
5. Detailberatung Investitionsrechnung 2026 (gemäss Buch, nach Abteilungen und Geschäftsfelder)
6. Steuerfuss 2026: Detailberatung und Abstimmung
7. Schlussabstimmung Produktgruppenbudget 2026
8. Schlussabstimmung Investitionsrechnung 2026

Es gibt keine Eintretensdebatte, das Stadtparlament muss auf das Geschäft eintreten.

1. Einschätzung zum Produktgruppenbudget 2026 durch den RPK-Präsidenten Ralf Winzer

Der Vorsitzende erteilt dem RPK-Präsidenten Ralf Winzer das Wort.

Ralf Winzer: «Guten Abend auch von meiner Seite, geschätzte Anwesende. Zuerst einmal möchte ich dem Stadtrat und allen Beteiligten danken für den sehr grossen Aufwand in der Vorbereitung von diesem Budget. Es ist uns absolut bewusst, welche Arbeit das mit sich bringt, sowohl für den Stadtrat als auch für die Verwaltung. Aber eben, wir wissen es auch, es ist auch einer der wichtigsten Arbeitspunkte für uns hier im Parlament. Ich möchte feststellen, das Gesamtbudget erscheint uns sorgfältig erarbeitet. Entsprechend haben wir auch da in der Gesamtbeurteilung einen positiven Eindruck, wenn auch einige Produktgruppen zur Diskussion geführt haben und nachher auch diskutiert werden. Ein paar Bemerkungen vielleicht zum Gesamtbudget: Was uns immer wieder ein bisschen Sorgen oder auch Unsicherheit bringt, sind die Updates im November, der sogenannte Novemberbrief, wie dem der



Stadtrat sagt, weil es bringt uns in Terminprobleme. Der entsprechende Nachtrag kam an einem Freitag, am 14. November, wenn ich mich recht erinnere. Gerade einen Arbeitstag später, am nächsten Montag, wäre unsere letzte diesjährige RPK-Sitzung gewesen. Also es hat uns fast keine Möglichkeit gegeben, darauf zu reagieren. Deshalb möchte ich festhalten, dass die Empfehlungen, die wir in den verschiedenen Produktgruppen heute abgeben werden, sich ganz klar eigentlich auf das ursprüngliche Budget vom September beziehen.

Wir haben, es ist unsere Aufgabe, bei einigen Produktgruppen entsprechend werden wir Kürzungen vorschlagen und da möchte ich vielleicht ein paar Bemerkungen dazu machen. Wichtig ist für uns, zu verstehen, ob eine Zusatzaufgabe oder eine neue Stelle, die man schaffen will, wie die sich eigentlich finanzieren soll oder rechtfertigen soll. Da stellen wir fest, es ist für uns nicht immer ganz einfach festzustellen, ist das etwas, was gebührenfinanziert ist, was sich durch die angeschlossenen Gemeinden finanziert, wie zum Beispiel bei einer Abwasserreinigungsanlage, oder ob das etwas ist, wo am Schluss dann die Kosten beim Steuerzahler landet und somit die Kosten in die Höhe treibt, vielleicht schneller als das Wachstum der Bevölkerung in Bülach ausmacht. Da würde es uns helfen, wenn wir mehr Transparenz hätten in den Budgetberichten, wenn man das einfacher erkennen könnte.

Ich wurde auch gebeten, ein paar Worte zum Kollegialitätsprinzip innerhalb der RPK zu sagen. Oft herrscht die Meinung ja eigentlich, wenn die RPK etwas empfiehlt, dann sollten auch alle Mitglieder der RPK entsprechend stimmen. Da möchte ich darauf hinweisen, Bülach als Gemeinde mit einem Parlament, wir haben das grosse Privileg, innerhalb der Kommissionen auch sogenannte Minderheitsmeinungen zu bringen. Ab dem Moment, wo mindestens 2 Kommissionsmitglieder eine abweichende Meinung von der Mehrheit haben. Somit haben wir die Möglichkeit, auch differenzierte Meinungen abzugeben und das hat einen ganz grossen Vorteil: Wir können uns wirklich auf unsere Kernaufgabe fokussieren, nämlich die finanziellen Aspekte eines Geschäftes zu beurteilen und können uns ein bisschen loslösen von parteipolitischen Überlegungen oder persönlichen Präferenzen. Das wäre es eigentlich für die Einleitung. Eben, noch einmal: das Gesamtbudget beurteilen wir positiv. Die Details zu den Produktgruppen kommen nachher noch. Merci.»

2. Erläuterungen zum Produktgruppenbudget 2026 durch den Finanzvorstand Markus Surber

Der Vorsitzende erteilt dem Finanzvorstand Markus Surber das Wort.

Stadtrat Markus Surber: «Danke vielmals. Bevor ich meinen Text vorlese, möchte ich gerne jemanden vorstellen: Angela Suter. Die einen haben sie vielleicht schon gesehen, sie sitzt neben Markus Wanner. Sie hat übernommen von Markus Wanner am 1. Dezember. Und wir haben die glückliche Lage, dass



wir jetzt beide Koryphäen hier haben und eine saubere Übergabe machen können, dass sie dann das nächste Mal, wenn sie dann alleine da ist, genau weiss, wie es in der Vergangenheit gelaufen ist. Jetzt zum Budget. Der Stadtrat hat den Budgetprozess der kommenden Periode intensiv und mit grosser Ernsthaftigkeit geführt. Sowohl bei den Stellen wie auch bei den Sachkosten sind gegenüber dem ersten Entwurf bereits tiefgreifende und schmerzhaft Einschnitte vorgenommen worden. Die Kürzungen sind das Resultat einer sorgfältigen Abwägung der finanziellen Verantwortung und der Aufrechterhaltung der notwendigen Dienstleistungen für die Bevölkerung von Bülach. Ebenfalls ist dem Stadtrat sehr wichtig, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren auf der Basis des langjährigen Steuerfusses von 92 Prozent. Der in diesem Jahr veröffentlichte Bericht der BDO hat zudem klar aufgezeigt, dass die Stadtverwaltung Bülach sehr effizient arbeitet und im interkommunalen Vergleich sehr gut dasteht. Die externen Gutachten bestätigen auch, dass die bestehenden Strukturen schlank und die Ressourcen sorgfältig eingesetzt werden. Das gleiche Bild zeigt sich beim direkten Vergleich mit vergleichbaren Städten. Aus der Sicht des Stadtrats bestehen kaum noch Möglichkeiten, weitere substanzielle Einsparungen vorzunehmen, ohne dass das unweigerlich zu spürbaren Leistungseinbussen führen würde. Solche Einschränkungen würden letztlich das Angebot und die Servicequalität für die Einwohnerinnen und Einwohner von Bülach direkt beeinträchtigen. Vielen Dank.»

3. Fraktionserklärungen

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dr. Luís M. Calvo Salgado.

Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne): «Vielen Dank. Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Stadträte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrtes Publikum, wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für das Erstellen des Budgets 2026 und auf Fragen wurden schnell kompetente Antworten geliefert, welche an den Fachkommissionssitzungen diskutiert werden konnten. Seit mehreren Jahren haben die Grünen erklärt, dass die Erhöhung des Steuerfusses in dieser Legislatur notwendig sein würde. Wir haben es bereits vor den Wahlen erklärt, als die bürgerlichen Kandidierenden der Stadt Bülach noch versprochen, unter anderem, ich zitiere, „gut mit ihnen zu schlafen“, wenn man für sie stimmen würde. Das war damals die schöne Schlafmetapher, die man sich zum Beispiel in der FDP überlegt hatte, um dieses unhaltbare Versprechen zu erklären.

Der Stadtrat gab erst vorletztes Jahr zum ersten Mal klar zu, dass die nötigen Investitionen nicht alle selbst finanziert werden können und letztes Jahr schlug der Stadtrat selber eine Erhöhung des Steuerfusses um 4 Prozent von 92 auf 96 Prozent vor. Letztes Jahr haben wir dem Stadtrat herzlich dazu gratuliert und wir haben ihnen gesagt, herzlich willkommen in der Realität, Stadtrat. Es ist eine



Binsenwahrheit, dass zusätzliche Ausgaben nur durch Einsparungen an anderen Orten oder aber durch Steuererhöhungen aufzufangen sind und wir wissen alle, dass beide Massnahmen äusserst unpopulär sind. Mit dem durch die Bautätigkeit verursachten Bevölkerungswachstum werden die öffentlichen Infrastrukturen in Zukunft noch stärker belastet werden. So müssen die öffentlichen Schulen ausgebaut werden und wenn Bülach ein attraktiver Wohnort für Familien sein soll, muss die Stadt in die öffentlichen Schulen investieren. Das ist auch für uns Grüne eine klare Priorität in dieser Legislatur und war es übrigens schon immer. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass in Zukunft die Investitionen im Sozialbereich proportional steigen werden. Auch die Verwaltung wird sich noch stärker professionalisieren müssen.

Insgesamt führen die vorgesehenen Investitionen zu einem Abbau des Nettovermögens in den nächsten Jahren. Das heisst, im Finanz- und Aufgabenplan 25 bis 29 kann man selber darüber nachlesen. Ich empfehle die Lektüre des Finanz- und Aufgabenplans immer sehr gerne, weil es eigentlich von einer externen Firma gemacht wird und ich frage mich, wozu man das in Auftrag gibt, wenn man dann eben anders entscheiden sollte. Das ist einfach sehr merkwürdig. Dort wird deutlich gemacht, dass die Investitionen, wie ich gesagt habe, in den nächsten Jahren massiv zunehmen. Das heisst wiederum, dass es finanzielle Mittel braucht, denn die nötigen Finanzmittel können nicht allein über den Finanzausgleich ausgeglichen werden, sondern müssen über Eigenleistung generiert werden. Dieser Aufwand führt nicht nur kurzfristig, sondern auch in Zukunft, zu einer noch grösseren Zunahme der Verschuldung. Wir dürfen die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache, dass aufgrund der weiterhin starken Bevölkerungszunahme in der Stadt weitere sehr hohe Investitionen bis mindestens im Jahr 2028 anfallen.

Im Parlament ist die bürgerliche Mehrheit dafür, die Realität nicht zu akzeptieren, wieder einmal, und die bisherige Politik fortzusetzen. Keine Steuererhöhung, damit man die falschen Versprechen der Wahlen nicht erklären muss. Die Grünen unterstützen diese Haltung nicht und fordern endlich eine ehrliche Finanzpolitik, die zukunftsorientiert und realistisch bleibt. Die finanziellen Aussichten der Stadt machen uns Grünen Sorgen. Der Aufwand wird bis 2028 proportional weit mehr ansteigen als der Ertrag. Das strukturelle Defizit, welches der Stadtrat anvisiert, wird einfach vor sich hergeschoben. Unsere Nettoverschuldung nimmt besorgniserregende Züge an. Sie wird noch weiter ansteigen, denn die relative Steuerkraft, die in Bülach bereits relativ tief ist, wird möglicherweise weiter abnehmen. Es kommen grosse Investitionen auf uns zu, die auch notwendig und unausweichlich sind. Um diese Investitionen finanzieren zu können, muss der Steuerfuss erhöht werden.

Bitte erlauben Sie mir eine kurze Reflexion über den Finanz- und Aufgabenplan der nächsten Jahre. Für die notwendigen Investitionen werden sehr grosse Schulden entstehen. Die bürgerliche Mehrheit wird versuchen, gegen den Volkswillen durch Landverkäufe zu Finanzmitteln zu kommen. Abgesehen davon, dass wir Grünen gegen diese kurzfristige Politik sind, wird diese Strategie nicht reichen, um die



Schulden zu begleichen. Seit Jahren weisen wir Grünen auf diese kurzfristige Denkweise in der Finanzpolitik hin. Wir stellen edeshalb fest, dass eigentlich 2 Prozent mehr bei den Steuern notwendig sein werden. Also wir werden dem Budget 26 zustimmen und verlangen eine Steuerhöhung um 2 Prozent. Und übrigens, wir wollen noch kurz an etwas erinnern: Letztes Jahr haben wir ja vorgeschlagen, einen Änderungsantrag in der Investitionsrechnung zu machen, nämlich wegen dem Fruchtfolgeflächenerwerb von Kompensationsrechten für das Jahr 2025. Es ging damals um 1,8 Millionen Franken, die wir ja vorgeschlagen haben, auf null zu kürzen. Damals hat ausgerechnet die bürgerliche Mehrheit diesen Antrag abgelehnt und wir sehen heute, wie gut es läuft, was Rekurse anbelangt und so weiter mit der Planung für das Erachfeld. Vielen herzlichen Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stephan Ziegler.

Stephan Ziegler (FDP): «Herzlichen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir bedanken uns auch beim Stadtrat und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für die Erstellung des Budgets und für die Beantwortung der Fragen der einzelnen Kommissionen.

Jedes Jahr wieder, etwa zu dieser Zeit, kommt der Samichlaus und hört sich die Ferse an der Kinder. Und genau so mahnen wir von der FDP jedes Jahr wieder, dass die Ausgaben und insbesondere auch die Anzahl der Stellen in der Verwaltung nicht überproportional zu der Bevölkerung wachsen sollen. Denn auch das Budget 2026 zeigt, wie jedes Budget in den vergangenen Jahren auch, wieder mehr Ausgaben und einen weiteren Personalaufbau.

Zu den Einzelbudgets und zu den Leistungsgruppen und auch zu den Einzelbudgets von Leistungsgruppen und Produktgruppen gibt es innerhalb der Fraktion verschiedene Ansichten. Wir sind uns allerdings einig, dass alle Änderungsanträge, die eine Erhöhung des jeweiligen Kostendeckungsgrades, oder eine Reduktion des Kostenwachstums fordern, auf jeden Fall Unterstützung finden werden.

Wie bereits in den Vorjahren fordern wir weiterhin und mit Nachdruck, dass alle Leistungen an Dritte, Private oder andere Gemeinden mit vollen Kosten plus mindestens 10 Prozent zu verrechnen sind. Es kann nicht das Ziel unserer Stadt sein, immer mehr Leistungen für andere Gemeinden anzubieten und dabei höchstens knapp die Kosten decken zu können. Es ist lange schon überfällig, dass Bülach jetzt einmal für sich schaut. Den aktuellen Steuerfuss erachten wir angesichts der grossen und bereits laufenden Investitionen und auch denen, die in die Zukunft noch kommen, zwar nicht als angenehm, aber als vernünftig. Wir werden aufgrund der umsichtigen Planung des Stadtrats dem Antrag auf einen Verzicht einer Steuererhöhung folgen.

Für die Löhne des städtischen Personals werden wir ebenfalls die vom Stadtrat beantragte Erhöhung um 1,2 Prozent unterstützen. Somit sind Realloohnerhöhungen möglich, die deutlich über die aktuelle Inflation ausgehen. Vielleicht fragen sich jetzt einige von euch, warum ausgerechnet die FDP nicht bei



den Lohnerhöhungen sparen will. Ganz einfach, es geht einerseits darum, dass Bülach in einem Markt, der von Mangel an Verwaltungsfachkräften geprägt ist, ein konkurrenzfähiger Arbeitgeber bleiben soll. Zweitens wäre es mit individuellen Lohnerhöhungen möglich, die Arbeit der Leistungsträgerinnen und Leistungsträger zu anerkennen. Und drittens machen die Ausgaben für die Besoldungsänderungen nur einen kleinen Teil der Gesamtkostensteigerungen im Budget aus. Der Krux der Finanzpolitik beziehungsweise der Personalpolitik liegt vielmehr an einem anderen Ort: Es ist kaum möglich, bestehende Stellen, also auch solche, die vielleicht gar nicht mehr nötig oder gar nicht mehr erwünscht sind, zu streichen. Stattdessen führen die Mehraufgaben, ob die jetzt gewollt oder erzwungen sind, dazu, dass ständig Stellen aufgebaut werden müssen. Das Parlament kann in der Realität höchstens neue Stellen verhindern, nicht aber bestehende auflösen oder die innerhalb der Verwaltung an die Orte schieben, wo das Personal dringend gebraucht wird. Deshalb werden wir uns in den nächsten Monaten eingehend mit der Forderung nach einer umfassenden Verwaltungsreform oder einer Personalbremse ganz nach dem Vorbild der anstehenden kantonalen Volksinitiative befassen. Besten Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Iris Surber.

Iris Surber (SP): «Geschätzte Anwesende, wir von der SP möchten uns zuerst bei der Stadtverwaltung und dem Stadtrat bedanken für die sorgfältige und umfassende Arbeit an diesem Budget. Wir unterstützen das vom Stadtrat vorgeschlagenen Budget 26, die geplanten Investitionen und den Steuerfuss von 96 Prozent. Als SP erkennen wir die Notwendigkeit von Investitionen, um den Anforderungen einer wachsenden und sich wandelnden Stadt gerecht zu werden. Diese sind aus unserer Sicht notwendig, um auch den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden und die Lebensqualität in Bülach auch in Zukunft zu sichern. Gleichzeitig wollen wir auch betonen, dass wir als SP keine sinnlosen und unüberlegten Kürzungen unterstützen werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir nicht an den falschen Stellen sparen, besonders nicht bei Bereichen, die für das Wohl unserer Stadt und deren Bewohnerinnen und Bewohner von fundamentaler Bedeutung sind.

Kürzungen, besonders in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit wären kontraproduktiv und würden langfristig mehr Kosten verursachen, als dass sie kurzfristig einsparen. Gerade in Zeiten von wirtschaftlicher Unsicherheit ist es wichtig, dass wir den Fokus auf Investitionen legen, die uns als Gemeinschaft stärken und die Grundlage für eine positive Entwicklung der Stadt schaffen. Wir appellieren an unsere Parlamentskolleginnen und -kollegen, bei allen Anpassungen und Einsparungen immer auch die langfristigen Folgen zu bedenken und die sozialen Auswirkungen. Die SP wird weiterhin für eine Politik eintreten, die das Wohl aller Bülacherinnen und Bülacher in den Mittelpunkt stellt. Eine Politik, die mit Bedacht und Verantwortung Zukunft gestaltet. Wir hoffen auf eine konstruktive Budgetsitzung. Danke.»



Der Vorsitzende übergibt das Wort Dominic Kleiber.

Dominic Kleiber (EVP): «Guten Abend miteinander. Wir haben uns jetzt schon ein paar Fraktionserklärungen angehört und sehen, dass sich aus unterschiedlichen Standpunkten ganz verschiedene Interpretationen und Haltungen gegenüber dem Budget 26 ergeben. Erinnern wir uns, wo wir vor einem Jahr etwa gestanden sind: Die Exekutive hat im Herbst klar am Parlament vorbeigeplant. Die Drohung der Ablehnung des Budgets stand im Raum, der Stadtrat musste nachbessern. Daraufhin hat das Parlament gerade noch einmal deutlich zusammengekürzt.

Dieses Jahr sieht es anders aus. Wir haben ein ausgeglichenes Budget vor uns, das mehrheitlich unbestritten scheint, wenn man sich die Abschlüsse der Fachkommissionen anschaut. Wie jedes Jahr hat der Stadtrat noch ein paar Anpassungen gebracht, oder dieses mal eher Nachbesserungen, wie zum Beispiel den Rückzug der Steuerfusserhöhung um 2 Prozent. Der Wermutstropfen dabei ist aber, dass wichtige Investitionen nicht rechtzeitig anfangen konnten oder nicht fertig realisiert worden sind. Das entlastet zwar das Budget 26, aber die Zwischenlösungen, zum Beispiel bei den Schulbauten, die ausstehenden Projekte werden deswegen sicher nicht günstiger.

Wir als EVP sehen und anerkennen die Bemühungen des Stadtrates, die Ausgaben an Personalkosten und insbesondere Stellenwachstum genau zu prüfen und der Bevölkerung doch ein gutes und attraktives Angebot zu bieten. Bei der Besoldungsänderung tendieren wir zum jetzigen Antrag des Stadtrates von insgesamt 1,2 Prozent. Die kostbarsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die, die schon da sind. Diese Leute gilt es zu wertschätzen, denn jede Kündigung, jede Neuanstellung kostet insgesamt deutlich mehr als das, was wir jetzt in unsere langjährigen Angestellten investieren können. Deshalb unterstützen wir das vorgelegte Budget.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Romaine Rogenmoser.

Romaine Rogenmoser (SVP/EDU): «Guten Abend miteinander. Zuerst einmal Entschuldigung für mein Zuspätkommen, wir haben auch im Kantonsrat noch Budgetberatung und ein 20-Milliarden-Budget braucht auch seine gewisse Zeit, bis es durchberaten ist und wir hatten heute deshalb eine Doppelsitzung, sind aber natürlich selbstverständlich nicht fertig.

Gerne verlese ich Ihnen das Votum im Namen der SVP/EDU-Fraktion. Immer wenn man denkt, es kann nicht mehr schlimmer werden, wird man eines besseren belehrt. Und im Grund hätte ich eigentlich mein letztjähriges Votum rezyklieren können und ich erkläre Ihnen gerne, warum. Das ist mittlerweile mein 12. Budget, das ich jetzt vorgelegt bekomme. Viele Jahre davon war ich in der RPK und vier Jahre



davon sogar als RPK-Präsidentin. Deshalb kann ich sie fundiert mitnehmen in diese Reise des Grauens durch das vorliegende Budget.

Es beginnt damit, dass schon in der Budget-Präsentation der Rechnungsabschluss 2025 im besten Licht dargestellt wird und das, obwohl uns eigentlich nur ein unerwarteter Geldsegen des Kantons erreicht hat, notabene für die Rückerstattung der anerkannten Versorgertaxen. Von effizientem Wirtschaften ist also weit und breit keine Spur und ich hoffe, Sie werden sich dann an meine Worte anlässlich der Rechnungspräsentation erinnern. Aber zurück zum Budget. Auch das wird als ausgeglichen präsentiert, wenn man aber die höheren Steuerträge die jetzt zwar noch ein bisschen korrigiert worden sind, falls man das Steuerfuss belassen würde, so wie die zusätzlichen Gewinnsteuern abziehen würden, dann würde dadurch ein Minus resultieren. Was leider auch im Budget eben nicht ersichtlich ist, und da kann ich sogar dem Parlament nicht einmal einen Strick drehen, ist die Tatsache, dass Bülach, wie jede Zürcher Gemeinde, vom Kanton noch zusätzliche Gelder erstens aus dem Strassenfonds bekommt. Sowie noch weitere Gelder auch in Millionenhöhe für Zusatzleistungen. Auch das sind Gelder in Millionenhöhe.

Was macht aber der Stadtrat? Statt endlich einmal ein bisschen die Sparschrauben anzuziehen, wird aufgrund dieser sprudelnden Einnahmen munter das ganze zusätzliche Geld vom Kanton, das es vom Kanton in die Kasse gespült hat, einfach auch noch ausgeben. Noch immer ist der Stadtrat nicht in der Lage, eine vernünftige Priorisierung zu machen, das Nötige vom Wünschbaren abzugrenzen. Aber klar, es sind Wahlen und natürlich stimmenfreundlicher ist es für unseren Stadtpräsidenten, wenn er überall ein bisschen Geld verteilen kann für alle möglichen, unnötigen und nicht dringlichen Projekte. Noch rasch ein bisschen Geld versprechen, das sichert dann sicher ein paar Stimmen. Einfach unsäglich ist das Ganze und dies einmal mehr auf dem Rücken unserer Steuerzahler. Die Ausgaben steigen einmal mehr überproportional im Vergleich zum Bevölkerungswachstum. Die Steuerkraft ist sogar noch gesunken im Vergleich zu 2024 von über 2'700 Franken auf unter 2'700 Franken pro Einwohner. Die Steuerkraft im Kanton ist hingegen stetig am Wachsen und mittlerweile bei über 4'400 Franken. Das führt auch dazu, dass wir natürlich einmal mehr einen reichen Segen des Finanzausgleichs kriegen. Auch das ist eine Manna, die nicht einfach so vom Himmel fällt. Das deutlichste Zeichen dieser sinkenden Steuerkraft ist, dass Bülach offensichtlich die falschen Steuerzahler anzieht mit diesen zusätzlichen Quartieren, die man aus dem Boden gestampft hat. Und offensichtlich ist auch das Geld vom Wirtschaftsförderer herausgeschmissenes Geld. Weil weder die Vorgaben der Arbeitsplätze noch die Einnahmen der juristischen Personen, also der Firmen, erreicht wurden. Das wären aber dringend benötigte Steuergelder, die der Stadtrat mit seinen hochfliegenden Plänen dringend benötigen würde. Die SVP/EDU-Fraktion kritisiert aber auch die Parlamentarier, die jetzt einfach einmal mehr wieder alles durchwinken, weil sie ganz klar keinen Mut haben, mal eben den Rotstift anzusetzen. Auch wenn



sich offensichtlich die Mehrheit leider mit wachsenden Schulden und nicht finanzierbaren Träumen abgefunden hat, wird die SVP das diesjährige Budget in seiner Gesamtheit ablehnen. Beim Steuereffuss wird die SVP eine Senkung unterstützen, also einen Senkungsantrag unterstützen. Es kann nicht sein, dass Steuern auf Halden eingezogen werden und dann in den finanzpolitischen Reserven parkiert werden. Das sind Gelder, die den Bürgern für ihren Lebensunterhalt weggenommen werden. Das ist ein Umstand, den die SVP nicht akzeptieren kann. Und jetzt noch schnell eine Botschaft an die liberale FDP: Es ist also schon ein bisschen erstaunlich, dass ihr als Wirtschaftspartei präsentiert, tatsächlich aber jetzt eigentlich noch Lohnerhöhungen beim Staat befürwortet. Notabene so, dass genau die Arbeitskraft der Wirtschaft weggezogen wird, weil es immer attraktiver wird, beim Staat zu arbeiten, wo notabene auch schon mittlerweile etwa 12 Prozent mehr Löhne bezahlt werden, als das Gewerbe und die Wirtschaft zahlen können. Und darum bin ich doch sehr erstaunt über euer Vorgehen, die Lohnerhöhung auch noch zu unterstützen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Patrizia Nötzli.

Patrizia Nötzli (GLP): «Wie ich in meinem ersten Votum gesagt habe, möchte die GLP Doppelspurigkeiten vermeiden und deshalb halten wir uns heute kurz und werden zu den jeweiligen Leistungsgruppen etwas sagen und machen jetzt nicht eine allgemeine Fraktionserklärung. Danke.»

4. Detailberatung Produktgruppenbudget 2026, nach Abteilungen und Geschäftsfelder **Hinweise zum weiteren Vorgehen:**

1. Die Detailberatung zum Produktgruppenbudget erfolgt in der Reihenfolge wie im Buch abgebildet (nach Ressorts, kapitelweise).
2. **Der Vorsitzende** wird jeweils **generell** fragen, ob jemand Bemerkungen zu einer Leistungsgruppe anzubringen hat und die Kommissionen und den Stadtrat **nicht jedes Mal** einzeln aufrufen. Ausser es gibt Anträge aus den Kommissionen.
3. Die Kommissionen bringen ihre Informationen und Anträge direkt bei den jeweiligen Produktgruppen ein.
4. Der Stadtrat kann während der Detailberatung zu den Anträgen der Kommissionen und den dazu gefallen Voten Stellung nehmen. **Der Vorsitzende** bittet die Mitglieder des Stadtrats sich dabei kurz zu halten und auf Dankesworte zu verzichten.
5. Es wird zuerst über alle Zusatz- oder Änderungsanträge im jeweiligen Geschäftsfeld abgestimmt. Danach wird grundsätzlich über das gesamte *bereinigte* Geschäftsfeld abgestimmt (z.B. SO-01bis SO-05 und SO-07).



6. Möchte jemand über eine Produktgruppe (z.B. SO-03) separat abstimmen lassen, dann bittet **der Vorsitzende** einen Antrag zu stellen.
7. Bei nicht eindeutigen Abstimmungen sowie bei der Schlussabstimmung wird zwingend ausgezählt. Ansonsten gilt das eindeutige Mehr. Das elektronische Abstimmungssystem «Votebox» wird bei den Schlussabstimmungen zur Festsetzung des Steuerfusses 2026, zum Produktgruppenbudget 2026 sowie zur Investitionsrechnung 2026 eingesetzt. In allen anderen Abstimmungen erfolgt die Auszählung bzw. das Feststellen des eindeutigen Mehrs.

Das Stadtparlament ist mit dem erläuterten Vorgehen einverstanden.

Der Vorsitzende bittet die Stimmenzählenden laut zu zählen.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass generell folgendes gilt und es wird nicht mehr in den einzelnen Produktgruppen erwähnt:

Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Anträge vor, die sich gegenseitig ausschliessen, werden alle nebeneinander zur Abstimmung gebracht. Jedes Parlamentsmitglied kann einem Antrag seine Stimme geben. Das absolute Mehr liegt bei 14 Stimmen. Erhält keiner der Anträge das absolute Mehr, scheidet derjenige Antrag mit den wenigsten Stimmen aus und das Verfahren wird fortgesetzt, bis einer der Anträge das absolute Mehr erreicht.

Das Stadtparlament ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Produktgruppenberichte

Ressort Bevölkerung und Sicherheit (Seiten 7 – 45)

Leistungsgruppe: Bevölkerungsdienste (BE), Sicherheit (SI) u. Sport (SP)

Leistungsgruppe Bevölkerungsdienste (BE)

BE-01 Bevölkerung, BE-02 Friedensrichter und BE-03 Märkte, Plakatwesen und Veranstaltungen

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die **RPK** beantragen **einstimmig** die Genehmigung von BE-01 – BE-03.

Der Vorsitzende übergibt das Wort Patrizia Nötzli.



Patrizia Nötzli: «Jetzt rede ich im Namen der Kommission. Zuerst möchte ich mich wie alle Jahre wieder gerne bei allen Beteiligten für die Erstellung des Budgets 2026 bedanken. Ebenso möchte ich die gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Stadträten sowie der Verwaltung erwähnen. Unsere im Vorfeld gestellten Fragen sind umfassend und so transparent wie möglich beantwortet worden. Danke vielmals für das.

In der Kommission haben wir das Budget 2026 auch dieses Jahr wieder nach bestem Wissen und Gewissen kritisch beleuchtet und die meisten Produktgruppen einstimmig ohne Änderungsanträge genehmigt. Damit der heutige Anblick nicht unnötig in die Länge gezogen wird, sage ich jetzt schon etwas zu unseren zwei Änderungsanträgen, die folgen werden. Der erste betrifft die Produktgruppe SI-03 Zivilschutz. Dort muss das erste Wirkungsziel auf den neuen Namen „Zivilschutzorganisation Zürcher Unterland“ angepasst werden.

Der zweite Änderungsantrag betrifft die Produktgruppe SP-02 Sportamt. Die Subventionsgelder für Sportvereine sollen um 10'000 Franken gekürzt werden. Darin enthalten sind Jugendförderbeiträge für Bülacher Jugendmitglieder bis 16 Jahre, sowie Nachwuchstalentsförderung. Da sind wir entschieden dagegen. Wer bei Kinder- und Jugendlichen spart, wählt vermutlich den ungeeignetsten Weg überhaupt. Wir hoffen, dass das Parlament unserer Meinung folgt und die Subventionsgelder nicht gestrichen werden. Und jetzt wünsche ich uns allen eine gute und faire Budgetdebatte. Danke.»

Abstimmungen

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die Produktgruppen BE-01 bis BE-03 genehmigt.

Leistungsgruppe Sicherheit (SI)

SI-01 Stadtpolizei Bülach, SI-02 Feuerwehr, SI-03 Zivilschutz und SI-04 Schiessanlage

Die **Kommission Bevölkerung & Sicherheit** beantragt unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags einstimmig die Genehmigung von SI-01 bis SI-04.

Die **RPK** beantragt einstimmig die Genehmigung von SI-01 bis SI-04.

Änderungsantrag der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu SI-03 (einstimmig)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit schlägt eine Änderung des 1. Wirkungsziel vor: «Organisation der Zivilschutzorganisation Zürcher Unterland garantieren.»

Begründung: Die Zivilschutzorganisation wird Anfang 2026 erweitert.



Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bevölkerung & Sicherheit:

SI-01.4: Die Verkehrsinstruktion bei der Schulgemeinde Hochfelden ist im Budget noch nicht erfasst, da der Vertrag erst im August abgeschlossen wurde und die Zahlen nicht mehr nachträglich angepasst werden konnten. Es ist in der Rechnung 2026 also noch mit Änderungen zu rechnen.

Der Vorsitzende übergibt Anne-Christine Halter das Wort.

Anne-Christine Halter: «Der Stadtrat hat in der Begründung der Ablehnung des vorhin besprochenen Postulats erwähnt, dass es ihm wichtig ist, den Opferschutz und die Prävention von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu priorisieren, dass die vorhandenen Ressourcen aber nicht langen, um die Präventionskampagne des Bundes gegen häusliche Gewalt auch nach Bülach zu holen und da mitzumachen. Jetzt ist ja vorhin so schön von verschiedenen Fraktionen erwähnt worden, dass man zu den nationalen und kantonalen Ebenen nicht zweigleisig fahren möchte. Aber dass es schon auch wichtig ist, dass man das Thema auf dem Schirm behält. Die nationale Präventionskampagne ist ja genau darauf ausgelegt. Das Material ist vorbereitet, die Gemeinden müssen es nur noch bestellen und dann auf kommunaler Ebene verteilen. Konkret geht es zum Beispiel um Plakate, die bestellt und ausgehängt werden können.

Darum beantragt die SP-Fraktion jetzt den Globalbudgetbetrag für SI-01 um 15'000 Franken zu erhöhen. Die sollen der Produktgruppe SI-01.4 Information, Prävention, Schulung mit dem Ziel, in Phasen 1 und 2 der nationalen Präventionskampagne nächstes Jahr mitzumachen. Damit können Plakate bestellt werden. Im Mai wird die nationale Opferhilfenummer 142 hoffentlich kommen, auf die kann die Bevölkerung in Bülach mit diesem Geld aufmerksam gemacht werden und das Umfeld der Betroffenen, aber auch die breite Bevölkerung darin gestärkt werden, bei Verdacht auf Gewalt aktiv zu werden, was ja auch so ein bisschen dem Gedanken einer aktiven Nachbarschaftshilfe entspricht. Also noch einmal kurz, wir beantragen den Globalbudgetbetrag für SI-01 um 15'000 Franken zu erhöhen.»

Abstimmungen

Abstimmung Änderungsantrag SP-Fraktion zu SI-01 Stadtpolizei Bülach

Das Stadtparlament hat mit 10 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen den Änderungsantrag der Kommission Bevölkerung und Sicherheit abgelehnt.

Der Globalbudgetbetrag für SI-01 wird nicht um 15'000 Franken erhöht.

Abstimmung Änderungsantrag der Kommission Bevölkerung und Sicherheit zu SI-03 Zivilschutz



Der Vorsitzende erklärt, dass dies ein Änderungsantrag zu einem Leistungsziel ist, den man eigentlich genau durchrechnen müsste. Da es aber eine einfache Namensänderung ist, sei dies hier nicht nötig.

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsantrag der Kommission Bevölkerung und Sicherheit genehmigt.

Das 1. Wirkungsziel wird wie folgt geändert: «Organisation der Zivilschutzorganisation Zürcher Unterland garantieren.»

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die *bereinigten* Produktgruppen SI-01 bis SI-04 genehmigt.

Leistungsgruppe Sport (SP)

SP-01 Sportzentrum Hirslen und Freibad und SP-02 Sportamt

Die **Kommission Bevölkerung & Sicherheit** beantragt einstimmig unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags die Genehmigung von SP-01 und SP-02.

Die **RPK** beantragt **einstimmig** die Genehmigung von SP-01 und SP-02.

Änderungsantrag der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu SP-02 Sportamt

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit beantragt die Erhöhung des Globalbudgetbetrags um 10 000 Franken.

Begründung: Verzicht auf Kürzung der Subventionsgelder – monetären Unterstützung der Vereine.

Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmungen

Abstimmung Änderungsantrag der Kommission Bevölkerung und Sicherheit zu SP-02 Sportamt

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsantrag der Kommission Bevölkerung und Sicherheit genehmigt.

Der Globalbudgetbetrag in der Produktgruppe SP-02 Sportamt wird um 10 000 Franken erhöht.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die *bereinigten* Produktgruppen SP-01 und SP-02 genehmigt.



Produktgruppenberichte
Ressort Bildung (Seiten 46 – 75)
Leistungsgruppe: Bildung (BI)

BI-01 Unterricht Primar- und Kindergartenstufe,
BI-02 Schulergänzende Leistungen,
BI-03 Berufs- und Erwachsenenbildung,
BI-04 Schulliegenschaften und
BI-05 Schulverwaltung

Die **Kommission Bildung & Soziales** beantragt **einstimmig** die Genehmigung von BI-01 bis BI-05 unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge.

Die **RPK** beantragt **einstimmig** die Genehmigung von BI-01 bis BI-05.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bildung & Soziales

BI-02.4 Schulergänzende Betreuung: Die Senkung des Kostendeckungsgrads von 75 % auf 60 % wird kritisch betrachtet. Eine genaue Auswertung ist noch nicht möglich, da die Zahlen der Rechnung 25 ausstehend sind. Diese wären aber relevant, um die Anwendung der neuen BVO, die Neuschaffung der Midi-/ Maximodule und die neu verrechneten Overheadkosten der IT nachzuvollziehen. Die neukonstituierte FK Bildung und Soziales soll sich im Rahmen der Rechnung 25 mit dieser Thematik befassen und die Erkenntnisse für den Budgetprozess 27 einfließen lassen.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der RPK

Die RPK unterstützt den Änderungsantrag 1 der Kommission Bildung & Soziales zu BI-03.

Änderungsantrag 1 der Kommission Bildung & Soziales zu BI-03.2: Volkshochschule

Antrag auf Erhöhung des Saldos von 45 000 auf 65 000.

Begründung: Die Volkshochschule ist in den letzten 10 Jahren enorm gewachsen (Verdoppelung des Kursangebotes). Eine gute Grösse wurde nun erreicht und um den Fortbestand und die Qualität zu sichern, werden zusätzliche personelle Ressourcen benötigt. Deshalb soll der Betriebsbeitrag von 20 000 auf 40 000 Franken erhöht werden (Antrag Verein Volkshochschule). Zusammensetzung der 65 000:

- 40 000 Betriebsbeitrag
- 15 000 Subventionsbeitrag



· 10 000 Defizitgarantie

Der Stadtrat wird beauftragt, die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Volkshochschule mit diesen Zahlen neu aufzusetzen.

Änderungsantrag 2 der Kommission Bildung & Soziales zu BI-03.2: Volkshochschule (Mehrheitsantrag)

Änderungsantrag «Leistungsziele mit Leistungsindikatoren»:

Anzahl auszusprechende Kurs pro Jahr von 60 auf 100 erhöhen.

Begründung: Anpassung der Leistungsindikatoren an die aktuell gültige Leistungsvereinbarung.

Änderungsantrag 3 der Kommission Bildung & Soziales zu BI-03.2: Volkshochschule (Minderheitsantrag)

Änderungsantrag «Leistungsziele mit Leistungsindikatoren»:

Durchgeführte Kurse im Verhältnis zu den ausgeschriebenen Kursen von 80 % auf 85 % erhöhen.

Begründung: Anpassung der Leistungsindikatoren an die aktuell gültige Leistungsvereinbarung.

Ausserdem beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament folgende Änderungen im Bericht, welche in der Kompetenz des Stadtrats ist, zur Kenntnis zu nehmen:

BI-01.7: Schuleinheit Guss (neues Produkt)

BI-04.7: Liegenschaft SE Guss (neues Produkt)

Referentin / Referent der RPK

Wünscht der Präsident der RPK das Wort?

Der Vorsitzende übergibt Laura Hartmann das Wort.

Laura Hartmann: «Guten Abend miteinander. Erstens danke ich vielmals der Stadträtin Rosa Pfister, Marco Lobsiger und auch der ganzen Abteilung für den ganzen Austausch, den wir gehabt haben wieder einmal für das Budget 26.

Die grössten Diskussionspunkte, die wir gehabt haben, ist eben das mit dem Verein Volkshochschule, dass die als Verein zu uns in die Fachkommission gekommen sind und gesagt haben, sie brauchen mehr finanzielle Mittel, weil sie mittlerweile innerhalb von diesen 10 Jahren, in denen sie das jetzt betreiben, die Volkshochschule massiv gewachsen ist. Ihr Kursangebot ist von 100 Kurse auf 200 Kurse gewachsen. Dadurch brauchen sie vor allem mehr personelle Ressourcen, um einfach das Ganze zu handeln und auch auf eine Art Werbung und die Öffentlichkeitsarbeit mehr auszuarbeiten. Darum sind wir als Fachkommission der Meinung, dass wir den Betriebsbeitrag von 20'000 auf 40'000 erhöhen



wollen, dass das auch eine sinnvolle Investition ist, weil eben auch gerade die Volkshochschule, die wir hier im Bülach haben, etwas Wichtiges ist, das man unterstützen muss. Wo man schauen muss, dass es auch so bleibt, wie es ist. Sie haben auch selber gesagt, sie sind jetzt in einer Grösse, die sie gut finden, wo sie auch selber keinen Anspruch haben, um noch einmal massiv mehr zu wachsen. Mit dieser Erhöhung des Betriebsbeitrags um 20'000 Franken unterstützen wir sie in diesem Sinn auch. Zu diesen zwei Änderungsanträgen, die wir noch haben, zu den Leistungsindikatoren: Die Erhöhung der Anzahl ausgeschriebenen Kurse von 60 auf 100 und auch die prozentuale Durchführbarkeit der Kurse von 80 auf 85 Prozent, das sind zwei Indikatoren, die jetzt schon in der heutigen Leistungsvereinbarung so drin sind mit dem Verein Volkshochschule. Es ist einfach nie in unser Budgetbuch eingeflossen. Das heisst also, die zwei Änderungsanträge, die wir dort haben, einen als Mehrheitsantrag, einen als Minderheitsantrag, sind im Prinzip eigentlich nur eine Anpassung im Buch auf das, was wir jetzt schon in der Leistungsvereinbarung haben mit dem Verein Volkshochschule. Also es sind in dem Sinn keine Änderungen, die wir mit Ihnen machen wollen im Vertrag, sondern eben einfach mehr Richtigstellung in unserem Büchlein.»

Abstimmungen

Der Vorsitzende erwähnt nochmals, dass diese Änderungsanträge Leistungsindikatoren betreffen, die man eigentlich auf die Auswirkungen aufs Budget überprüfen müsste. Da diese aber bereits eingerechnet sind, ist die GL der Meinung, dass die Abstimmungen zulässig sind.

Abstimmung Änderungsantrag 1 der Kommission Bildung & Soziales zu BI-03.2 Volkshochschule

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsantrag 1 der Kommission Bildung und Soziales genehmigt.

Der Globalbudgetbetrag im Produktergebnis der Produktgruppe BI-03.2 Volkshochschule wird von 45 000 Franken auf 65 000 Franken erhöht.

Abstimmung Änderungsantrag 2 der Kommission Bildung & Soziales zu BI-03.2 Volkshochschule

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsantrag 2 der Kommission Bildung und Soziales genehmigt.

Die «Leistungsziele mit Leistungsindikatoren» werden angepasst: Die Anzahl auszuschreibende Kurs pro Jahr wird von 60 auf 100 erhöht.

Abstimmung Änderungsantrag 3 der Kommission Bildung & Soziales zu BI-03.2 Volkshochschule (Minderheitsantrag)



Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsantrag 3 (Minderheitsantrag) der Kommission Bildung und Soziales genehmigt.

Die «Leistungsziele mit Leistungsindikatoren» werden angepasst: Die durchgeführten Kurse werden im Verhältnis zu den ausgeschriebenen Kursen von 80 % auf 85 % erhöht.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die *bereinigten* Produktgruppen BI-01 bis BI-05 genehmigt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat bei den Produktgruppen BI-01 und BI-04 in eigener Kompetenz zwei neue Produkte (Schuleinheit und Liegenschaft Guss) eingeführt hat.

Produktgruppenberichte

Ressort Finanzen und Informatik (Seiten 76 – 91)

Leistungsgruppe: Finanzen und Informatik (FI)

Leistungsgruppe Finanzen und Informatik (FI)

FI-01 Finanz- und Rechnungswesen, FI-02 Steuern, FI-03 Betreuungswesen und FI-04 Informatik

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 358 vom 12. November 2025, es wolle beschliessen:

1. Für das Jahr 2026 werden für den Teuerungsausgleich und die individuellen Lohnerhöhungen insgesamt 1,2 Prozent (503 000 Franken) der Gesamtlohnsumme gewährt.

Weiter beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament nachträglich mit Beschluss-Nr. 361 vom 12. November 2025, es wolle beschliessen:

1. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Änderungen im Budgetnachtrag werden genehmigt und die entsprechenden Budgets der Produktgruppen angepasst.
2. Den Steuerfuss für das Jahr 2026 bei 96 Prozent (Vorjahr 96 Prozent) des einfachen Staatseinkommensteuereinkommens festzusetzen.

Folgende Änderung im Bericht wird vom Stadtrat vorgeschlagen. Über die Änderung wird abgestimmt:

FI-04.1 Informatik (Antrag 1)

Steuerungsgrösse Anpassung der Definition und der Vorgabewerte.



Folgende Änderungen (Budgetnachträge) werden im Bericht vom Stadtrat vorgeschlagen. Über die Änderungen wird abgestimmt:

FI-01.3 Weitere Kosten und Erlöse

Der Stadtrat beantragt eine Kürzung der Einlage in die finanzpolitische Reserve um 2 100 000 Franken aufgrund der Anpassung des Steuerfusses von 98 % auf 96 % (4,2 statt 6,3 Mio. Franken).

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Änderung zwangsläufig von der Festsetzung des Steuerfusses abhängt und folglich erst nach Festsetzung des Steuerfusses behandelt werden kann.

FI-01.3 Weitere Kosten und Erlöse (Antrag 2)

Der Stadtrat beantragt einen Mehraufwand von 42 000 Franken aufgrund einer Erhöhung der Lohnerhöhung von budgetiert 1,1 % auf 1,2 %.

FI-02.1 Finanzausgleich

Der Stadtrat beantragt **Mindereinnahmen von 1 100 000 Franken** aufgrund der Anpassung des Steuerfusses von 98 % auf 96 %.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Änderung zwangsläufig von der Festsetzung des Steuerfusses abhängt und folglich erst nach Festsetzung des Steuerfusses behandelt werden kann.

FI-02.2 Steuererträge

Der Stadtrat beantragt **Mindereinnahmen** von 1 000 000 Franken aufgrund der Anpassung des Steuerfusses von 98 % auf 96 %.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Änderung zwangsläufig von der Festsetzung des Steuerfusses abhängt und folglich erst nach Festsetzung des Steuerfusses behandelt werden kann.

Änderungsantrag der Fraktion der Grünliberalen zu FI-01 (Antrag 3)

Die Fraktion der Grünliberalen beantragt einen Minderaufwand von 252 000 Franken aufgrund einer Verminderung der Lohnerhöhung von budgetiert 1,1 % auf 0,5 % (Teuerungsausgleich: 0,2 %, individuelle Lohnerhöhungen: 0,3 %).

Die **Kommission Bevölkerung & Sicherheit** beantragt **einstimmig** die Genehmigung von FI-04 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 12. November 2025.

Die **RPK** beantragt **einstimmig** die Genehmigung von FI-01 bis FI-04 mit den Änderungen des Budgetnachtrags des Stadtrats vom 12. November 2025.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Präsidenten der RPK.



Ralf Winzer: «Vielleicht ganz kurz, weil im Abschied haben wir keine Aussage gemacht zu den Salärerhöhungen. Einerseits wegen dem, was ich vorher erwähnt habe, dass wir nicht die Zeit hatten, in unserer letzten Sitzung den angepassten Antrag des Stadtrats zu berücksichtigen. Nachträglich haben wir uns abgestimmt. Wir unterstützen ausdrücklich die neu vorgeschlagene Salärerhöhung für die Mitarbeiter der Stadt, weil wir der Ansicht sind, dass dieser höhere Anteil an individuellen Lohnanpassungen einerseits ermöglicht, mehr Salärgerechtigkeit herzustellen, dort, wo sie noch nicht besteht, auch bewusst Mitarbeiter zu fördern, die sich verdient gemacht haben für die Stadt und drittens auch eine gewisse Motivation für das Personal, das sich für uns und für unsere Stadt einsetzt. Das wäre es von meiner Seite.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadtpräsident Mark Eberli.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Ja, liebes Parlament, ich glaube, es ist klar, dass die wichtigsten Ressourcen in einem Dienstleistungsunternehmen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind. Ich bekomme regelmässig positive Rückmeldungen über die Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie machen einen guten Job. Dass man im Benchmark mit anderen Städten sehr gut abschliesst, hat auch mit dem grossen Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tun. Wir haben jetzt ein ausgeglichenes Budget und wir diskutieren jetzt trotzdem, wir tun 4 Millionen Franken in die finanzpolitische Reserve hinein, und jetzt die Kürzung der Löhne ist irgendwie 0,1 Prozent. Es ist mir wichtig, dass in Zeiten, es ist schon vorher erwähnt worden, des Fachkräftemangels und auch für die Mitarbeiter, die schon lange bei uns sind, dass wir tatsächlich Realloohnerhöhungen machen können. Und darum bitte ich dem Antrag nicht zuzustimmen, sondern das, was der Stadtrat beantragt, zu unterstützen. Danke vielmals.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stephan Ziegler.

Stephan Ziegler: «Ich kann es mir jetzt nicht nehmen lassen, weil vorhin die SVP-Fraktionssprecherin noch unsere Haltung, kritisiert hat bei der Anpassung der Besoldung. Ich habe ja eingangs drei Punkte erwähnt, wieso wir dafür sind. Natürlich drei Monate vor der Wahl ist es natürlich legitim, ein bisschen gegen uns zu Poltern, das ist ja logisch. Und Lohnerhöhungen beim Staat, das müssen wir auch sagen, das ist immer ein schöner Spielplatz auch für die Symbolpolitik. Ich schaue da in Richtung der Medienvertreter, das ist natürlich ein super Thema. Darum an dieser Stelle einfach der Hinweis aus der Realpolitik. Also wir reden von einem Bruttoaufwand, den die Stadt Bülach jetzt hier nach dem



angepassten Antrag hat, von 201 Millionen Franken. Und jetzt geht es beim Antrag des Stadtrates um 42'000 Franken. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Romaine Rogenmoser.

Romaine Rogenmoser: «Also das mit der Wahlkampfgeschichte kann ich natürlich nur zurückgeben. Es ist natürlich auch geil, jetzt gerade vor der Wahl ein Zuckerchen zu verteilen. Und es ist natürlich ein bisschen einfach zu sagen, es sind nur 42'000 Steine. Das Problem ist, auch 0,1 Prozent schleppt ihr die nächsten 200 Millionen Jahre mit. Also jedes Mal, wenn ihr eine Lohnerhöhung oder Teuerungs- ausgleich macht, das ist jedes Mal on top. Und noch einmal 0,1 Prozent und noch einmal 1,2 Prozent und noch einmal 3,5 Prozent und noch einmal 1,1 Prozent. Also es ist nicht einfach so, nur jetzt 42 Tonnen. Es ist auch das nächste Jahr und das übernächste Jahr und in den nächsten 100 Millionen Jahren so viel und immer noch on top. Also es ist ein bisschen einfach und ich glaube, es ist einfach wirklich auch nur eine Wahlkampfgeschichte bei euch.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Christoph Meier.

Christoph Meier: «Auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Mark, du hast gesagt, es ist nur irgendwie 0,1 Prozent oder so. Es gibt so ganz viele Bücher, wie man sich verbessern kann und eines davon ist die Ein-Prozent-Methode. Daraus kann man lernen, dass wenn man sich pro Tag um 0,1 Prozent verbessert, ist man Ende des Jahres doppelt so gut. Man hat sich verdoppelt 0,1 Prozent pro Tag und dort stimme ich Romaine bei. Das ist nicht einmaliger Betrag. Den haben wir nächstes Jahr wieder, plus die Erhöhung für nächstes Jahr ist auf dem aufbauend. Das ist genau der gleiche Zinseszins-effekt, von dem wir dann hoffentlich bei der Schuldenbremse profitieren können.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.

Peter Stiefenhofer: «Christoph, ich habe Leistungssport gemacht. Ich weiss, was die täglichen Verbesserungen sind. Aber wir reden nicht von 0,1 Prozent pro Tag, wir reden von 0,1 Prozent pro Jahr, oder? Und ich glaube, wir bellen den falschen Baum an. Bülach hat in den letzten vier Jahren, in dieser Legislatur, 28 Prozent Stellenzuwachs bewilligt bei einem Bevölkerungszuwachs von sieben Prozent. Unsere Vorgänger, die Legislatur vorher, die haben 20 Prozent Stellen bewilligt bei einem Bevölkerungszuwachs von 16 Prozent. Dort ist, wo der Punkt liegt. Die Stadt muss aufhören, für jedes verdammte Aufgäbelchen weitere Stellen zu schaffen. Wir müssen nicht sparen bei dem Personal, das wir haben. Wir müssen anfangen, Strukturen zu vereinfachen, Prozesse zu vereinfachen, vor allem Hierarchien zu



reduzieren. Und nicht anfangen zu diskutieren, ob jetzt ein Prozent Salärerhöhung beim guten Personal, das wir haben, zu viel ist. Das ist der falsche Baum, denn die Stellen treiben die Büroflächen, die wir brauchen, die Informatikkosten, die Spesen etc. in die Höhe. Es hängt alles von den Stellen ab und ich warte schon, dass wir ein neues Stadthaus bauen müssen, weil wir nicht mehr Platz haben.»

Abstimmungen

Abstimmung Antrag 1: Änderungsvorschlag Stadtrat zu FI-04.1 Informatik

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu FI-04.1 Informatik genehmigt.

Die Definition und die Vorgabewerte der Steuerungsgrösse werden angepasst.

Abstimmungen FI-01

	Total Stimmen
Antrag 2: Budgetnachtrag Stadtrat Mehraufwand Lohnerhöhungen von 42 000 Franken	14 (absolutes Mehr)
Antrag 3: Änderungsantrag Fraktion GLP Minderaufwand Lohnerhöhungen von 252 000 Franken	
Antrag 4: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2026 Kein Mehr-/Minderaufwand für Lohnerhöhungen	

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen einen Mehraufwand bei den Lohnerhöhungen von 42'000 Franken zugestimmt (Budgetnachtrag Stadtrat).

Der Vorsitzende informiert, dass die Schlussabstimmung über die Leistungsgruppe Finanzen und Informatik (FI) nach der Festsetzung des Steuerfusses und der Behandlung der noch ausstehenden Anträge zur Leistungsgruppe erfolgt.

Pause von 20.32 bis 20.42 Uhr



Produktgruppenberichte

Ressort Planung und Bau (Seiten 92 - 111)

Leistungsgruppe: Bau, Planung und Umwelt (BA), Liegenschaften (LI)

Leistungsgruppe Bau, Planung und Umwelt (BA)

BA-01 Hochbau, BA-03 Stadtplanung und BA-04 Mobilität und Energie

Die **Kommission Bau & Infrastruktur** beantragt mehrheitlich die Genehmigung von BA-01, BA-03 und BA-04.

Die **RPK** beantragt einstimmig die Genehmigung von BA-01, BA-03 und BA-04.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Präsidenten der Kommission Bau und Infrastruktur.

Dominik Berner: «Eine Mehrheit der Kommission steht hinter dem Budget, das uns von der Abteilung Planung und Bau vorgelegt wurde. Wir bedanken uns auch hier für die gute Zusammenarbeit und für die Transparenz. Ursprünglich haben wir dieses Jahr einiges an den Steuerungsgrössen und den Kennzahlen anpassen wollen, das hat es leider nicht mehr rechtzeitig ins Budget geschafft, aber ich habe die Vorschläge den entsprechenden Stadträten zukommen lassen. Ich denke, das können wir auf die nächste Budgetrunde angehen, dass dort ein bisschen verschlankt wird. Sonst eben wie gesagt, eine Mehrheit der Kommission ist mit dem Budgetvorschlag einverstanden, eine Minderheit ist nicht einverstanden, hat aber keinen Änderungsantrag formuliert.»

Abstimmung

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die Produktgruppen BA-01, BA-03 und BA-04 genehmigt.

Leistungsgruppe Liegenschaften (LI)

LI-01 Liegenschaften

Die Kommission Bau & Infrastruktur beantragt **mehrheitlich** die Genehmigung von LI-01.

Die RPK beantragt **einstimmig** die Genehmigung von LI-01.



Abstimmung

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die Produktgruppe LI-01 genehmigt.

Produktgruppenberichte

Ressort Politik und Präsidiales, Stab (Seiten 112 – 137)

Leistungsgruppe: Kultur (KU), Politik (PS), Stab (PS) und Wirtschaft und Arbeit (WA)

Leistungsgruppe Kultur (KU)

KU-02 Kultur

Die Kommissionen **Bevölkerung & Sicherheit** und **RPK** beantragen einstimmig die Genehmigung von KU-02.

Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die Produktgruppe KU-02 genehmigt.

Leistungsgruppe Politik und Stab (PS)

PS-01 Politik und PS-02 Stab

Folgende Änderung im Bericht wird vom Stadtrat vorgeschlagen. Über die Änderung werden wir abstimmen:

PS-01.2 Stadtrat

Steuerungsgrösse Öffnungszeiten Stadtverwaltung auf 32 Stunden reduzieren

Die **Kommissionen Bevölkerung & Sicherheit** und **RPK** beantragen einstimmig die Genehmigung von PS-01 und PS-02.

Änderungsantrag der SP-Fraktion zu PS-01

Die **SP-Fraktion** beantragt die Kürzung des Globalbudgetbetrags um 20 000 Franken.



Der Vorsitzende übergibt das Wort Anne-Christine Halter.

Anne-Christine Halter: «Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich eine Reduktion des Globalbudgetbetrags in der Produktgruppe PS-01 von 20'000 Franken. Konkret soll diese in der Produktgruppe PS01.2 bei den Sachkosten eingespart werden. Dort ist für 2026 als aussergewöhnliche Ausgabe die Wahlfeier unserer Kollegin Romaine Rogemoser als Kantonsratspräsidentin budgetiert. Zu diesem Amt gratulieren wir ihr natürlich. Aber gleichzeitig wird uns hier auch vorgeworfen, uns nicht zu trauen, den Rotstift anzusetzen bei unverhältnismässigen Ausgaben und darum möchte man doch das jetzt machen. Die Summe für die Wahlfeier beträgt nämlich, haltet euch fest, 60'000 Franken. Wir erinnern uns noch einmal kurz daran, was wir als erstes für das Büülifäscht gesprochen haben und setzen das ins Verhältnis. 60'000 Franken entsprechen auch dem Betrag, der von rechts für Kunst am Bau bei einem Schulhaus gestrichen worden ist. 42'000 Franken Lohnerhöhung für städtische Angestellte ist vorher von der betroffenen Person als No-Go bezeichnet worden.

Später reden wir noch über Subventionen an Eltern von Spielgruppenkind, welche nämlich von der FDP um 75'000 Franken reduziert werden sollten. Da sehen wir dann auch, wie die SVP über diesen Änderungsantrag, der angekündigt worden ist, abstimmen wird. Also sollen die Eltern nachher jeden Rapen umdrehen, um ihren Kindern eine Spielgruppenbesuch zu ermöglichen, im Gegenzug wird aber Bülach eine grosszügige Feier für eine Kantonsrätin ausrichten auf Lasten von Gemeindekosten. Wir als SP können diese Prioritätensetzung nicht akzeptieren und darum beantragen wir, die Kosten für diese Feier, sagen wir mal, um einen Drittel zu reduzieren. Da bleiben immer noch 40'000 Franken übrig, das wird auch reichen, um das Kantonsratspräsidium zu ehren, es gibt einen schönen Apéro und ein gutes Essen. Genau, wir beantragen deswegen die Kürzung von 20'000 Franken in der Produktgruppe PS-01.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stephan Ziegler.

Stephan Ziegler: «Das kann ich mir jetzt nicht nehmen lassen. Ich gratuliere der SP-Fraktion, denn sie haben ja einleitend gesagt, dass sie keine sinnlosen und unangebrachte Kürzungen haben wollen. Deshalb die 20'000 Franken bei PS-01, die sehe ich auch, die sind offensichtlich angebracht. Die Frage ist, bei welcher Gruppe das dann sein soll, oder? Denn wo es ebenfalls vielleicht noch Luft gegen oben hat, wäre bei PS-01.4, der Stadtentwicklung. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Christoph Meier.



Christoph Meier: «Ich weiss zwar gar nicht, ob das erlaubt ist, ich habe keinen technischen Änderungsantrag. Aber ich weiss nicht, ob ich es lächerlich oder traurig finden soll, wenn man irgendwelche persönlichen Rachefeldzüge in der Budgetdebatte austragen will.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dr. Luís M. Calvo Salgado.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Ich bin persönlich eigentlich für die Feier der Demokratie, nicht der einzelnen Personen, du musst das verstehen. Aber wenn es um Personen geht, die eine Ehrung verdienen aus Gründen, die mit uns nicht zu tun haben, sondern mit den parlamentarischen und demokratischen Regeln, und so, wie man es uns in der Kommission erzählt hat, dass das absolute Minimum diese 60'000 sind, weiss ich nicht, ob das jetzt sinnvoll und elegant ist, so etwas zu machen. Ansonsten sind wir meistens gleicher Meinung. In diesem Fall, auch wenn es um eine ganz andere Person gehen würde, würde ich sagen, soviel ich weiss als Historiker, habe ich immer das Gefühl, ist es eine Ehre, dass eine Frau eine wichtige Rolle nimmt, woher auch diese Person kommt. Und dass diese Ehre für die Stadt Bülach, glaube ich, aber man kann mich korrigieren, zum ersten Mal zufällt.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Thomas Obermayer.

Thomas Obermayer: «Also ich vermute da auch sehr fast schon ein bisschen einen persönlichen Angriff gegenüber Romaine. Ich weiss nicht, Romaine, hat es das schon einmal gegeben in Bülach? Wie lange ist das her? 50 Jahre, oder? Klar, 60'000 Franken sind nicht nichts, ich würde vielleicht schnell jemanden aus der Geschäftsleitung fragen, was kostet das üblicherweise, so ein Fest? Das ist eher günstig. Ich habe mir sagen lassen häufig sind es in etwa 100'000 Franken. 60'000 Franken ist also tatsächlich eigentlich schon fast günstig. Es ist ziemlich viel vorgegeben vom Kanton, soviel ich weiss.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Anne-Christine Halter.

Anne-Christine Halter: «Also einfach noch zur Richtigstellung, es geht nicht darum, dass man es Romaine nicht gönnt, dass sie gefeiert wird. Es ist toll, dass sie Kantonsratspräsidentin ist, aber es geht um die Höhe der Ausgabe. Ich bin auch in der Kommission Bevölkerung und Sicherheit und wir haben da erste Unterlagen gesehen. Ja, normalerweise sind 60'000 ungefähr im Rahmen. Aber gewisse Sachen, die geplant und vorgesehen sind, wo ich jetzt gar nicht weiss, ob ich die unter dem Kommissionsgeheimnis behalten soll oder weitererzählen darf, sind wir der Ansicht, können wir kürzen, wenn im Parlament die ganze Zeit vom Sparen gesprochen wird. Genau.»



Abstimmungen

Abstimmung Änderungsvorschlag Stadtrat zu PS-01.2 Stadtrat

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu PS-01.2 Stadtrat genehmigt.

Die Steuerungsgrösse Öffnungszeiten Stadtverwaltung wird auf 32 Stunden reduziert.

Abstimmung Änderungsantrag SP-Fraktion zu PS-01

Das Stadtparlament hat mit 6 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen den Änderungsantrag der SP-Fraktion zu PS-01 abgelehnt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die Produktgruppen PS-01 und PS-02 genehmigt.

Leistungsgruppe Wirtschaft und Arbeit (WA)

WA-01 Standortförderung

Die **Kommissionen Bevölkerung & Sicherheit** und **RPK** beantragen einstimmig die Genehmigung von WA-01.

Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die Produktgruppe WA-01 genehmigt.

Produktgruppenberichte

Ressort Soziales und Gesundheit (Seiten 138 - 173)

Leistungsgruppe: Alter (AL), Gesundheit (GE) und Soziales (SO)

Leistungsgruppe Alter (AL)

AL-01.6 Altersprojekte und AL-01.8 Anlaufstelle 60plus



Die **Kommissionen Bildung & Soziales** und die **RPK** beantragen einstimmig die Genehmigung von AL-01.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bildung & Soziales

Bitte Anzahl Pflegeplätze (Streichung der Steuerungsgrösse per BU25) unter den Kennzahlen GE-01 Gesundheit aufführen.

Der Vorsitzende übergibt das Wort Tünde Mihalyi.

Tünde Mihalyi: «Guten Abend miteinander. Im Namen der Kommission Bildung und Soziales möchte ich mich heute im Namen der Kommission für die gute Arbeit bei Stadträtin Frauke Böni und ihrem Team, zuständig fürs Alter, und den starken Einsatz, den sie dieses Jahr geleistet haben, bedanken. Die Abteilung Alter steht vor grossen Herausforderungen, die durch die stetig steigende Zahl der Rentnerinnen und Rentner in den nächsten drei bis vier Dekaden durch das Erreichen des Rentenalters bei den geburtsreichen Generationen Babyboomer und Generation X, weiter ansteigen werden. 2025 ist die neue kantonale Zusatzleistungsverordnung ZLV eingeführt worden, um Unterstützung für Beziehende von Ergänzungsleistungen zu sichern und ein längeres Leben zu Hause zu ermöglichen. Die Bedarfsabklärungsstelle ist am 1. Mai 2025 gestartet und arbeitet erfolgreich mit internen und externen Partnern zusammen. In Bülach gibt es bisher rund 300 Fälle, die bei der ZLV anfallen. Davon sind bis Oktober 2025 bereits 84 Fälle eröffnet und bearbeitet worden.

Das aktuelle Arbeitspensum der Koordinatorin beträgt 80 Prozent und sie ist bereits an der Belastungsgrenze. Um den wachsenden Bedarf zu decken, ist eine Stellenerhöhung um mindestens 50 Prozent notwendig und auch, um eine Stellvertretung gewährleisten zu können. Tatsächlich wären 230 Stellenanteile erforderlich, um dem Aufwand gerecht zu werden. Der Stadtrat hat aber bereits selber 30 Prozent davon gekürzt. Ein Lob gilt unserer Stadträtin Frauke Böni und ihrem Bereichsleiter Raphael Gubser für ihren Einsatz zur Kostenkontrolle bei der Pflege durch Angehörige, wo sie mit anderen Zürcher Gemeinden auf eine umgehende Lösung gepocht haben. Die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich hat daraufhin das Normdefizit für die durch pflegende Angehörige geleistete Stunden ab 1. Januar 2026 auf 15.75 Franken, vorher 29.20 Franken, festgesetzt. Das Ressort Soziales und Gesundheit rechnet nun mit einer Kostenreduktion von circa 225'000 Franken, die im Budget 2026 berücksichtigt worden sind. Die Kommission Bildung und Soziales empfiehlt daher die Annahme des Budgets, wie vom Stadtrat vorgeschlagen.»



Abstimmung

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die Produktgruppe AL-01 genehmigt.

Leistungsgruppe Gesundheit (GE)

GE-01 Gesundheit

Budgetnachtrag des Stadtrats vom 12. November 2025 zu GE-01.5 Pflegefinanzierung

Der Stadtrat beantragt eine **Reduktion des Aufwands** von 225 000 Franken da der Kanton ein tieferes Normdefizit für private Spitexorganisationen für Anstellung von nicht beauftragten pflegenden Angehörigen festgelegt hat.

Folgende Änderung im Bericht wird vom Stadtrat vorgeschlagen. Über die Änderung werden wir abstimmen:

GE-01.5 Pflegefinanzierung

Umwandlung Leistungsziel mit Leistungsindikator «Anzahl triagierter Einsätze wegen mangelnder Personalkapazität» in eine Kennzahl.

Die Kommission Bildung & Soziales und die **RPK** beantragen **einstimmig** die Genehmigung von GE-01.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bildung & Soziales

Die Kommission Bildung und Soziales möchte hervorheben, dass die Stadt Bülach eine treibende Kraft im Vorstand der Gesundheitskonferenz Kanton Zürich beim Thema Pflegefinanzierung ist und u.a. dank ihrem Einsatz die Normkostensätze für Leistungen von pflegenden Angehörigen gesenkt wurden (siehe Budgetnachtrag Stadtrat -225'000 bei GE-01.5 Pflegefinanzierung). Das entlastet das Budget aller Zürcher Gemeinden erheblich.

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Frauke Böni.

Stadträtin Frauke Böni: «Ja, grüezi miteinander. Würdest du mir zwei Folien zurückschalten? Der Satz stimmt so nicht, also fast. Der Stadtrat beantragt eine Reduktion des Aufwands, da der Kanton ein tieferes Normdefizit für private Spitexorganisationen für die Anstellung von pflegenden Angehörigen festgestellt hat. So würd es richtig heissen, oder? Das sind die privaten Spitex-Organisationen, die, welche nicht von uns beauftragt sind, wie zum Beispiel die Spitex-Organisation von der Stiftung



Alterszentrum in der Region Grampen. Also der Satz ist einfach nicht ganz korrekt, nicht dass es dann irgendwie eine Verwirrung gibt. Es geht um die pflegenden Angehörigen, die aber über die Spitex-Organisation angestellt werden, die mit uns keine Leistungsvereinbarung haben. Und mit dieser Spitex-Organisation, bei der wir eine Leistungsvereinbarung haben, haben wir ausgehandelt, dass wir überhaupt keine Pflegerestkosten zahlen, also einfach nur das so zum Gesamtbild.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Präsidentin der Kommission Bildung und Soziales.

Laura Hartmann: «Jetzt ist mir eigentlich schon zweimal das Wort vorgenommen worden, einmal von Tünde, einmal von Frauke. Aber ist schon gut, dann ist mein Part kürzer. Ich wollte eigentlich auch nur noch kurz Danke sagen, Frauke und Raffi und auch den ganzen Abteilungen für die Gespräche und Antworten, die wir im Rahmen dieser Budgetdebatte hatten. Dieses Jahr ist uns vor allem sehr aufgefallen, und das möchte ich auch noch einmal loblich erwähnen, wie transparent ihr unsere Fragen beantwortet habt und die zusätzlichen Informationen, die wir durch die Transparenz bekommen haben, haben auch bei uns innerhalb der Fachkommission in der internen Beratung für viel Gesprächsstoff gesorgt. Das wurde teilweise auch sehr kritisch beurteilt, aber es ist schlussendlich für uns auch enorm wichtig, um eben all diese Informationen zu haben, um dann auch eine fundierte Diskussion führen zu können.

Und es zeigt sich, ich hoffe, ich rede da auch für meine Fachkommissionsgspänli, dass der Austausch zwischen der Abteilung und der Fachkommission in dieser Legislatur auf einer sehr konstruktiven und vertrauensvollen Basis beruht hat, die wir sehr schätzen. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn es auf die nächste Legislatur dann auch wieder auf das hinauslaufen würde. Bezüglich dieser ganzen privaten Pflegefinanzierung habt ihr jetzt schon genug gehört. Es ist gut, wie sich Bülach einsetzt in der Gesundheitskonferenz im Kanton Zürich und es ist jetzt ein Zwischenerfolg, den wir jetzt eingefahren haben. Es wäre natürlich cool, wenn das auch weiterhin so angegangen werden kann, sodass wir schlussendlich wirklich die privaten Spitex-Organisationen ein bisschen in die Schranken weisen können. Alle Gemeinden im Kanton Zürich leiden unter diesen Kosten, die in den letzten Jahren wirklich explodiert sind.»

Abstimmungen

Abstimmungen Änderungsvorschlag Stadtrat zu GE-01 Gesundheit

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsvorschlag des Stadtrats zu GE-01 Gesundheit genehmigt.



Das Leistungsziel mit Leistungsindikator «Anzahl triagierter Einsätze wegen mangelnder Personalkapazität» wird in eine Kennzahl umgewandelt.

Abstimmung Budgetnachtrag des Stadtrats vom 12. November 2025 zu GE-01

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Budgetnachtrag des Stadtrats für die Produktgruppe GE-01 genehmigt.

Der Aufwand wird um 225 000 Franken reduziert.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die bereinigte Produktgruppe GE-01 genehmigt.

Leistungsgruppe Soziales (SO)

SO-01 Familie, SO-02 Reissverschluss, SO-03 Flüchtlings- und Asylkoordination, SO-04 Soziale Dienste, SO-05 Sozialversicherungen und SO-07 KESB

Die **Kommission Bildung & Soziales** beantragt **einstimmig** die Genehmigung von SO-01 bis SO-07 unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags.

Die **RPK** beantragt **mehrheitlich** die Genehmigung von SO-03 und SO-04 und **einstimmig** die Genehmigung von SO-01, SO-02, SO-05 und SO-07.

Änderungsantrag der Kommission Bildung & Soziales zu SO-01: Familie (einstimmig)

Änderung Wirkungsziel «Schaffung von Angeboten im Vorschulalter zur Förderung der Chancengleichheit bei Kindergarteneintritt» zu «Schaffung von Angeboten im Vorschulalter zur Förderung der Chancengerechtigkeit bei Kindergarteneintritt»

Begründung: Anpassung der Begrifflichkeit.

Änderungsantrag der SVP/EDU-Fraktion zu SO-05: Sozialversicherungen

Kürzung im Globalbudget der Leistungsgruppe um 400 000 Franken

Begründung: Die Stadt Bülach erbringt für mehrere Gemeinden im Bereich ZLV-Abrechnung Leistungen, die nicht kostendeckend sind. Intransparente Personalkosten (externe Arbeitskräfte (Sachkosten) statt Personalkosten).

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bildung & Soziales



Bei der Budgetberatung wurde ersichtlich, dass der Stadtrat die von der Abteilung Soziales beantragten zusätzlichen Stellen nicht vollständig in den Stellenplan aufgenommen hat. Um den Betrieb trotzdem sicherzustellen, hat die Abteilung Soziales diese gestrichenen Stellen mit den gleichen Beträgen als Springerpositionen budgetiert. Vor diesem Hintergrund möchte die Fachkommission Bildung und Soziales folgende nicht beschlussrelevante Anmerkung festhalten: Der Stadtrat wird eingeladen, vor der Besetzung der Stelle nochmals zu prüfen, ob diese wirklich mit einem Springer oder allenfalls doch besser mit einer Festanstellung besetzt werden soll. Da im Budget für Springer derselbe Betrag eingesetzt wurde wie für eine Festanstellung, kann der effektive Beschäftigungsgrad bei einer Springer-Lösung tiefer ausfallen. Eine erneute Prüfung soll sicherstellen, dass die wirtschaftlich und betrieblich sinnvollste Lösung gewählt wird.

Der Vorsitzende übergibt das Wort Romaine Rogenmoser.

Romaine Rogenmoser: «Ja, ich denke, es macht Sinn, dass ich meinen Antrag kurz begründe, also es ist natürlich der Antrag der SVP-EDU-Fraktion. Erst einmal möchte ich eigentlich sagen, dass ich sehr positiv überrascht bin, dass die SP doch noch etwas gefunden hätte, wo sie hätte kürzen wollen, also das hat mich sehr positiv überrascht und ich möchte jetzt einen Vorschlag zur Güte machen, wenn ihr tatsächlich interessiert wärt, um doch noch Kosten zu sparen, dann habt ihr hier eine Einladung für jetzt unserem Antrag zu folgen. Die Kürzung um 400'000 Franken, ein grosser Teil ist auch schon in der Begründung von der Fachkommission drin. Vielleicht für das Publikum oder für die Parlamentarier, die da nicht so bewandert sind oder denen, denen das nicht aufgefallen ist: Es ist tatsächlich so, dass die Stadt Bülach ohne gesetzlichen Auftrag, ohne irgendwie einen Auftrag auch des Parlaments für das halbe Unterland, notabene nicht nur für die Kreismunicipien, sondern für Gemeinden aus anderen Bezirken, Zusatzleistungen abrechnet. Und dummerweise ist es eben leider so, dass wir so dermassen grottenschlechte Vereinbarungen haben, dass die Steuerzahler der Stadt Bülach eigentlich die Zusatzleistungsabrechnungen finanzieren und subventionieren. Wenn ihr hier auf Seite 169 des Budgets schaut, ist es so, dass der Deckungsbeitrag für die ganze Abrechnung, die wir für das halbe Unterland machen, bei 89 Prozent ist, obwohl wir vom Parlament eigentlich einen Deckungsbeitrag von 110 % fordern.

Das heisst, jeder Steuerzahler finanziert für andere Gemeinden die Abrechnung und es ist halt leider eine Tatsache, dass wir x Gemeindepräsidenten, mit denen ich halt jeden Tag verkehre oder im Parlament im Kanton verkehre, ins Gesicht hineinlachen und sagen: Romaine, danke vielmals, dass ihr das für uns zahlt. Ich würde sogar noch 30 Prozent mehr zahlen, denn so billig, wie ihr es für uns macht, kann ich es bei mir selber in der Gemeinde gar nicht machen. Vielen, vielen herzlichen Dank, dass ihr so strunzdoof seid und das für uns macht. Also darum bitte ich euch einfach, wenn ihr schon



Kürzungen vornehmen wollt, dann ist das eine super Einladung, eine super Möglichkeit, wirklich eure Lippenbekenntnisse jetzt in die Tat umzusetzen. Besten Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Larissa Kägi.

Larissa Kägi: «Also ich rede nicht im Namen der Grünen, ich rede im Namen der Fachkommission. In dem Sinn bedanke ich mich herzlich bei der Stadträtin Frauke Böni und beim Abteilungsleiter Raphael Gubser für die engagierte und, wie schon von Laura gesagt, transparente Zusammenarbeit. Ebenso bedanke ich mich bei den Mitarbeitenden der Abteilung Soziales und Gesundheit für die wertvolle Arbeit. Bülach verändert sich, Bülach wächst. Auch die demografische Entwicklung, vor allem im Bereich Alter, wird immer wichtiger. Parallel zum Bevölkerungswachstum nimmt eben auch die Komplexität der staatlichen Leistungserbringung zu. All das führt dazu, dass die Arbeitslast in vielen Bereichen der Abteilung Soziales und Gesundheit stark zunimmt. In der Sozialhilfe und bei den Berufsbeistandsschaften zum Beispiel spürt man die Veränderung besonders. Ende 2024 hat die Sozialhilfe die maximale Falllast von 75 Fällen pro Mitarbeitende erreicht. Die Zahl der Fälle steigt aber weiter. Deshalb braucht es jetzt auch mehr Ressourcen. Eine sorgfältige Fallführung ist zentral. Sie ermöglicht die Missbrauchsbekämpfung und die konsequente Einforderung von subsidiären Leistungen, vor allem von der IV. Eine frühzeitige und präzise Abklärung wirkt nachweislich kostensenkend. Eine nötige Reaktion auf die steigende Belastung sind deshalb die zusätzlichen Stellenprozente im Intake Sozialhilfe, also SO-04.2. Der Intake prüft neue Fälle möglichst früh, damit Sozialhilfe vermieden werden kann und die subsidiären Leistungen, vor allem die IV, konsequent eingefordert werden können. Die Funktion braucht besonders qualifizierte Leute. Im Moment ist sie aber nur mit einer Person besetzt und das hat ein erhebliches Klumpenrisiko und für eine wachsende Stadt wie Bülach mit steigenden Fallzahlen ist das schlichtweg ungenügend.

Die Mitarbeitenden der Stadt betreuen im Moment 391 Flüchtlinge und Asylsuchende. Zurzeit sind weniger Familien, dafür mehr Einzelpersonen dort. Das braucht mehr individuelles Betreuen und auch mehr Platz. Oder bildlich gesprochen: 10 Einzelpersonen brauchen eben mehr Teigwaren, zum Beispiel Spaghetti, als 2 Familien an je 5 Personen.

Bei der Budgetberatung ist bei uns in der Fachkommission viel über das Thema Personalressourcen gesprochen worden. Die Abteilung hat uns erläutert, dass sie sorgfältig mit den Ressourcen umgehen. Bei Vakanzen oder Mehrbelastungen werden die Aufgaben zuerst intern umverteilt oder mit Pensenerhöhungen oder befristeten Einsätzen aufgestockt. Externe Unterstützung wird nur eingesetzt, wenn es wirklich nicht anders geht, weil sie teurer ist und für das Team auch weniger nachhaltig. Zusätzliche Stellen werden immer begründet über den Stadtrat beantragt. Bei der Budgetberatung hat sich



gezeigt, dass der Stadtrat nicht alle beantragten Stellen im Stellenplan aufgenommen hat. Um den Betrieb aber sicherzustellen, hat die Abteilung die Stellen als Springerpositionen budgetiert. Wir von der Fachkommission regen an, vor der Besetzung noch einmal zu prüfen, ob eine Festanstellung statt einer Springerlösung nicht wirtschaftlicher und betrieblich viel sinnvoller wäre. Zum Schluss möchte ich noch im Namen der Fachkommission betonen, dass das vorliegende Budget den angenommenen Ressourcenaufwand für das kommende Jahr abbildet, damit die Aufgaben mit der nötigen Qualität erfüllt werden können. Es versteckt sich also keine Reserve, es geht nur um leistungserhaltende Massnahmen. Kürzungen würden langfristig höhere Kosten, Qualitätsverluste und Risiken mit sich bringen. Wir von der Fachkommission empfehlen alle Produktgruppen Einstimmung zur Annahme und wir empfehlen auch einen Begriff im Wirkungsziel der frühen Förderung von Chancengleichheit auf Chancengerechtigkeit anzupassen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Frauke Böni.

Stadträtin Frauke Böni: «Ja, geschätzte Anwesende, ich würde mich noch gerne zu dem Änderungsantrag der SVP-EDU-Fraktion äussern. Als ich den Änderungsantrag, den ich, glaube ich, heute Mittag um halb zwei Uhr bekommen habe, studiert habe, habe ich irgendwie das Gefühl gehabt, es geht um einen Schuss mit einer Schrotflinte. Weil, wenn ich einmal abdrücke, hätte man gerade mehrere Ziele treffen wollen. Der Kostendeckungsgrad, die Regionalisierung, die Budgetierung der Stellen in meinem Ressort und die vorausschauende Planung der Ressourcen, die man nur, wenn es nötig ist, einsetzt für die Erhaltung von gesetzlichen Leistungen, die man verpflichtet sind. Einen grossen Kürzungsbetrag für alle Produktgruppen der Leistungsgruppe Soziales, aber über eine Produktgruppe, nämlich die Produktgruppe SO-05. Zum Kostendeckungsgrad, diesen 89 Prozent, die in der Rechnung 24 wirklich mit 89 Prozent so ausgewiesen sind, haben wir inzwischen schon einen Systemwechsel vollzogen, wir verrechnen allen Vertragsgemeinden die Vollkosten. Die Leistungsvereinbarungen sind angepasst worden, die Verträge laufen und in der Rechnung 2025 können wir das schwarz auf weiss ausweisen. Regionalisierung, das Thema kann man diskutieren, aber wenn, dann bitte basierend auf Fakten, breit abgestützt und nicht über einen Änderungsantrag, der mich am Abend vor der Sitzung erreicht hat. Zum Stellenbudget: Das Ressort hat immer einen offenen und transparenten Austausch mit der Kommission geführt, das ist bestätigt worden. Wir haben gezeigt, dass es eigentlich mehr braucht und haben entsprechend budgetiert. Auch wir würden operativ Fixstellen bevorzugen, weil es effektiv nachhaltiger und günstiger ist. Aber eine Streichung würde uns den Handlungsspielraum nehmen und wir müssten eventuell ausserhalb des Budgets leistungserhaltende, ich sage es noch einmal, leistungserhaltende Stellen beantragen. Das will ich vermeiden, der Kürzungsantrag würde aber dort direkt dazu führen.



Im Antrag ist gestanden, im Schreiben gestern Abend, es sei der SVP bewusst, dass die Kürzung im Grundsatz nicht nur die Produktgruppe SO-05.1 Sozialversicherung betrifft. Und trotzdem macht ihr das. Das finde ich ein bisschen abenteuerlich, weil de facto geht es eigentlich um alle budgetierten Stellen in der Leistungsgruppe Soziales oder um das Gesamtbudget und das bei ausgewiesenem Mehrbedarf.

Wenn wir die 400'000 Franken streichen, dann laufen wir definitiv in einen Leistungsabbau. Wir haben zum Beispiel beim Verdacht auf Missbrauch weniger Kapazitäten. Wir könnten nicht mehr konsequent Gelder aus anderen Finanzierungstöpfen geltend machen, weil wir keine Zeit mehr dafür haben. Wir könnten die Anträge nicht mehr so gründlich prüfen, weil wir auch nicht mehr so viel Zeit dafür haben und die Betroffenen werden noch länger auf ihre Entscheidungen warten müssen. Und je nach Klient spüren dann auch andere Systeme die Konsequenzen.

Es gibt auch ganz ein spannendes Beispiel: wenn der Entscheid für die Überbrückungsleistungen für die EL zu lang geht und die Person bebeiständet ist, dann geht der Beistand nachher zu der Sozialhilfe, weil die Person die Unterstützung braucht. Das heisst, in der Sozialhilfe wird ein Fall eröffnet, bis die Ergänzungsleistungen gezahlt werden und nachher macht die Sozialhilfe den Fall wieder zu. Also wenn man dort genug Ressourcen hat, um die Anträge so zu bearbeiten, wie es nötig ist, dann kann man sich diesen Zwischenschritt sparen.

Und noch etwas anderes aus dem Nähkästchen, in der letzten Woche haben wir 2 Häuser sichern können von Sozialhilfebezeugungen, bei denen wir einen Grundbaueintrag machen konnten. So können wir Gelder zurückfordern, wenn es dann einmal nötig ist. Wir haben gegenüber einer anderen Gemeinde einen kostspieligen Zuständigkeitskonflikt gewinnen können. All das sind Sachen, die Zeit und Ressourcen brauchen. Die Kosten, die wir dort brauchen, also die Ressourcen, das, was es kostet, für die Ressourcen, das holen wir dann auch wieder rein.

Offensichtlich ist, wer am Ende des Tages die Rechnung zahlt, wenn man jetzt da das Zeichen setzen will, zum einen den Steuerzahler, weil wir wirklich viel Einnahmen auch generieren können, wenn wir gut hinschauen, die Menschen, welche die Unterstützung brauchen, aber natürlich auch die Mitarbeitenden. Deshalb würde der Kürzungsantrag den Motor ein bisschen abwürgen und daher bitte ich das Parlament, diesen Antrag abzulehnen. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.

Peter Stiefenhofer: «Ich will hier nicht Öl ins Feuer giessen in einer ziemlich verwirrlichen Sache. Wir reden in der Stellenplanung von vier mehr Stellen, oder? Und dann reden wir noch einmal von 400'000 Franken Kosten für möglichen Stellen, die in den Sachkosten drin sind. Also reden wir gesamthaft von etwa acht mehr Stellen, ist das richtig? Ok, und warum hat man die nicht als Personal budgetiert,



wenn man es schon budgetiert hat? Das wäre kein Problem. Das ist einfach verwirrt und nachher genau auch das Thema. Von diesen vier Stellen sind anderthalb Stellen bei Gesellschaft und Gesundheit, anderthalb Stellen bei der KESB, eine halbe Stelle bei der Sozialberatung und eine halbe Stelle bei der Sozialversicherung. Und dann haben wir noch vier Stellen offenbar zusätzlich, die jetzt wohin gehören? Zu den Sozialberatungen? Wohin gehören die? Die, die jetzt hier als Sachkosten budgetiert sind? Auch wieder verschiedenste? Ja, ist okay. Aber es ist einfach sehr verwirrt. Also wir reden von acht Stellen und total dann rund irgendwie 800'000 Franken Kosten mehr, die ihr braucht. Ist das richtig? Also das ist keine Kritik, das ist nur eine Frage, oder? Damit wir überhaupt drauskommen, ob wir jetzt hier Ja oder Nein sagen sollen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Frauke Böni.

Stadträtin Frauke Böni: «Ich glaube, letztendlich ist es ein Ausfluss der Budgetdiskussion vom vergangenen Jahr, wo man sehr stark über die Stellen diskutiert hat, vor allem auch in meinem Bereich. Wir haben gesagt, wir gehen jetzt davon aus, wenn wir jetzt mit diesen Stellen kommen, dann werden sie wieder zusammengestrichen. Darum haben wir das absolute Minimum budgetiert und haben gesagt, aber für den Notfall, für den Erhalt der Leistungen, die gesetzlich verpflichtet sind, stellen wir etwas ein und wenn es nötig wird, dass wir die brauchen, dann haben wir etwas. Das ist der Meco gewesen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.

Peter Stiefenhofer: «Also danke für die ehrliche Antwort zumindest. Es ist einfach das Problem, wenn das Parlament in einer demokratischen Entscheidung entscheidet wie das letzte Jahr. Es gibt ja vielleicht nicht nur die Stellen, es gibt dann vielleicht auch noch ein paar andere. Und vielleicht, wenn man sie nicht da findet, findet man sie vielleicht woanders. Aber dass man Personalkosten aus solchen Überlegungen dann einfach als Sachkosten budgetiert, das ist schon ein gegenseitiges Misstrauens-thema. Das werfe ich dir nicht persönlich vor, weiss Gott nicht. Aber da sind wir nicht an einem guten Punkt.»

Abstimmungen

Abstimmung Änderungsantrag der Kommission Bildung und Soziales zu SO-01 Familie

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsantrag der Kommission Bildung und Soziales genehmigt.



Das Wirkungsziel wird wie folgt geändert: «Schaffung von Angeboten im Vorschulalter zur Förderung der Chancengerechtigkeit bei Kindergarteneintritt»

Abstimmung Änderungsantrag der SVP/EDU-Fraktion zu SO-05 Sozialversicherungen

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsantrag der SVP/-EDU-Fraktion abgelehnt.
Das Globalbudget der Leistungsgruppe S-05.1 Sozialversicherungen wird nicht um 400 000 Franken gekürzt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die *bereinigten* Produktgruppen SO-01 bis SO-05 und SO-07 genehmigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat bei den Produktgruppen SO-01 Familie und SO-04 Soziale Dienste die Kennzahlen in eigener Kompetenz überarbeitet hat.

Produktgruppenberichte

Ressort Umwelt und Infrastruktur (Seiten 174 – 210)

Leistungsgruppe: Abfallbewirtschaftung (AB), Land- und Forstwirtschaft (LF), Verkehr (VE) und Werke (Wasser, Abwasser) (WE)

Leistungsgruppe Abfallbewirtschaftung (AB)

AB-01 Entsorgung

Die **Kommission Bau & Infrastruktur** beantragt **mehrheitlich** die Genehmigung von AB-01.1 unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags und **einstimmig** die Genehmigung von AB-01.2.

Die **RPK** beantragt **mehrheitlich** die Genehmigung von AB-01 unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags.

Änderungsantrag der Kommission Bau & Infrastruktur und der RPK:

Kürzung Produktgruppe AB-01.1 um 106 000 Franken von 676 000 Franken auf 570 000 Franken.

Begründung: Hinterfragung neue Stelle.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bau & Infrastruktur:



Aufgrund erhöhter Abfallmengen und nicht angepassten Gebühren lehrt sich der Fond für Abfallentsorgung schnell. Um dies zu dämpfen, soll der Personalaufwand reduziert und die Gebühren angepasst werden.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Präsidenten der Kommission Bau & Infrastruktur.

Dominik Berner: «Also es geht hier um die Leistungsgruppe AB-01, das ist die Abfallbewirtschaftung. Das ist eine gebührenfinanzierte Leistungsgruppe und eine Mehrheit der Kommission beantragt eine Kürzung, eben um die 106'000 Franken. Der Grund dafür ist, dass in dieser Abteilung eine neue Sachbearbeiterstelle geschaffen werden soll bei der Stadtreinigung, die sich darum kümmert, um illegal entsorgten Abfall in den Quartieren und in den Sammelstellen. Eine Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass diese Stelle nicht nötig ist. Es ist so, wenn wir das AB-01 anpassen, dann müssen wir auch das AB-00, das ist die Abgrenzung der Spezialfinanzierung, anpassen, weil diese Gruppe, wie gesagt, gebührenfinanziert ist. Das heisst, schlussendlich hat das keinen Einfluss, also auch die Kürzung hat keinen Einfluss auf das Ergebnis der Stadt, weil sie eben durch Gebühren gedeckt ist. Das Zweite, das wir diskutiert haben, ist dir nicht beschlussrelevante Bemerkung. Es gibt einen Fonds, der aufgebaut wird mit Gebühren, die man dann braucht, wenn die Gebühren nicht mehr gedeckt sind aufgrund steigender Abfallmengen. Das ist in Bülach der Fall, dass nämlich die Abfallentsorgung teurer ist als das, was man über Gebühren einnimmt. Entsprechend sind wir der Meinung, dass das Gebührenreglement möglichst schnell angepasst werden soll, denn aktuell leert sich dieser Fonds so schnell, dass wir ihn 2027 überziehen würden. Für das Jahr 2026 haben wir gar noch genug. Genau, das einfach zur Information, damit ihr wisst, um welche Stellenerhöhung es bei dem Kürzungsantrag geht.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Reto Zumstein.

Reto Zumstein: «Guten Abend miteinander. Ich möchte gerne allgemein eine Erklärung vorlesen von der GLP zu den beantragten Stellenaufstockungen im Bereich Umwelt und Infrastruktur. Das sind die nachfolgenden Produktgruppen, über die wir jetzt abstimmen.

Die Fraktion bedankt sich für die ausführliche Aufarbeitung des Budgets 2026 und die Gelegenheit zur Vorlage Stellung zu nehmen. Im Rahmen der Beratungen stehen insbesondere die beantragten Stellenaufstockungen im Bereich Umwelt und Infrastruktur im Fokus. Die Abteilung hat in den vergangenen Jahren bereits ein sehr bedeutendes Stellenwachstum erfahren, insbesondere im Jahr 2023, als die Erhöhung um rund 950 Stellenprozent bewilligt worden ist. Vor diesem Hintergrund erscheint es auch aus heutiger Sicht angezeigt, die Dynamik des weiteren Ausbaus sorgfältig zu prüfen. Nach Einschätzung unserer Fraktion wäre es sinnvoll, dass die Abteilung zunächst verstärkt auf die Optimierung ihrer



bestehenden Prozesse hinarbeitet. Verschiedene neue Aufgaben können möglicherweise durch effizientere Abläufe, Priorisierung und Digitalisierung innerhalb der bestehenden Ressourcen bewältigt werden.

Die Abklärungen gilt es vor weiteren Aufstockungen transparent abzuklären und darzulegen. Der beantragten Stelle für das Projektmanagement Tiefbau in der Produktgruppe Tiefbau stimmen wir zu. Die Projektleiterstellen in diesem Bereich sind zurzeit mit zahlreichen neuen Projekten wie der Passerelle, dem Bushof oder dem Aufbau des Fernwärmenetzes mit Energie 360 Grad stark gefordert. Eine Entwicklung, die in der Organisationsplanung im Jahr 2023 noch nicht absehbar gewesen ist. Angesichts der hohen Komplexität sowie der technischen und koordinativen Anforderungen erscheint uns eine professionelle Projektführung in diesem Bereich notwendig.

Zu der personellen Aufstockung im Bereich Wasser: Die beantragte personelle Verstärkung im Bereich Wasser wird von der Fraktion kritisch betrachtet. Die Strukturen im Bereich Wasser sind seit der Organisationsentwicklung im Jahr 2023 nicht angepasst worden. Vor dem Hintergrund der bereits erfolgten Ausbauschritte und der generellen Notwendigkeit, ressourceneffizient einzusetzen, erwarten wir eine transparente Begründung für den zusätzlichen Bedarf. Zudem soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass der Bereich Wasser entgegen der Energie- und Klimastrategie der Stadt zwei neue Dieselfahrzeuge beschafft hat, obwohl für den kommunalen Einsatz bereits verschiedene elektrische Alternativen verfügbar sind.

Die Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die umfangreiche Arbeit am Budget. Wir sind überzeugt, ein bewusster Umgang mit Personal und Investitionsentscheiden trägt wesentlich dazu bei, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu sichern und gleichzeitig die langfristigen Ziele für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu unterstützen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Andrea Spycher.

Stadträtin Andrea Spycher: «Ja, Herr Präsident, geschätzte Anwesende, ist es in Ordnung, wenn ich jetzt gerade auch über all diese Stellen eine Rückmeldung gebe, vor allem jetzt beziehend auch auf das, was Reto gesagt hat?

Also vielen Dank, eigentlich habe ich mich darauf vorbereitet, zu jeder Stelle etwas sagen zu können im Einzelnen, ich möchte aber jetzt vor allem auf das von dir, Reto, eingehen. Du hast die vielen Stellen kritisiert, die im Juli 2023 im Stadtrat bewilligt wurden. Ich möchte einfach darauf aufmerksam machen, dass es nicht in den vergangenen Jahren immer wieder Stellen waren, sondern das war einmal eine einmalige Organisationsentwicklung aufgrund der Tatsache, dass einfach 10 Jahre vorher in dieser ganzen Abteilung nichts an Verschiebungen von Stellen passiert ist.



Der zweite Punkt, das ist der mit den Gebühren. Da hast du nichts gesagt, aber es ist im Abschied gestanden. Die Gebühren, das haben wir in der Kommission gesagt, werden grundsätzlich überprüft, Wasser, Abwasser und Kehricht, im Rahmen des nächsten Budgets.

Dann speziell jetzt bei dieser Sachbearbeiterstelle Stadtreinigung: Wir haben das so gemacht im letzten Jahr, diese Stelle hat der Stadtrat per 1. Mai 2025 befristet in eigener Kompetenz entschieden. Und zwar hat er das gemacht nicht aus Angst vor dem Parlament, aber wir hatten tatsächlich eine grosse Diskussion darüber, wie wir das machen, weil uns allen natürlich die massive Kritik in den Ohren gewesen ist, als das Parlament gesagt hat an der letztjährigen Budgetsitzung, warum ihr immer unter dem Jahr Stellen genehmigt habt. Warum haben wir sie denn trotzdem genehmigt, aber befristet? Damit wir sie heute eben ordentlich diskutieren können, natürlich in der Hoffnung, dass ihr sie genehmigt. Warum brauchen wir sie? Da möchte ich das Votum von dir, Peter, aufnehmen, dass du vorhin gesagt hast, das ist jetzt eben kein „verdammtes Aufgäbelchen“. Ich weiss, wir sagen das alle, wenn wir unsere Stellen verteidigen, aber das ist jetzt tatsächlich eine Stelle, die es braucht für den Leistungsunterhalt. Ich werde euch nachher, weil wir auch in der Budgetdebatte sind, noch zwei, drei konkrete Zahlen dazu vorlegen können. Wenn diese Stelle gestrichen werden soll, dann hat jetzt jemand ein Jahr lang hier gearbeitet, hat wertvolle Unterstützung geleistet, hat dafür gesorgt, dass die Videos der Sammlerstellen ausgewertet werden konnten. Hat dafür gesorgt, dass illegal deponierter Abfall verursachergerecht weiterverrechnet werden konnte, eben nicht so, dass wir alle das zahlen müssen. Und es ist natürlich schon so, das Thema Abfall und Umwelt, das ist ein Thema in aller Munde. Also die Leute arbeiten dort mit an Konzeptarbeiten im Rahmen des Büülifestes, bei Quartierentwicklungen. Es gibt oft auch Anfragen, jetzt auch wieder beim Weihnachtsmarkt, wo die Leute das Gefühl haben, es wird nicht richtig gemacht. Es gibt viele Reklamationen, wenn Abfall auf öffentlichen Plätzen deponiert wird. Das darf man nicht unterschätzen und das braucht alles Ressourcen, die jemand machen muss.

Jetzt noch vielleicht zwei, drei konkrete Zahlen zu den Umtriebsentschädigungen, die man weiterverrechnen konnte im Jahr 2025. Das waren rund 11'500 Franken, das ist eigentlich nicht viel. Aber im Vergleich zum 2024, da waren es noch 1'000 Franken, als das eine Person machen musste. Dann finde ich auch noch die Fremdstoffzuschläge wichtig zu erwähnen. Im Bülacher Grüngut haben wir massive Verunreinigungen, vor allem mit Plastik. Wenn wir das in die Axpo bringen, dann gibt es Zuschläge. Im Jahr 2023 waren es noch 27'000 Franken, im Jahr 2024 noch 11'000 und im Jahr 2025 ist es gar nichts mehr gewesen. Das muss man sich einfach einmal bewusstwerden und ich bin überzeugt, das wisst ihr alles gar nicht. Und das ist den Leuten zu verdanken, die sich dafür einsetzen, mit Prävention, mit der Grün-App, das sind die Punkte.

Und der letzte Punkt: diese Stelle entlastet die Teamleiter, vor allem auch in den Ferien. Es ist immer jemand vor Ort, die Leute können korrekt beraten werden und sie ist einfach eine Ansprechperson für



Bürgerinnen, für Lieferanten und für Verwaltungen. Und wenn diese Stelle jetzt gekürzt werden würde, das wäre schade, es wäre mehr als schade, es wäre ehrlicherweise eine Katastrophe. Ich würde es mega bedauern, weil man hätte jetzt etwas aufgebaut. So wie es Frauke vorhin gesagt hat, man baut etwas auf, arbeitet, es gibt einen Mehrwert und jetzt wird das gekürzt. Das würde ich sehr bedauern und ich möchte euch bitten, das darum nicht zu kürzen.

Vielleicht noch zu diesen Kosten der Strassen, betrieblicher Unterhalt und weiteren Leistungen, dort sind es Kürzungen von 107'000 und 54'000 Franken. Das sind keine zusätzlichen Stellen, aber es ist eine zusätzliche Lehrstelle, die im Personal nicht aufgeführt ist, im WoV-Bericht. Es ist eine zusätzliche Lehrstelle, die im Jahr 2024 geschaffen worden ist, aber erst nach Abschluss des Budgets. Deshalb ist sie jetzt zusätzlich hier drin ausgewiesen mit diesen Kosten. Wir beschäftigen die Lernenden und den Lehrabgänger im Rahmen dieser Projekte, bei denen sie ihre Tätigkeit erlernen. Ich habe das noch geschrieben. Der Unterhalt von Kiesstrassen, Rinnen reinigen, lauben im Herbst und es wäre schade für den Lernenden, aber man müsste das Ganze natürlich anders organisieren.

Die Wasserversorgung ist mir sehr wichtig. Wir haben vier Personen, die jetzt für 25'000 Menschen hier in Bülach die Trinkwasserversorgung gewährleisten. Es sind vier Personen mit 300 Stellenprozenten, zweimal 100 und zweimal 50. Der Pikettdienst, auch das habe ich weitergeleitet, der ist eine Kunst. Eigentlich machen das die bestehenden Menschen jetzt vom Wasser und um aber diese zu entlasten, nimmt man zusätzlich zwei vom Werk hinzu, damit die anderen Bestehenden nicht so viel Pikettdienst leisten müssen. Und wenn aber die Leute vom Pikett beziehungsweise vom Werk ausrücken müssen, und es gibt einen komplexen Fall in der Nacht, dann sind sie gefordert, die Leute vom Wasser trotzdem anzubieten.

Reto, du bist auch ein Mensch, der viel Bescheid weiss, glaube ich, über Chlorothalonil und PFAS und die ganzen Thematiken. Sie beschäftigen die Menschen, sie beschäftigen auch den GWS und es braucht zusätzliche Beprobungen. Es gibt einen zusätzlichen Aufwand und auch diese Stelle, bitte streicht sie nicht.

Und noch das letzte: Tiefbau. Da habe ich gestaunt, dass ihr dafür seid, ehrlicherweise, weil ich glaube, und das zeigt auch die ganze Situation wieder, ich glaube, vieles basiert auch auf einem Gefühl, wenn ich mir das erlauben darf, zu sagen. Und zwar das Gefühl, dass wir jetzt einfach im Juli 2023 die OE hatten, und jetzt muss es doch reichen. Aber auch die Stelle im Tiefbau, wenn man sieht, wie viele Projekte im Alltag wir zu begleiten haben. Du hast aufgezählt: der Bushof, die Passerelle, wir haben jetzt die Zusammenarbeit mit Energie 360. Wir brauchen jemanden, der das betreut. Es ist komplex, wir müssen die Fäden in der Hand haben und darum bin ich froh, dass ihr mindestens dieser Stelle gut gesonnen seid, und ich möchte euch auch hier bitten, diese Stelle nicht zu streichen. Genau, jetzt habe ich glaub alles gesagt. Ich hoffe, ihr habt alles aufnehmen können. Danke vielmals.»



Der Vorsitzende übergibt das Wort Barbara Galeuchet.

Barbara Galeuchet: «Guten Abend miteinander. Ich stelle in diesem Fall auch gerade über alle drei Stellen Fragen. Ich danke im Namen der Grünen-Fraktion erstens mich auch bei den zuständigen Stadträten und bei ihrem Verwaltungsteam für die Diskussion über die Fragen und die Informationen, die wir vorgängig erhalten haben.

Wir von den Grünen Bülach sind auch der Meinung, dass man den ersten Antrag der Kürzung dieser Stelle für die Sachbearbeiterin Abfallbewirtschaftung nicht zustimmen sollte. Ich möchte vielleicht noch das eine oder andere Argument hinzufügen. Seit längerem ist es ja schon so, dass das Parlament mehr Sauberkeit fordert im öffentlichen Raum. Und gerade jetzt, wo man eben diese Stelle schon seit einer Weile am Laufen hat, und das anfängt zu wirken und auch sichtbar zu sein, ausgerechnet jetzt diese Stelle zu streichen, erachten wir nicht als sinnvoll. Für uns ist es nachvollziehbar, was wir für Argumente bekommen haben. Gerade eben, weil dann nachher allenfalls die Qualität der Entsorgung wieder runtergeht, weil nämlich die Videos nicht mehr ausgewertet werden und weil illegaler Abfall irgendwo entsorgt werden kann, ohne dass das Folgen hat. Und dann kommt noch dazu, dass die Kosten dafür ja dann eben genau nicht vom Verbraucher, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. Das finden wir weder fair noch sinnvoll. Noch ein letzter Punkt: eine saubere Stadt ist nicht einfach nur nice to have, sondern sie wirkt sich direkt positiv aus auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und sie ist auch ein wichtiger Standortfaktor für Familien, für Unternehmen, aber zum Beispiel auch für gute Steuerzahler, die wir ja zum Beispiel andere Male gerne anlocken möchten, beispielsweise durch teure Wohnungen in neuen Überbauungen. Und darum lehnen wir Grünen diesen Kürzungsantrag ab.

Dann zu den beiden Kürzungsanträgen WE-2.1 und WE-2.2. Dort ist uns auch klar dargelegt worden, welche Folgen diese Kürzungen hätten. Nämlich ganz konkret und spürbar: die Stadt könnte weder die neue Lehrstelle noch das Berufserfahrungsjahr besetzen. Und wir finden aber, dass die Stadt Bülach gerade auch dort eine besondere Verantwortung hat. Wir müssen ein Vorbild sein und wenn nicht einmal die öffentliche Hand Lehrstellen anbietet und den jungen Menschen einen guten Einstieg ins Berufsleben bietet oder ermöglicht, wer soll es dann machen? Eine solide Grundbildung und ein gelungener Berufseinstieg ist ein zentraler Pfeiler dafür, dass junge Erwachsene später eigenständig und sicher und stabil im Arbeitsleben verankert sein werden und das ist übrigens auch eine Prävention gegen zukünftige Sozialkosten.

Dann noch zu der weiteren Stelle im WE-03.1: Auch da sind wir mit dieser vorgeschlagenen Kürzung nicht einverstanden. Und zwar auch einfach deswegen, weil ich mir schwer vorstellen kann, dass in dem Saal viele Leute Lust hätten, bei einem 24/7-Pikettdienst, der von 300 Stellenprozent gemacht wird, mitzuhelfen. Genau das aber verlangen wir ja von diesen Mitarbeitern und darum brauchen sie



auch sogar noch die Hilfe der Kollegen aus der Nachbarabteilung. Wenn wir diese Kürzung beschliessen, dann tun wir der Trinkwassersicherheit in Bülach keinen Gefallen. Und gerade das ist ja einer der sensibelsten und zugleich auch kritischsten öffentlichen Güter, die wir haben. Genau, darum lehnen wir auch diese Kürzung ab, und zwar, wie gesagt, für die Einwohnerinnen und Einwohner von Bülach, aber auch aus Respekt vor den Mitarbeitenden, die dafür sorgen, dass bei uns Tag und Nacht immer sauberes Wasser aus dem Hahn kommt. Noch die allerletzte Stelle, das ist die WE-05.1 aus dem Tiefbau. Ich denke, da schliesse ich mich gerne den Vorrednern an. Wir wissen alle, wie viele wichtige Projekte im Moment laufen in diesem Bereich und darum glauben wir, dass diese Stelle absolut berechtigt ist. Dankeschön.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.

Peter Stiefenhofer: «Ja, das ist sicher nicht gemeint gewesen, Andrea, dass das ein Aufgäbelchen ist, das ist mir schon klar. Vielleicht waren ein paar andere Sachen gemeint. Wir reden hier über Kostenkürzungen, wir reden nicht über Stellen. Die Ursache war, also Bülach hat irgendwie funktioniert bis 2023 mit 36 Stellen in dem Bereich. Dann hat man 9,5 Stellen aufgestockt und jetzt kommen wir noch einmal mit 2,5 Stellen und das ist so ein bisschen der Background. Wenn ihr aber die Kosten irgendwo anders spart, nicht bei diesen Stellen, sondern vielleicht bei anderen Stellen oder bei sonstigen Ausgaben, dann ist das durchaus eine Option. Wir haben nicht gesagt, ihr müsst genau diese Stellen kürzen. Man könnte vielleicht einmal ein bisschen die Hierarchien flacher machen, ein bisschen weniger Chefs und ein bisschen mehr Leute, die tatsächlich Projekte machen, die ja geschildert worden sind.»

Abstimmungen

Abstimmung Änderungsantrag der Kommission Bau & Infrastruktur und der RPK zu AB-01

Das Stadtparlament hat mit 8 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen den Änderungsantrag der Kommission Bau & Infrastruktur und der RPK abgelehnt.

Die Produktgruppe AB-01.1 wird nicht um 106 000 Franken gekürzt.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die Produktgruppe AB-01 genehmigt.

Leistungsgruppe Land- und Forstwirtschaft (LF)

LF-01 Forstbetrieb (LF-02 Friedhof -> Zweckverband)

LF-02 Friedhof: Wird nur durch die RPK geprüft, aber nicht vom Stadtparlament genehmigt.



Die **Kommission Bau & Infrastruktur** beantragt **mehrheitlich** die Genehmigung von LF-01.1 und LF-01.2 sowie **einstimmig** die Genehmigung von LF-01.3 und LF-01.4.

Die **RPK** beantragt **einstimmig** die Genehmigung von LF-01 unter Berücksichtigung ihres Änderungsantrags.

Änderungsantrag der RPK zu LF-01.3: Forstbetrieb – Dienstleistung für interne Kunden

Änderung Steuergrösse Kostendeckungsgrad von 80 % auf 85 %.

Begründung: Änderung Steuergrösse gemäss Vorgabe.

Der Vorsitzende merkt an, dass dies einem Antrag auf Aufwandsenkung von 11'000 Franken entspricht. Korrekterweise müsste der Änderungsantrag in absoluten Beträgen formuliert werden.

Es gibt keine Wortmeldung.

Abstimmung Änderungsantrag der RPK zu LF-01.3: Forstbetrieb – Dienstleistung für interne Kunden

Das Stadtparlament hat mehrheitlich den Änderungsantrag der RPK genehmigt.

Das Globalbudget von LF-01 wird um 11'000 Franken reduziert.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die bereinigte Produktgruppe LF-01 genehmigt.

Leistungsgruppe Werke (Wasser, Abwasser) (WE)

WE-01 Baulicher Unterhalt Strassen, WE-02 Betrieblicher Unterhalt Strassen, WE-03 Wasserversorgung, WE-04 Abwasserentsorgung (Kanalisationsnetz) und WE-05 Tiefbau

Die **Kommission Bau & Infrastruktur** beantragt **einstimmig** die Genehmigung von WE-01, WE-02.2, WE-03.2 und WE-04 sowie **mehrheitlich** die Genehmigung von WE-02.1, WE-03.1 und WE-05 unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge.

Die **RPK** beantragt **einstimmig** die Genehmigung von WE-01 und WE-04 sowie **mehrheitlich** die Genehmigung von WE-02, WE-03 und WE-05 unter Berücksichtigung ihrer Änderungsanträge.



Änderungsantrag 1 der Kommission Bau & Infrastruktur zu WE-02 (mehrheitlich)

Die **Kommission Bau & Infrastruktur** beantragt die **Kürzung** des Globalbudgets der Produktgruppe WE-02 um **100 000 Franken**.

Begründung: Das Budget des Produkts WE-02.1: Betrieblicher Unterhalt Strassen soll um 100 000 Franken von 1 389 000 Franken auf 1 289 000 Franken gekürzt werden.

Änderungsantrag 2 der Kommission Bau & Infrastruktur zu WE-02 (einstimmig)

Die **Kommission Bau & Infrastruktur** beantragt die **Kürzung** des Globalbudgets der Produktgruppe WE-02 um **53 000 Franken**.

Begründung: Das Budget des Produkts WE-02.2: Weitere Leistungen soll um 53 000 Franken von -347 000 Franken auf -400 000 Franken gekürzt werden.

Änderungsantrag 3 der RPK zu WE-02 (mehrheitlich)

Die **RPK** beantragt die **Kürzung** des Globalbudgets der Produktgruppe WE-02: Betrieblicher Unterhalt Strassen um **131 000 Franken**.

Begründung: Hinterfragung der gestiegenen Personalkosten.

Änderungsantrag der Kommission Bau & Infrastruktur und der RPK zu WE-03 (mehrheitlich)

Die **Kommission Bau & Infrastruktur** beantragt die **Kürzung** des Globalbudgets der Produktgruppe WE-03.1: Wasserbezug und -Verteilung um **122 000 Franken** von -295 000 Franken auf -417 000 Franken.

Änderungsantrag der Kommission Bau & Infrastruktur zu WE-05 (mehrheitlich)

Die **Kommission Bau & Infrastruktur** beantragt die **Kürzung** des Globalbudgets der Produktgruppe WE-05.1: Tiefbau um **133 000 Franken** von 1 134 000 Franken auf 1 004 000 Franken.

Änderungsantrag 6 der RPK zu WE-05 (mehrheitlich)

Die **RPK** beantragt die **Kürzung** des Globalbudgets der Produktgruppe WE-05: Tiefbau um **193 000 Franken**.

Begründung: Hinterfragung der gestiegenen Personalkosten trotz Einnahmenwegfall.

Abstimmungen

Abstimmungen zur Produktgruppe WE-02



	Total Stimmen
Antrag 1/2: Änderungsanträge Kommission Bau und Infrastruktur Reduktion 153 000 Franken	5
Antrag 3: Änderungsantrag RPK Reduktion 131 000 Franken	5
Antrag 4: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2026 Keine Reduktion des Globalbudgets	14 (absolutes Mehr)

Antrag 4: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2026 14 Stimmen

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen der Vorlage des Stadtrats gemäss Bericht zum Budget 2026 zugestimmt.

Das Globalbudget der Produktgruppe WE-02 wird nicht reduziert.

Abstimmung zur Produktgruppe WE-03

Das Stadtparlament hat mit 10 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen den Änderungsantrag der Kommission Bau und Infrastruktur und der RPK abgelehnt.

Das Globalbudget WE-03 wird nicht reduziert.

Abstimmung zur Produktgruppe WE-05

	Total Stimmen
Antrag 1: Änderungsantrag Kommission Bau und Infrastruktur (mehrheitlich) Reduktion 133 000 Franken	4
Antrag 2: Änderungsantrag RPK (mehrheitlich) Reduktion 193 000 Franken	3
Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2026 Keine Reduktion des Globalbudgets	16 (absolutes Mehr)



Das Stadtparlament hat mit 16 Stimmen der Vorlage des Stadtrats gemäss Bericht zum Budget 2026 zugestimmt.

Das Globalbudget der Produktgruppe WE-05 wird nicht reduziert.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die bereinigten Produktgruppen WE-01 - WE-05 genehmigt.

5. Detailberatung Investitionsrechnung

Die RPK beantragt dem Stadtparlament **einstimmig**, die Investitionsrechnung anzunehmen.

Es gibt keine Wortmeldung

*** Pause von 22.09 bis 22.20 Uhr. Erstellung Zusammenzug aller beschlossenen Änderungen ***

Der Vorsitzende übergibt Markus Wanner, Leiter Finanzen und Informatik, das Wort zur Erläuterung der Veränderungen des Produktgruppenbudgets 2026.

Markus Wanner: «Guten Abend miteinander. Das Stadtparlament hat neben den bewilligten Anträgen des Stadtrats zusätzlich noch Änderungen von 19'000 Franken vorgenommen. Im Einzelnen sieht das wie folgt aus: Wir haben die erste Änderung beim Bereich Sport, Produktgruppe Sport, wo 10'000 Franken zusätzlich bewilligt worden sind. Dann haben wir bei der Berufs- und Erwachsenenbildung 20'000 Franken zusätzlich als Beitrag. Wir haben bei der Lohnerhöhung bei den Finanzen 42'000 Franken zusätzlich bewilligt. Dann in der Produktgruppe Gesundheit die 225'000 Franken als Minus, das heisst als Verbesserung, und im Forstbetrieb 11'000 Franken.»



Folgende Änderungen wurden beschlossen:

Abteilung	Leistungs- und Produktgruppe	Veränderung in Fr.
Bevölkerung u. Sicherheit	Bevölkerungsdienste	
	BE-01 Bevölkerung	-
	BE-02 Friedensrichter	-
	BE-03 Märkte, Plakatwesen, Veranstaltungen	-
	Sicherheit	
	SI-01 Stadtpolizei Bülach	-
	SI-02 Feuerwehr	-
	SI-03 Zivilschutz	-
	SI-04 Schiessanlage	-
	Sport	
	SP-01 Sportzentrum Hirslen und Freibad	-
	SP-02 Sportamt	+10'000

Abteilung	Leistungs- und Produktgruppe	Veränderung in Fr.
Bildung	Bildung	
	BI-01 Unterricht Primar- u. Kindergartenstufe	-
	BI-02 Schulergänzende Leistungen	-
	BI-03 Berufs- und Erwachsenenbildung	+20'000
	BI-04 Schulliegenschaften	-
	BI-05 Schulverwaltung	-
		-
Finanzen und Informatik	Finanzen	
	FI-01 Finanz- und Rechnungswesen	+42'000
	FI-02 Steuern	-
	FI-03 Betreuungswesen	-
	FI-04 Informatik	-

Abteilung	Leistungs- und Produktgruppe	Veränderung in Fr.
Soziales u. Gesundheit	Alter	
	AL-01 Alter	-
	Gesundheit	
	GE-01 Gesundheit	-225'000
	Soziales	
	SO-01 Familie	-
	SO-02 Reissverschluss	-
	SO-03 Flüchtlings- u. Asylkoordination	-
	SO-04 Soziale Dienste	-
	SO-05 Sozialversicherungen	-
	SO-07 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	-



Abteilung	Leistungs- und Produktgruppe	Veränderung in Fr.
Umwelt u. Infrastruktur	Abfallbewirtschaftung	
	AB-01 Entsorgung	-
	Land- und Forstwirtschaft	
	LF-01 Forstbetrieb	-11'000
	LF-02 Friedhof	-
	Verkehr	
	VE-01 Öffentlicher Verkehr <i>(ab 2024 Planung und Bau)</i>	-
	Werke (Wasser, Abwasser)	-
	WE-01 Baulicher Unterhalt Strassen	-
	WE-02 Betrieblicher Unterhalt Strassen	-
	WE-03 Wasserversorgung	-
	WE-04 Abwasserentsorgung	-
	WE-05 Tiefbau	-

6. Festsetzung Steuerfuss 2026

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament mit Budgetnachtrag, den Steuerfuss 2026 auf 96 % (Vorjahr 96 %) des einfachen Staatssteuerertrags festzusetzen.

Die **RPK** beantragt mehrheitlich den Steuerfuss 2026 auf 96 % gemäss Antrag des Stadtrats festzusetzen.

Eine **Minderheit** der **RPK** beantragt dem Steuerfuss 2026 auf 94 % zu senken.

Somit gibt es drei Anträge:

Antrag 1: Budgetnachtrag Stadtrat; Steuerfuss 96 %

Antrag 2: Minderheitsantrag RPK; Steuerfuss 94 %

Antrag 3: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2026; Steuerfuss 98 %

Der Vorsitzende übergibt das Wort Patrizia Nötzli.

Patrizia Nötzli: «Es ist ganz wichtig bei der Abstimmung, dass ihr nachher die Zahlen, die wir einblendet, dass ihr die richtige wählt. Antrag 1 ist eben nicht gemäss der Präsentation, sondern Antrag 1 ist 98 %, Antrag 2 ist 96 % und Antrag 3 ist 94 %. Ihr seht es aber oben links. Man kann es nicht so gut lesen, ihr werdet es nachher sehen, einfach dass ihr darauf achtet. Das stimmt jetzt nicht mit der Präsentation, die seht ihr nachher eh nicht mehr. Aber einfach, dass ihr wirklich schaut, es ist wirklich wichtig, weil sonst haben wir nachher ein Durcheinander mit dem Steuerfuss.»



Abstimmung Festsetzung Steuerfuss

	Total Stimmen
Antrag 1: Vorlage Stadtrat gemäss Bericht zum Budget 2026 Steuerfuss: 98 %	1
Antrag 2: Budgetnachtrag Stadtrat Steuerfuss: 96 %	18 (absolutes Mehr)
Antrag 3: Minderheitsantrag RPK Steuerfuss: 94 %	7

Das Stadtparlament hat mit 18 Stimmen den Steuerfuss 2026 auf 96 % festgesetzt.

Pause von 22.27 – 22.38 Uhr. Zusammenstellen der Zahlen für die Einlage in die finanzpolitische Reserve

7. Einlage in die finanzpolitische Reserve

Nun gilt es noch über die definitive Einlage in die finanzpolitische Reserve abzustimmen.

Der Stadtrat hat nachträglich dem Stadtparlament (SRB Nr. 361 vom 12. November 2025) beantragt, die Einlage in die finanzpolitische Reserve um 2 100 000 Franken aufgrund der Anpassung des Steuerfusses von 98 % auf 96 % zu kürzen (4,2 statt 6,3 Mio. Franken).

Der Vorsitzende übergibt Markus Wanner, Leiter Finanzen und Informatik, das Wort zur Erläuterung der Zahlen für die Einlage in die finanzpolitische Reserve.

Markus Wanner: «Den Steuerfuss hat das Stadtparlament festgelegt und es geht jetzt darum, den Finanzausgleich und die Steuererträge noch zu erläutern. Das ist eine Folge des Steuerfusses, also wenn man den Steuerfuss anpasst, hat das einen Einfluss auf den Finanzausgleich, der sich verändert. Also aufgrund einer Änderung des Steuerfusses von 98 auf 96 Prozent passt sich der Finanzausgleich an, und zwar um 1,1 Millionen Franken. Ebenso die Steuerträge, dort gibt es Mindereinnahmen von 1 Million Franken.



Der letzte Punkt ist noch die Einlage in die finanzpolitische Reserve, wo der Stadtrat einen Antrag gemacht hat. Ursprünglich im September ist eine Einlage von 6,3 Mio. Franken geplant gewesen und aufgrund des Budgetnachtrags auf 96 % beantragt der Stadtrat, die finanzpolitische Reserve auf 4,2 Millionen Franken festzusetzen. »

Total Ertrag	Fr. 201'237'318
Total Aufwand	Fr. 201'005'369
Einlage in die finanzpolitische Reserve	Fr. 4'200'000
Ertragsüberschuss	Fr. 231'949
Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr. 78'914'000
Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr. 919'000
Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	Fr. 77'995'000
Nettoinvestitionen Finanzvermögen	Fr. 470'000
Steuerfuss:	96 %

Abstimmung Einlage finanzpolitische Reserve zu FI-01.3

Das Stadtparlament hat einstimmig der Einlage in die finanzpolitische Reserve von 4,2 Millionen Franken zugestimmt.

Der Ertragsüberschuss beträgt somit 231 949 Franken.

Der Vorsitzende informiert, dass mit der Genehmigung des Steuerfusses von 96 % auch die Budgetnachträge des Stadtrats zu FI-02.1 Finanzausgleich (Mindereinnahmen von 1 100 000 Franken aufgrund der Anpassung des Steuerfusses) und FI-02.2 Steuererträge (Mindereinnahmen von 1 000 000 Franken aufgrund der Anpassung des Steuerfusses) genehmigt worden sind. Es steht nun noch die Schlussabstimmung über die bereinigte Leistungsgruppe Finanzen und Informatik (FI) an.

Schlussabstimmung

Das Stadtparlament hat mehrheitlich die bereinigten Produktgruppen FI-01 – FI-04 genehmigt.



8. Schlussabstimmung über das bereinigte Produktgruppenbudget 2026

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 17 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen dem bereinigten Produktgruppenbudget 2026 zugestimmt.

9. Schlussabstimmung Investitionsrechnung

Der Vorsitzende informiert, dass da keine Änderungsanträge vorliegen, die Schlussabstimmung über die gesamte Investitionsrechnung stattfindet.

Abstimmung

Das Stadtparlament hat mit 25 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme der Investitionsrechnung 2026 zugestimmt.

Übersicht Beschlüsse betreffend Produktgruppenbudget 2026 und Steuerfusses 2026

Das Stadtparlament beschliesst:

1. *Das Produktgruppenbudget 2026 des Politischen Gemeindeguts wird mit den vorhin beschlossenen Änderungen genehmigt.*
 - 1.1 *Das Produktgruppenbudget 2026 der Stadt Bülach, mit einem Ertragsüberschuss von 231'949 Franken bei einem Ertrag von 201'237'318 Franken und einem Aufwand von 201'005'369 Franken wird genehmigt.*
 - 1.2 *Die Investitionen des Verwaltungsvermögens der Stadt Bülach mit Ausgaben von 78'914'000 Franken und Einnahmen von 919'000 Franken sowie Nettoinvestitionen von 77'995'000 Franken sowie die Nettoinvestitionen im Finanzvermögen von 470'000 Franken werden genehmigt.*
2. *Der Steuerfuss für das Jahr 2026 wird auf 96 % (Vorjahr 96 %) des einfachen Staatssteuerertrags festgesetzt.*
3. *Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Deckung des Geldbedarfs erforderlichen Mittel aufzunehmen.*
4. *Mitteilung an:*
 - Stadtrat
 - Abteilung Finanzen (2 Originale für den Bezirksrat)



Traktandum 5

Aufbau Zentrumsmanagement: Beitrag von maximal Fr. 90 000.– für das Jahr 2027, Beiträge von maximal Fr. 80 000.– jährlich für 2028–2029

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Für den Aufbau des Zentrumsmanagements werden 2027 ein maximaler Beitrag von Fr. 90 000.– und für die Jahre 2028 und 2029 ein jährlicher Beitrag von maximal Fr. 80 000.– beschlossen (insgesamt Fr. 250 000.–).
2. Für das Jahr 2026 wird das Zentrumsmanagement mit maximal Fr. 90 000.– aus den bereits bewilligten finanziellen Mitteln aus dem Budget der Wirtschaftsförderung finanziert. In der Erfolgsrechnung ist der Betrag somit in der bereits bestehenden Produktgruppe WA-01 Standortförderung und entsprechender Kostenstelle integriert.

Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und RPK vor. Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit empfiehlt das Geschäft **einstimmig** und die RPK mehrheitlich zur Annahme.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der Kommission Bevölkerung & Sicherheit.

Philemon Abegg: «Im vergangenen Jahr, am 24. Juni 2024, hat das Parlament den Antrag „Aufbau Zentrumsmanagement“ an den Stadtrat zurückgewiesen. Der Rückweisungsantrag beinhaltete folgende Forderungen: Die Ausweitung des Perimeters auf die Gebiete Guss und Glasi zu überprüfen. Die Organisationsstrukturen im Steuerungsausschuss zu vereinfachen. Die Prüfung der Aufnahme einer Person aus dem Parlament in den Steuerungsausschuss. Dann haben wir auch die Prüfung der Abrechnung der finanziellen Beiträge der Stadt Bülach nur von einer Kostenstelle zurückgegeben. Die Prüfung der Verkleinerung des Anteils der Stadt Bülach an Gesamtbeitrag, die Festlegung überprüfbarer Ziele des Zentrumsmanagements und die klare Ausformulierung des Aufgabenbereichs zwischen Zentrumsmanagement und Wirtschaftsförderung.

Die Forderung der Ausweitung auf die Gebiete Guss und Glasi ist stattgegeben worden, sie sind neu als gleichwertige Gebiete im Zentrumsmanagement dabei.

Die Organisationsstruktur für den Aufbau ist auf unseren Antrag hin vereinfacht worden: Auf strategischer Ebene sind jetzt nach neuem Antrag der Stadtpräsident, der Wirtschaftsförderer und der Präsident des Vereins Bülachstadt eingebunden. Für die zweite Phase wird sich das Steuerungsgremium



dann weiterentwickeln. Nach dem Aufbau werden dort sicher auch Änderungen getätigt werden, die in der Aufbauphase entdeckt worden sind. In der ersten Phase wird für eine einfache Struktur auch nicht angestrebt, eine Person aus dem Parlament ins Steuerungsgremium reinzunehmen.

Im ersten Antrag sind noch Beiträge aus einer neuen Kostenstelle geflossen und aus der Wirtschaftsförderung sind auch noch angepeilt worden. Durch den neuen Antrag soll der komplette Betrag aus der Kostenstelle Wirtschaftsförderung beglichen werden. Da die Wirtschaftsförderung jedoch nur bis Ende 2026 gesichert ist, Stand jetzt, kann nur für das erste Jahr bereits bewilligte finanzielle Mittel genutzt werden. Für das Jahr 2027 bis 2029 sprechen wir jetzt bereits Mittel für die Kostenstelle Wirtschaftsförderung, die dann für das Zentrumsmanagement genutzt werden.

Wichtig ist uns aus der Fachkommission zu betonen, dass bei einer Beendigung des Wirtschaftsförderers Ende nächstes Jahr keine Auswirkungen auf das jetzt bewilligte Zentrumsmanagement zu erwarten sind, obwohl sie aus der gleichen Kostenstelle bezahlt werden. Der finanzielle Anteil der Stadt hat sich zudem deutlich verkleinert. Im ersten Antrag sind noch jährlich 120'000 Franken von der Stadt und 55'000 aus der Wirtschaftsförderung beantragt worden, also 175'000 aus städtischer Hand. Neu sind es 90'000 in den ersten beiden Jahren und das erste komplett aus der Wirtschaftsförderung, also zuerst 90'000 aus der Wirtschaftsförderung und im zweiten Jahr 90'000, die wir jetzt neu bewilligen. Nachher sind es maximal 80'000, sprich für die Betriebsphase ab 2028 sind wir von jährlichen Beiträgen von 175'000 runter auf 80'000 gekommen. In den ersten beiden Jahren haben wir den Betrag ebenfalls nahezu halbiert.

Bei den überprüfbaren Zielen und einer klaren Trennung zwischen Wirtschaftsförderung und Zentrumsmanagement sind erste gute Schritte unternommen worden, das aufzuzeigen, was ansteht. Die Fachkommission Bevölkerung und Sicherheit erwartet in der Aufbauphase die Erarbeitung von Zielen, die vom Parlament klar überprüft werden können und anhand dieser das Zentrumsmanagement seine Priorität ausrichten kann. Da die Wirtschaftsförderung stark in die Aufbauphase des Zentrumsmanagements eingebunden ist, sind auch noch keine klaren Trennlinien zwischen den beiden Aufgaben aufgezeigt. Im kommenden Jahr werden wir einer Verlängerung der Wirtschaftsförderung zustimmen müssen. Die Fachkommission erwartet, dass spätestens in diesem Antrag eine klare Trennung von Aufgaben und Pflichten aufgeführt wird und uns aufgezeigt wird. Die Fachkommission Bevölkerung und Sicherheit stimmt dem vorliegenden Antrag zum Zentrumsmanagement einstimmig zu. Die Hausaufgaben, die wir dem Stadtrat mitgegeben haben, sind grossmehrheitlich gut erfüllt worden. Die wenigen offenen Punkte gilt es in der Aufbauphase anzugehen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der RPK.



Ralf Winzer: «Besten Dank, Philemon, für die Ausführungen. Die Mehrheit der RPK schliesst sich dem an. Wir waren auch zuerst ein bisschen skeptisch oder haben uns gefragt: ja, wie ist das Zusammenspiel zwischen Wirtschaftsförderung und Zentrumsmanagement? Ist das jetzt etwas, das doppelspurig ist, parallel läuft? Wir hatten die Gelegenheit, ein gutes Gespräch zu haben mit Mark Eberli, mit dem Mischa Klaus, der nach unserem Empfinden die treibende Kraft hinter dem Zentrumsmanagement ist, und einem Vertreter der Wirtschaftsförderung. Dort konnte uns insbesondere Mischa Klaus gut aufzeigen, welche Bedeutung das Zentrumsmanagement und das darin befindliche Gewerbe für die Wirtschaft für Bülach hat. Von dem her sind wir, in einer Mehrheit der RPK, ebenfalls für dieses Geschäft und empfehlen es zur Annahme.

Wie gesagt, es ist eine Mehrheitsmeinung der RPK, es gibt eine Minderheitsmeinung und da möchte gerne der Luís etwas dazu sagen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dr. Luís M. Calvo Salgado.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Vielen herzlichen Dank, Ralf. Ein Punkt scheint mir wichtig. Ich rede jetzt im Namen einer Minderheit der RPK. Der wohl umstrittenste Punkt an dieser Vorlage, ist die Tatsache, dass die Zeit, für die die Wirtschaftsförderung Unterstützung im Umfang von 1,2 Millionen Franken bekommen hat, ist 2023 bis 2026. Grundsätzlich stellt man sich immer die Frage, wie kann man etwas überprüfen, zum Beispiel die Leistung eines solchen Projekts, wenn gleichzeitig ein parallel entstehendes Projekt zu den gleichen Zielen, jetzt konkret zu dem Zentrumsmanagement, steht. Ich möchte die Ziele der Wirtschaftsförderung so, wie sie vom Parlament für das Jahr 2023 bis 2026 in Bezug auf das Zentrum oder das Stadtzentrum, dass diese auch Gegenstände dieses Zentrumsmanagements werden. Ich zitiere wörtlich aus den Zielen der Wirtschaftsförderung: „Das Gewerbe im Stadtzentrum ist gestärkt. a) Das Härtequartier ist gewerblich entwickelt. b) Die Vermarktung des Sonnenhofareals wird unterstützt. c) Gemeinsam mit den Immobilieneigentümern werden neue gewerbliche Nutzungen ermöglicht“. Nur um zu sagen, all diese Bereiche wurden in den verschiedenen Berichten der Wirtschaftsförderung als sehr positiv bewertet. Das heisst, die Wirtschaftsförderung hat uns nie gesagt, das läuft schlecht oder es gibt ein Problem oder wir brauchen Hilfe. Was wir machen, ist also jetzt, wenn wir diese neue Form von Unterstützung genehmigen, gleichzeitig für eine bereits noch laufende Periode ein neues Projekt zu bewilligen. Sodass es praktisch unmöglich ist, am Schluss zu wissen, was der Verdienst im Jahre 2026 von der Wirtschaftsförderung in diesem Bereich ist, für den 1,2 Mio. bewilligt wurden, und dann Gleichzeitig ein neues Projekt. Ich habe nichts Grundsätzliches gegen das neue Projekt, aber ich habe etwas Grundsätzliches gegen Doppelspurigkeit und das ist, glaube ich, hier ein Problem. Könnte man vielleicht nicht warten, bis das Jahr 2026 fertig ist und nochmals dieses Geschäft beantragen? Es stellt sich die Frage, warum das alles so eilig ist. Ich habe in meinem Bericht



innerhalb der Kommission, das darf ich verraten, lange geschrieben, bevor es bekannt wurde, dass eine entscheidende Person, die gerade erwähnt wurde, Mischa Klaus, den ich hier begrüsse, weil er im Publikum ist, beschlossen hat, für den Stadtrat zu kandidieren. Das begrüsse ich sehr und finde es sehr schön als Wahrnehmung eines demokratischen Rechts. Aber eine zivilgesellschaftliche Aufgabe, wie diese, die er bisher gespielt hat, mit Unterstützung öffentlicher Mittel in der Zeit bedeutet, nur damit wir es uns auch bewusst werden, falls es bei den Stadtratswahlen einen zweiten Wahlgang gäbe, wäre es die Zeit, wo das, was jetzt genehmigt wird, schon zu funktionieren beginnt. Ich bitte einfach also um diese Doppelspurigkeit bezüglich der Finanzierung und der Überprüfung der Ziele einerseits zu überlegen. Auf der anderen Seite, was bedeutet es, dass wir so etwas forciert, aus meiner Sicht etwas zu stark forcieren, damit eine Person, die eine sicherlich, und ich möchte es loben, ganz wichtige zivilgesellschaftliche Aufgabe bisher geleistet hat, mit öffentlichen Geldern Unterstützung bekommt und gleichzeitig Kandidat ist für die Exekutive? Vielen herzlichen Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadtpräsident Mark Eberli.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Ich will nur sagen, dass sich die Rückweisungen und Verlängerungen, die wir das letzte Jahr beschlossen haben, dass sich die wirklich gelohnt haben, die richtigen Entscheidungen gewesen sind. Wir haben nämlich intensiv arbeiten können und wie Philemon dargelegt hat, haben wir fast alle Punkte gut bearbeiten und die Kritikpunkte verbessern können. Und ich glaube, dass jetzt eine Vorlage da ist, die ausgewogen ist und hoffentlich auch mehrheitsfähig. Der Grund, warum wir jetzt schon loslegen wollen und länger beantragen, ist, dass es sich nicht lohnt, nur für ein Jahr so etwas zu starten, sondern es braucht mindestens eine vierjährige Phase, damit wir das wirklich bearbeiten können. Danke vielmals.»

Fraktionserklärungen

Patrizia Nötzli (GLP): «Philemon hat vorhin die genauen Zahlen und Fakten wunderbar präsentiert, sodass ich mich als Vertreterin der GLP-Fraktion kurzhalten möchte. Das Zentrumsmanagement schafft die Grundlage, das Bülacher Zentrum inklusive Glasi und Guss langfristig als lebendigen, wirtschaftlich starken und identitätsstiftenden Orten zu sichern. Die gewählte zweistufige Vorgehensweise erlaubt ein rasches Handeln, während gleichzeitig genügend Flexibilität für eine optimale langfristige Struktur gewährleistet ist. Die Koppelung der städtischen Finanzierung an die privatwirtschaftliche Beteiligung stellt zudem sicher, dass öffentliche Mittel effizient und im Gleichschritt mit dem Engagement der lokalen Wirtschaft eingesetzt werden. Die GLP-Fraktion unterstützt das Zentrumsmanagement einstimmig.»



Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne): «Ich kann mir eine etwas ironische Bemerkung leider nicht verkneifen. Es ist wirklich nichts gegen die Personen, sondern einfach gegen die Logik. Heute haben wir ja lange von der GLP von der Schuldenbremse gehört und es beginnt lustig, wenn man Doppelspurigkeiten gleich unterstützt, wenn es einem passt und dann eigentlich Geld spricht für etwas, was bereits besteht. Vielen Dank.»

Stephan Ziegler (FDP): «Ich fasse mich jetzt wirklich auch sehr kurz. Wir unterstützen die Idee eines Zentrumsmanagements. Wir verstehen auch, dass das Ganze kostenneutral ist. Wir möchten allerdings anregen, dass die Punkte, die vorhin schon angesprochen worden sind, Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung, das Zentrumsmanagement, aber auch die Mitgliedschaften, die die Stadt hat, etwa bei der Standortförderung Zürich–Unterland, bei der FRZ, dass das künftig transparent im Budget dargestellt wird. Das Zentrumsmanagement an und für sich, das können wir mit dem neuen Konzept unterstützen. Und, Luís, noch eine kleine Anmerkung, aber das ist jetzt eine persönliche: also hätte das Parlament die ursprüngliche Vorlage nicht zurückgewiesen, dann wäre die Situation, die du vorhin angesprochen hast, gar nicht entstanden. Danke.»

Detailberatung

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.

Peter Stiefenhofer: «Ja, es ist noch interessant, jetzt habe ich vor allem gefunden, dass die befürwortenden Stimmen eigentlich gegen das Projekt reden. Und zwar weil die fehlende Abstimmung, dass man jetzt schnell schnell etwas abstimmt pro und dann in einem Jahr macht man dann bei der Wirtschaftsförderung wieder mit, statt dass man alles als ein Paket noch einmal bringt. Wenn man die Gesamtsicht anschaut, ist es eine Schwachstelle dieser Situation. Ich finde, da schießt man jetzt zu schnell rein mit dem Thema. Das hätte man als Gesamthema noch einmal bringen müssen und nicht einfach isoliert und nachher hat man wieder jemanden angestellt und nach einem Jahr kannst du dann nicht Nein sagen und dann müsste man das gesamte noch einmal überlegen und das kannst du dann nicht, weil man diesem schon Ja gesagt hat. Also ich habe jetzt vor allem die Ja-Voten gefunden, die haben irgendwie eigentlich gute Argumente geliefert, warum man das ablehnen sollte.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadtpräsident Mark Eberli.



Stadtpräsident Mark Eberli: «Nein, da muss ich dir widersprechen. Das ist ein Projekt in sich, abgeschlossen. Eine Verlängerung der Wirtschaftsförderung könnt ihr immer noch, wenn wir es beantragen, ablehnen, Ja, das Zentrumsmanagement ist ein Teil der Wirtschaftsförderung. Aber das verpflichtet uns nicht, weitere Gelder dafür zu sprechen.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dr. Luís M. Calvo Salgado.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Noch eine Bemerkung. Ich glaube, das ist meines Erachtens, soweit ich es vorbereitet habe und verstanden habe, nicht ganz richtig. Also das heisst, etwas abzuschliessen, ist, wenn man ein Projekt mit Zielen abgeschlossen hat. Wie gesagt, diese Bereiche, die ich vorher erwähnt habe, sind festgehalten im Projekt, dass das Parlament für die Jahre 2023 bis 2026 mit Kosten von 1,2 Millionen genehmigt hat. Diese Bereiche betreffen das Zentrum. Dieses Projekt dauert bis Ende 2026. Erst nachher wird es logischerweise so, dass man beginnt, vielleicht Bereiche aufzuteilen und sagt, wir machen eine Förderung durch das Zentrumsmanagement, wir machen eine andere Förderung für andere Teile. Solange man ein gemeinsames Projekt hat, Standortförderung für die ganze Stadt, ist es geografisch so, dass man nicht gleichzeitig sagen kann, und jetzt noch ein bisschen mehr hier oder ein bisschen weniger dort. Es ist eigentlich ein Projekt für die Standortförderung, was noch läuft bis Ende 2026. Alles, was dazu kommt, kann man gerne betrachten als Zusätzliches, aber es gibt dann eine Doppelspurigkeit. Sonst können wir Standortförderung plus Förderung dieser Strasse, Förderung dieser anderen Strasse, Förderung meiner Strasse, Förderung deiner Strasse, das wäre auch mehr als Doppelspurigkeit.»

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt mit 16 Ja-Stimmen bei 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

1. Für den Aufbau des Zentrumsmanagements 2027 ein maximaler Beitrag von Fr. 90 000.- und für die Jahre 2028 und 2029 einen jährlichen Beitrag von maximal Fr. 80 000.- (insgesamt Fr. 250 000.-).
2. Für das Jahr 2026 wird das Zentrumsmanagement mit maximal Fr. 90 000.- aus den bereits bewilligten finanziellen Mitteln aus dem Budget der Wirtschaftsförderung finanziert. In der Erfolgsrechnung ist der Betrag somit in der bereits bestehenden Produktgruppe WA-01 Standortförderung und entsprechender Kostenstelle integriert.



Romaine Rogenmoser stellt gemäss Art. 37 Abs. 1.1 und 1.4 der GeschO den Ordnungsantrag, dass die Beratung der Traktanden 6, 7 und 8 auf die nächste Parlamentssitzung vom 26. Januar 2026 verschoben wird und die heutige Sitzung nach den Traktanden 9 und 10 abgebrochen wird.

Abstimmung

Das Stadtparlament unterstützt den Ordnungsantrag von Romaine Rogenmoser mit 16 Ja-Stimmen.

Traktandum 9

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Der Vorsitzende übergibt das Wort Patrizia Nötzli.

Patrizia Nötzli: «Es tut mir leid, dass ich jetzt zu so später Stunde noch eine Frage habe, aber sie ist sehr aktuell und deshalb muss ich sie heute stellen, ich kann sie nicht verschieben auf den Januar: Dem Kindertanztheater, so haben wir alle gehört in den letzten Tagen, ist es nicht mehr erlaubt, im Forst weiterhin aufzutreten. Ich wollte fragen, ob ihr uns dazu weitere Informationen geben könnt. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Andrea Spycher.

Stadträtin Andrea Spycher: «Ja, Patrizia, danke vielmals für die Frage. Bevor ich sie beantworte, habe ich noch eine generelle Frage vielleicht an euch alle, und zwar Mary Poppins, die kleine Hexe, Oliver Twist, Greta und Anna von dieser Geschichte, uns gibt es zweimal, was haben die alle gemeinsam? Ihr ahnt es wahrscheinlich, all diese haben in den Jahren 2018 bis 2025 den Forstwerkhof Bülach kennengelernt. Sie haben nämlich im Rahmen des Kindertanztheaters die Infrastruktur des Forstes viermal kostenlos benutzen dürfen. Sie haben das Areal jeweils über einen Zeitrahmen von ungefähr zwei Monaten gebraucht, nämlich für Aufbauarbeiten, für Proben, dann speziell für den Aufbau der Tribüne, für ihre Aufführungen natürlich und letztendlich dann auch wieder für den Abbau. Sie waren dort auf Besuch.

In diesem Jahr haben wir das Ganze zum Anlass genommen, die Sicherheitsaspekte, die Haftungsfragen und die Auswirkungen auf den laufenden Betrieb des Forstes zu klären. Und dabei hat man festgestellt, dass ein erhebliches Unfallpotenzial herrscht bei so einer Zweckentfremdung von einem Forstwerkhof. Und da möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, es ist ein Forstwerkhof, nicht



ein Theatersaal. Es fahren dort schwere Maschinen, es fahren Fahrzeuge, es hat Presscontainer und all diese Maschinen werden benutzt während dieser ganzen Zeit, als auch die Kinder und das Kindertanztheater dort all diese Aufführungen durchführen. Man hat jetzt festgestellt, dass wir an einer Haftung, und mit „wir“ meine ich die Stadt Bülach, nicht ausweichen können und ich finde, es ist in der Verantwortung von uns, dem entgegenzuwirken. Ich möchte diese Verantwortung nicht übernehmen. Ebenfalls waren auch die Mitarbeitenden gefordert, während dieser ganzen Zeit ihren Alltag entsprechend anzupassen, indem sie Maschinen ausgelagert haben, die ihre ganzen Abläufe korrigieren mussten und einfach massiv eingeschränkt waren in ihrem Alltag.

Die Erkenntnisse haben wir am Kindertanztheater persönlich in drei Gesprächen mitgeteilt, zweimal bin ich dabei gewesen, zusammen mit dem Abteilungsleiter, ein drittes Mal auch Mark Eberli als Stadtpräsident. Wir haben ihnen einen Lösungsversuch angeboten. Diesen haben sie aber direkt dort schon gerade wieder verworfen und mitten im Prozess haben sie sich dann entschieden, jetzt den Weg an die Öffentlichkeit zu suchen. Das finde ich schade, vor allem auch, weil die Berichterstattung sehr einseitig ist und ich bin darum froh, dass ich noch einige Punkte klarstellen kann.

Sie haben geschrieben, es handele sich um einen Rausschmiss. Dem ist nicht so, es gibt nämlich gar keinen Vertrag, welchen ihnen eine regelmässige Nutzung legitimiert. Sie haben, ich habe es schon gesagt, den Forstwerkhof viermal kostenlos nutzen können. Die Miete von 2'000 Franken ist durch die Stadt quersubventioniert worden. Und vor allem auch, es besteht überhaupt keine Leistungsvereinbarung mit dem Kindertanztheater. Das Theater hätte eigentlich einen ungerechtfertigten Vorteil gegenüber allen Vereinen, die Geld beziehen von der Stadt und Leistungen dafür auch erbringen müssen. Und der vierte Punkt, das Kindertanztheater ist kein Verein, es ist eine Stiftung beziehungsweise eine GmbH und somit eine kommerzielle Institution.

Und das Fazit ist jetzt eben: die Sicherheit, die Haftungsfragen, die Nutzung während des ganzen Alltags, das haben wir geprüft. Es gibt jetzt noch keinen Entscheid, ihr habt das sicher alle gelesen, am Mittwoch werden wir im Stadtrat über das weitere Vorgehen diskutieren. Danke.»

Traktandum 10

Diverses

Der Vorsitzende übergibt das Wort Thomas Obermayer.

Thomas Obermayer: «Ja, es ist die letzte Parlamentssitzung für dieses Jahr. Ein guter Moment für ein Mini-Status-Update aus der Parlamentarischen Untersuchungskommission. Ich lese direkt ab, denn



das ist auch die Mitteilung, die wir dann morgen auf die Webseite stellen werden: „Im Zug der bisherigen Untersuchungsschritte hat die PUK festgestellt, dass vier Personen durch die weiteren Untersuchungshandlungen potenziell in ihren Interessen betroffen sein könnten. Diese Personen werden also daher als betroffene Personen bezeichnet. Als betroffene Personen verfügen sie über besondere Verfahrensrechte, insbesondere über das Recht auf eine parteiöffentliche Befragung.“ Kurzer Einschub für diejenigen, die nicht googeln wollen, was eine parteiöffentliche Befragung ist: Also wenn man mit Person A reden will, dürfen Person B, C und D ebenfalls bei dem Gespräch dabei sein und Zusatzfragen stellen. „Zudem hat die PUK eine kurze Mitarbeitendenumfrage durchgeführt. Sie dient als ergänzendes Element zur Beurteilung der bisherigen Untersuchungsergebnisse. Für die parteiöffentliche Befragung der betroffenen Personen ist im Dezember kein geeigneter Termin gefunden worden. Daher werden diese voraussichtlich Anfang Januar 2026 stattfinden. Anschliessend wird die PUK das weitere Vorgehen festlegen. Vielen Dank.“

Informationen des Vorsitzenden

Rechtskraft der Beschlüsse

Gegen die Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtparlaments vom 3. November 2025 sind bis jetzt keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist läuft bis am Montag, 8. Dezember 2025 und die Referendumsfrist läuft bis am Montag 5. Januar 2026.

Rechtsbelehrung

Aus dem Stadtparlament gibt es keine Einwände betreffend der an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte.

Die Sitzung ist geschlossen. Ende der Sitzung: 23.20 Uhr.

Protokoll Protokoll
Behörde Stadtparlament
Beschluss-Nr.
Sitzung vom 8. Dezember 2025



Bülach, 18. Dezember 2025

Für die Richtigkeit:

Patrick Aeschlimann
Parlamentssekretär

Geprüft:

Andreas Scheuss
Parlamentspräsident

Patrizia Nötzli
1. Vizepräsidentin

Dominik Berner
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Stadtparlaments
- Mitglieder des Stadtrats
- Mitglieder der Geschäftsleitung der Stadt Bülach
- Protokollsammlung

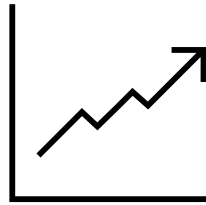


Die Ausgaben steigen prozentual gleich oder weniger als die Einnahmen



Parlamentarische Initiative: **Schuldenbremse für Bülach**

Letzte 15 Jahre (2010-2024):



Ertrag + 62 %

117 → 190 Millionen



Parlamentarische Initiative: **Schuldenbremse für Bülach**

Letzte 15 Jahre (2010-2024):



Ertrag + 62 %

117 → 190 Millionen

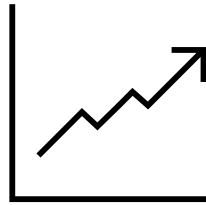
Ertragsüberschuss im
2026:

~0.07 Millionen



Parlamentarische Initiative: **Schuldenbremse für Bülach**

Letzte 15 Jahre (2010-2024):

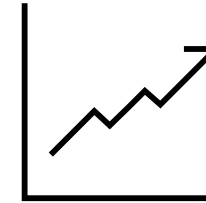


Ertrag + 62 %

117 → 190 Millionen

Ertragsüberschuss im
2026:

~0.07 Millionen



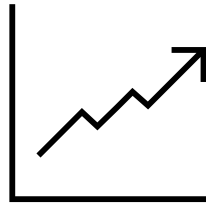
Aufwand + 74 %

107 → 187 Millionen



Parlamentarische Initiative: **Schuldenbremse für Bülach**

Letzte 15 Jahre (2010-2024): **BEI ANWENDUNG DER SCHULDENBREMSE**



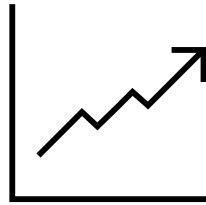
Ertrag + 62 %

117 → 190 Millionen



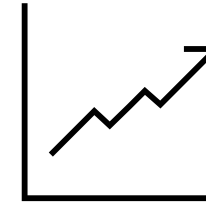
Parlamentarische Initiative: **Schuldenbremse für Bülach**

Letzte 15 Jahre (2010-2024): **BEI ANWENDUNG DER SCHULDENBREMSE**



Ertrag + 62 %

117 → 190 Millionen



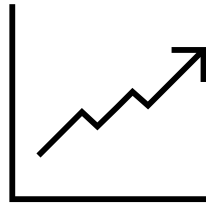
Aufwand + 62 %

107 → 173 Millionen



Parlamentarische Initiative: **Schuldenbremse für Bülach**

Letzte 15 Jahre (2010-2024): **BEI ANWENDUNG DER SCHULDENBREMSE**

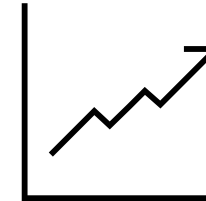


Ertrag + 62 %

117 → 190 Millionen

Ertragsüberschuss im
2026:

~17.07 Millionen



Aufwand + 62 %

107 → 173 Millionen



Parlamentarische Initiative: **Schuldenbremse für Bülach**

Wir sagen Ja zur Schuldenbremse

Damit wir uns einer nachhaltigen Finanzpolitik verschreiben.

Damit unsere Kinder nicht in den Schulden ertrinken.

Damit wir handlungsfähig bleiben.

Damit wir auch in Zukunft investieren können, in das schönste Bülach der Welt.

30. Sitzung vom 8. Dezember 2025

Sitzung - 08.12.2025

ABSTIMMUNGSPROTOKOLL

Wollen Sie das Protokoll der Sitzung vom 3. November 2025 annehmen?		Einstimmig
Stimmberechtigte: 23	Uhrzeit: 08.12.2025 18:09:19	Art: Offen
Abgestimmt: 23		Nicht abgestimmt: 0
Einfache Mehrheit der gültigen Stimmen		Enthaltung: 0
Ja	100.00%	23 Stimmen
Nein	0.00%	0 Stimmen
Enthaltung		0 Stimmen

Wollen Sie das Postulat "Verantwortliche städtische Stelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention" an den Stadtrat überweisen?		Abgelehnt
Stimmberechtigte: 23	Uhrzeit: 08.12.2025 18:24:30	Art: Offen
Abgestimmt: 23		Nicht abgestimmt: 0
Einfache Mehrheit der gültigen Stimmen		Enthaltung: 1
Ja	36.36%	8 Stimmen
Nein	63.64%	14 Stimmen
Enthaltung		1 Stimme

Wollen Sie die Parlamentarische Initiative "Schuldenbremse für Bülach" vorläufig unterstützen?		Angenommen
Stimmberechtigte: 26	Uhrzeit: 08.12.2025 19:05:39	Art: Offen
Abgestimmt: 26		Nicht abgestimmt: 0
Einfache Mehrheit der gültigen Stimmen		Enthaltung: 0
Ja	57.69%	15 Stimmen
Nein	42.31%	11 Stimmen
Enthaltung		0 Stimmen

Wollen Sie der Einlage in die finanzpolitische Reserve von Fr. 4'200'000.- zustimmen?		Einstimmig
Stimmberechtigte: 26	Uhrzeit: 08.12.2025 22:40:35	Art: Offen
Abgestimmt: 26		Nicht abgestimmt: 0
Einfache Mehrheit der gültigen Stimmen		Enthaltung: 0
Ja	100.00%	26 Stimmen
Nein	0.00%	0 Stimmen
Enthaltung		0 Stimmen

Wollen Sie dem bereinigten Produktgruppenbudget 2026 zustimmen?		Angenommen
Stimmberechtigte: 26	Uhrzeit: 08.12.2025 22:43:06	Art: Offen
Abgestimmt: 26		Nicht abgestimmt: 0
Einfache Mehrheit der gültigen Stimmen		Enthaltung: 0
Ja	65.38%	17 Stimmen
Nein	34.62%	9 Stimmen
Enthaltung		0 Stimmen

Wollen Sie der Investitionsrechnung 2026 zustimmen?		Angenommen
Stimmberechtigte: 26	Uhrzeit: 08.12.2025 22:45:30	Art: Offen
Abgestimmt: 26		Nicht abgestimmt: 0
Einfache Mehrheit der gültigen Stimmen		Enthaltung: 0
Ja	96.15%	25 Stimmen
Nein	3.85%	1 Stimme
Enthaltung		0 Stimmen

Aufbau Zentrumsmanagement: Wollen Sie den Beitrag von maximal Fr. 90'000.- für das Jahr 2027 sowie Beiträge von maximal Fr. 80'000.- jährlich für 2028-2029 genehmigen?		Angenommen
Stimmberechtigte: 26	Uhrzeit: 08.12.2025 23:03:52	Art: Offen
Abgestimmt: 26		Nicht abgestimmt: 0
Einfache Mehrheit der gültigen Stimmen		Enthaltung: 1
Ja	64.00%	16 Stimmen
Nein	36.00%	9 Stimmen
Enthaltung		1 Stimme

Sitzung - 08.12.2025

ABSTIMMUNGSPROTOKOLL

Festsetzung Steuerfuss		Sitze: 1
Stimmberechtigte: 26	Uhrzeit: 08.12.2025 22:23:21	Art: Offen
Gültige Stimmen: 26		Nicht abgestimmt: 0
Absolute Mehrheit der gültigen Stimmen : 14		
Steuerfuss 96 %	Gewählt	18 Stimmen
Steuerfuss 94 %	Nicht gewählt	7 Stimmen
Steuerfuss 98 %	Nicht gewählt	1 Stimme